

# Die Neue Gesellschaft 9

---

**Herausgeber:**

Willy Brandt  
Otto Brenner  
Prof. Dr. Reimut Jochimsen  
Prof. Dr. Karl Schiller  
Friedel Schirmer  
Prof. Dr. Carlo Schmid  
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm

---

**Redaktion:**

Leo Bauer (Chefredakteur)  
Dr. Heinz Dieter Bauer  
Dr. Karl-Ludolf Hübener  
Hans Schumacher  
Anschrift der Redaktion:  
53 Bonn, Baunscheidtstraße 17  
Telefon 23 13 35, 23 13 20

---

**Redaktionsbeirat:**

Herbert Wehner  
Hans-Eberhard Dingels  
Bruno Friedrich  
Wolfgang Jansen  
Dr. Jene Litten  
Dr. Günther Müller  
Joachim Raffert  
Dr. Werner Thönnessen

---

**Verlag Neue Gesellschaft GmbH**

53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,  
Telefon (02229) 70 31  
Postcheckkonto Köln 560 70  
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,  
Bonn, Nr. 10 11 35 06  
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,  
Kölner Straße 108-112

---

*Die Neue Gesellschaft* erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 5,5% Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreisliste Nr. 7

---

Seite	Thema
	<b>Thema Berlin</b>
605	<i>Walter Scheel</i> Die Berlin-Vereinbarungen der Vier Mächte
608	<i>Klaus Schütz</i> Berlin sagt Ja!
611	<i>Herbert Wehner</i> Sinn für Proportionen
612	<i>Willi Kreiterling</i> Eine Plattform der Konservativen Zu den „Demokratie-Thesen“ des ZK-Berats der deutschen Katholiken
618	<i>Leo Bauer</i> Auf dem Weg nach Europa
617	Europa und die Gewerkschaften Gespräch mit Luciano Lama, Bruno Storti und Raffaello Vanni
633	<i>Ferdinand Schubert</i> Trotz Wohlstand – Misere. Warum?
638	<i>Kurt R. Grossmann</i> Die moralische und politische Krise in den Vereinigten Staaten Analysen – Diskussion Thema: Massenmedien und Information
642	<i>Joachim Raffert</i> Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt durch Mobilität
644	<i>Holzn Ruhnau</i> SPD und Massenmedien
650	<i>Jens Litten</i> Kassettentelesehen – kostspielige Fehlgeburt eines neuen Mediums?
653	<i>Günter Struve</i> Medienpolitische Maßnahmen werden immer schwerer
654	<i>Gerhard Vogt</i> Voraussetzungen einer erfolgreichen Informationspolitik
656	<i>Detmar Cramer</i> Von Willi Weiskirch bis zu Wieland Deutsch
659	<i>Manfred Jenke</i> Frei von Bevormundung? Bemerkungen zum Verhältnis Parteien-- Rundfunkanstalten
663	<i>Eckart Spoo</i> Wider die Verbüdung der Presselandschaft

668	Leserbriefe
670	Zum Zeitgeschehen
677	Kritik
682	Bei der Redaktion eingegangene Bücher
682	Mitarbeiter dieses Heftes

**Zum Inhalt**

Die Warnungen der Opposition, angesichts der Über-  
einkunft, die die vier Botschafter zur Berlin-Frage  
paraphiert haben, nicht in Euphorie zu verfallen, sind  
unnötig. Natürlich wird die Erfahrung beweisen, ob  
jene in- und ausländischen Kommentatoren recht  
behalten, die meinten, daß der 23. August 1971 einen  
Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte darstellt.  
Bundesaußenminister *Walter Scheel*, der Regierende  
Bürgermeister von Berlin, *Klaus Schütz*, und *Herbert  
Wehner*, der seine Bemerkungen als Streiflicht an-  
sieht, nehmen zu dem Ereignis Stellung, das der  
deutschen Außenpolitik in den nächsten Jahren grö-  
ßere Beweglichkeit geben wird.

Wenn in diesem Heft der engagierte Katholik *Willi  
Kreiterling* zu den „Demokratie-Thesen“ des ZK-Berats  
der deutschen Katholiken kritische Position be-  
zieht, stellt dies nur den Beginn einer Diskussion  
dar, die den Inhalt dieser Zeitschrift in den nächsten  
Nummern mitbestimmen wird. So sehr ein Rückfall  
zum konservativen Demokratiebegriff (s. auch Son-  
derheft NG 1989 „Die Alternative“ von *Willy Brandt*)  
zurückzuweichen ist, so notwendig scheint es, daß die  
Verfechter der Forderung nach einer immer intensi-  
veren Demokratisierung der Gesellschaft ihre These  
präzisieren.

Den Schwierigkeiten der USA, die u. a. in der Krise  
des Dollars ihren Ausdruck finden, und dem Versuch,  
die Lage Westeuropas aus italienischer Sicht zu analy-  
sieren, sind die Artikel von *Kurt Grossmann* und das  
Gespräch mit den Generalsekretären der drei gro-  
ßen italienischen Gewerkschaften gewidmet.

Wichtig scheint auch die Fragestellung *Ferdinand  
Schuberts* „Trotz Wohlstand – Misere. Warum?“ Das  
Thema wird uns in den nächsten Jahren nicht nur  
im Zusammenhang mit dem Umweltschutz beschäf-  
tigen.

Räumen wir im Hinblick auf die Schwerpunkte des  
kommenden Parteitages der SPD im letzten Heft  
(wie schon in NG Nr. 4/71) dem Thema Steuerreform  
einen verhältnismäßig breiten Raum ein, so ist es  
diesmal die Medienpolitik, die Gegenstand gleich  
mehrerer Beiträge ist. Die Vielfältigkeit des Themas  
wird in den in diesem Heft abgedruckten Diskus-  
sionsbeiträgen deutlich.

# Die Berlin-Vereinbarungen der Vier Mächte

Mit der Einigung der Vier Mächte über das Abkommen und das Schlußprotokoll sind zwei der drei Abschnitte einer Berlin-Regelung fertig. Der zweite, mittlere Abschnitt muß noch durch Vereinbarungen auf deutscher Ebene über Einzelheiten des Berlin-Verkehrs und der Besuchsregelung für die Westberliner eingefügt werden.

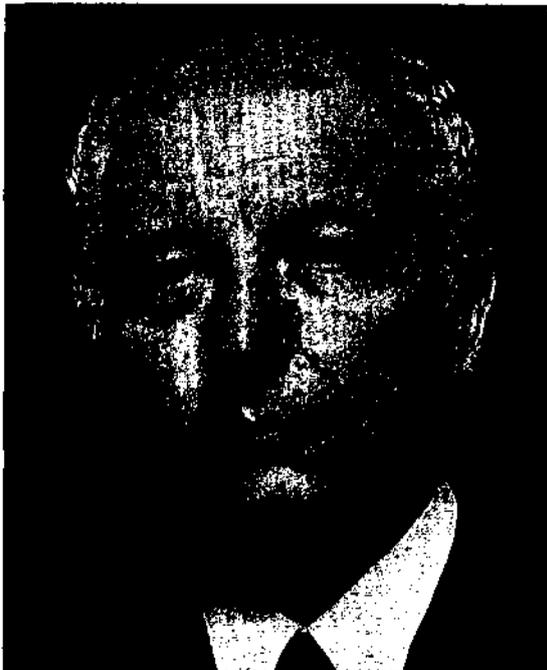
Das Ergebnis der Vier-Mächte-Verhandlungen steht kritischer Prüfung offen. Was bringt es Neues für Berlin?

Um die Struktur und den Inhalt der Vereinbarungen zu verstehen, muß man wissen, was die Vier Mächte damit regeln wollten und was nicht. Das Berlin-Problem hat viele Schichten. Es gibt den rechtlichen Status Berlins, die tatsächliche Spaltung Berlins, die Rechte der Besatzungsmächte, die Auffassung der Beteiligten darüber, die Verknüpfung mit der Deutschlandfrage, die Schwierigkeiten für die Bevölkerung Berlins, die Lebensfähigkeit der Stadt, den Zusammenhang mit dem Kräfteverhältnis und mit den Spannungen in Europa. Kurz: Es ist ein sehr komplexes Problem. Die Vier Mächte sind nun davon ausgegangen, daß gegenwärtig nicht alle Fragen, wohl aber einige geregelt werden können. Die Alliierten wollten Erleichterungen und Sicherungen für die Berliner. Alle vier Verhandlungspartner wollten, daß Berlin aufhört, ein Krisenherd zu sein. Dagegen erschien eine Beseitigung aller Meinungsunterschiede in den Grundsatzfragen und eine endgültige Lösung des Berlin-Problems zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgeschlossen.

Aus diesen Umständen erklärt sich, daß die Vier Mächte zum einen praktische Regelungen vereinbart und diese zum anderen in ein kompliziertes System juristischer Texte eingebettet haben, das die weiterhin nicht ganz einheitlichen Grundsatzauffassungen beider Seiten berücksichtigt.

An dieser Regelung ist vom Standpunkt der Bundesrepublik Deutschland folgendes wichtig:

1. Der Viermächte-Status ganz Berlins bleibt unberührt. Die Westmächte und die Sowjet-



Bundesaußenminister Walter Scheel

union haben zwar weiter unterschiedliche Auffassungen darüber, was dies bedeutet; sie sind sich aber einig, daß sie Rechte und Verantwortlichkeiten in dem Gebiet haben und daß nichts an dem gültigen Status geändert werden soll.

2. Die Rechte der Drei Mächte in West-Berlin wurden grundsätzlich bestätigt und die westliche Stellung in der Stadt damit gefestigt. Auch in den Bereichen, in denen praktische Regelungen getroffen wurden, bleiben die originären Rechte der Alliierten unberührt, so vor allem beim zivilen Landzugang. Der militärische Zugang und der Luftzugang brauchten nicht in die Vereinbarungen einbezogen werden, da es hier keine praktischen Schwierigkeiten gab.

3. Die Vier Mächte tragen die Verantwortung für die Ausführung der Gesamtregelung, d. h. auch hinsichtlich der von der DDR übernommenen Verpflichtungen.

Die ungeschmälerete Stellung der drei Westmächte wurde von uns stets als unabdingbar betrachtet. Sie ist es, die den Berlinern den unentbehrlichen politischen und vor allem militärischen Schutz vor jeder Bedrohung gewährt. War dieser Schutz auch bisher unbestritten, so kommt es jetzt darauf an, die Berliner auch von dem Gefühl der Unsicherheit zu befreien, das mit der über zwanzigjährigen Erfahrung von Schikanen und Pressionen zwangsläufig verbunden ist. Die Energien der Stadt und ihrer Bewohner sollen sich nicht in der tapferen Selbstbehauptung, die sie bisher zeigten, verzehren, sondern sich in einer aussichtsreichen Zukunft so entfalten können, wie es der Bedeutung Berlins entspricht. Zu seiner Lebensfähigkeit bedarf es spürbarer praktischer Verbesserungen der gegenwärtigen Lage.

Beim Zugang bringt das Abkommen etwas, worum sich die Westmächte seit der Blockade von 1948/49 vergeblich bemüht haben: Eine ausdrückliche sowjetische Verpflichtung für einen unbehinderten und reibungslosen Berlin-Verkehr. Darüber hinaus sind konkrete einzelne Verbesserungen zugesagt, insbesondere die Möglichkeit zur Benutzung von Durchgangszügen, in denen die Fahrgäste sich lediglich auszuweisen haben, und von versiegelten Gütertransporten. Auch beim Straßenverkehr mit Personenkraftwagen wird das Abfertigungsverfahren vereinfacht.

Man muß sich die ganze Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse auf den Verkehrswegen nach Berlin vor Augen führen, mit Schlangen, Wartezeiten, Zurückweisungen und dazu die bedrückende Sorge der Berliner, die Außenverbindungen könnten in Zukunft ganz abgeschnürt werden, um die Bedeutung der neuen Zugangsregelung richtig einschätzen zu können.

Die Möglichkeit zu Besuchen in Ost-Berlin war den Berlinern seit dem Auslaufen der letzten Passierscheinvereinbarung im Jahre 1966 abgeschnitten. Auf Grund des Viermächte-Abkommens werden die Berliner künftig nicht nur ihre Verwandten im Osten der Stadt wiedersehen können, sondern auch aus anderen Gründen, z. B. selbst als Touristen, nach Ost-Berlin und in die DDR reisen dürfen.

Beim Verhältnis West-Berlins zur

Bundesrepublik liegt das wichtigste Ergebnis der Viermächte-Verhandlungen darin, daß die Sowjetunion endlich die engen und vielfältigen Bindungen akzeptiert und selbst deren Entwicklungsmöglichkeit zugestanden hat. Die Gefahr, Berlin könne langsam vom Bund getrennt und isoliert werden, ist nun gebannt. Der besatzungsrechtliche Rahmen dafür bleibt, wie er war, d. h. die von den drei Mächten verfügten Beschränkungen, nach denen Berlin nicht im gleichen Maße wie die Bundesländer in die Verfassungsorganisation der Bundesrepublik einbezogen ist, bestehen fort. Die Alliierten halten diesen Vorbehalt für die Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten in Berlin für notwendig. Als Konzession für die sowjetische Anerkennung der Bindungen haben die drei Mächte die sog. demonstrative Bundespräsenz begrenzt. Gemessen an der Praxis wird dies vor allem bedeuten, daß die — alle fünf Jahre stattfindende — Bundesversammlung nicht mehr in Berlin tagen kann. An der Anwesenheit von Behörden und Institutionen des Bundes in Berlin wird sich nichts ändern.

Ein wichtiges Ergebnis des Abkommens ist die verbriefte sowjetische Erklärung, künftig keine Einwendungen mehr gegen die bisher bestrittenen Formen der Außenvertretung West-Berlins durch die Bundesrepublik zu erheben. Dies wird es endlich ermöglichen, daß die Bundesrepublik Verträge mit der Sowjetunion schließen kann, in die West-Berlin einbezogen wird. Die Berliner und ihre Wirtschaft werden im Osten den konsularischen Schutz durch die Bundesrepublik in Anspruch nehmen und Bundespässe benutzen können. Die Schwierigkeiten wegen Berlin in den internationalen Organisationen werden aufhören. Berliner werden am internationalen Austausch der Bundesrepublik teilnehmen können, und Berlin wird wieder seine Rolle als Zentrum für internationale Veranstaltungen spielen können. Dafür haben die Alliierten der Sowjetunion die Errichtung eines Generalkonsulats in West-Berlin gestattet. Die dafür festgelegten Modalitäten stellen sicher, daß dieses Generalkonsulat die gleiche Stellung hat wie die schon seit langem in West-Berlin bestehenden Konsulate und Generalkonsulate anderer Länder und daß der Viermächte-Status ganz Berlins davon ebenso unberührt bleibt wie in den anderen Fällen.

Die Vereinbarungen der Vier Mächte sind das Ergebnis von Verhandlungen. Verhandlungen

sind ohne Kompromisse nicht denkbar, Maximalpositionen nicht durchsetzbar, wenn man ein vernünftiges Ergebnis will, zu dem sich der Verhandlungspartner dann auch voll bekennen kann. Wenn wir das berücksichtigen, wenn wir als Maßstab der Bewertung das erzielte Abkommens frühere westliche Vorschläge und selbst noch die Ausgangspositionen der Gespräche nehmen und schließlich die Frage stellen, ob das Abkommen die Lage Berlins und der Berliner verbessert, dann werden wir und vor allem die Berliner Grund haben, mit dem Ergebnis zufrieden zu sein.

Wir wollen aber bei allen praktischen Verbesserungen, die jetzt möglich sind, eines nicht übersehen: das Abkommen wird erst wirksam sein können, wenn die Regierungen der beiden deutschen Staaten zu den ergänzenden, die offen gelassenen und genau bezeichneten Fragen ausfüllenden Abmachungen gekommen sind. Wann das der Fall ist, wissen wir nicht. Wir nehmen auch an, daß die Verhandlungen zwischen den zuständigen deutschen Stellen noch manche Probleme bringen werden. Wir erwarten aber auch, daß diese Verhandlungen uns ein Stück weiter bringen werden auf dem Wege der Entkrampfung des Verhältnisses zwischen den beiden Teilen Deutschlands.

---

Schriftenreihe  
des Forschungsinstituts  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

---

Gerhard Eisfeld  
Die Entstehung der liberalen  
Parteien in Deutschland  
1858-1870

Studie zu den Organisationen und  
Programmen der Liberalen  
und Demokraten  
240 Seiten, broschiert 24,80 DM

---

Im Gegensatz zur bisherigen überwiegend ideengeschichtlichen Betrachtung des Liberalismus stellt Eisfeld in den Mittelpunkt seiner Arbeit die politische Wirklichkeit: Organisation und Führungsstruktur der liberalen Parteien in Deutschland werden auf Grund von Parteibeschlüssen und -programmen untersucht. Im Kongreß Deutscher Volkswirte, in den Fortschrittsparteien und der National-liberalen Partei zeigt sich schon früh die Trennung zwischen den National-liberalen, denen es vor allem um die Einigungspolitik ging, und den Demokraten, die sich für einen parlamentarisch-demokratischen, sozialen Staat einsetzten.

---

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

## Berlin sagt ja!

Wenn bisher von Berlin die Rede war, wenn Berlin in den Schlagzeilen stand und die Leitartikel füllte, dann war überwiegend Besorgniserregendes zu melden und zu kommentieren. Da waren die Blockade und dann das Ultimatum, die West-Berlin insgesamt bedrohten. Der politischen Teilung der Stadt 1948 folgte 1961 die gemauerte Teilung. Von Krisen war zu berichten und von Nadelstichen und Schikanen, von Erschwernissen vieler Art also. Aber auch dann, wenn über den Aufbau der Stadt und ihr Vorankommen, wenn über die Tatsache, daß hier über zwei Millionen Menschen ein gutes und gesichertes Leben führen können, berichtet wurde, war das begleitet und durchsetzt von dem Gefühl, daß die Leistungen der Stadt den Umständen, in denen sie sich befindet, irgendwie abgetrotzt waren, und das Erstaunen über die Leistungen bemaß sich auch am Mißverhältnis zwischen dieser lebendigen, großen Stadt und den einschränkenden, einengenden Bedingungen, die für ihre Bewohner gelten.

Zum fortwährend Positiven aus Berlin gehörte immer der Selbstbehauptungswille seiner Bevölkerung und der unbedingte Wille, eine demokratische Gesellschaftsordnung und keine andere zu haben. Aber es bedurfte eben dieses Selbstbehauptungswillens, der Berlin den Umständen nach so zugehört, daß das allgemeine Bewußtsein in Deutschland und anderswo sich die Existenz Berlins und das Leben der Berliner ohne ihn — zu Recht — gar nicht vorstellen kann — eben aus dem Zwang der Situation heraus.

So ist es verständlich, daß die Meldungen jetzt aus Berlin über Berlin einigermaßen erstaunen und viele sich noch nicht getrauen, sich sozusagen noch verbieten, für wahr zu halten, was sie da lesen und hören. Aber die Tatsache ist: Die vier für Berlin zuständigen Mächte haben sich in fast eineinhalbjähriger Arbeit durch den seit Kriegsende aufgetragenen Berg von Problemen in und um Berlin hindurchgearbeitet, haben sich verständigt und ein Abkommen über Berlin beschlossen.



Klaus Schütz  
Regierender Bürgermeister von Berlin

Dieses Zustandekommen einer gemeinsamen Vereinbarung über Berlin wird offenbar allgemein und überall als Durchbruch verstanden und empfunden, als Durchbruch durch die Verhärtungen und Verkrustungen, die der kalte Krieg hinterließ. Nicht so, als ob nun, jenseits davon, die Dinge geordnet vor uns lägen, es keine Hindernisse mehr gäbe und keine Konflikte. Aber so, daß mit einiger Zuversicht und Erfolgserwartung die Arbeit fortgesetzt werden kann, die für eine abschließende Berlin-Regelung, eine befriedigende, noch notwendig ist, und, damit zusammenhängend, für den Ausgleich und die Normalisierung zwischen den beiden Staaten in Deutschland und den beiden Teilen in Europa. Ohne Zweifel ist die Politik von Willy Brandt, ist die Politik der Bundesregierung, mit der die des Senats von Berlin völ-

lig übereinstimmt, ihrem erklärten Ziel wesentlich nähergekommen: zu helfen, eine dauerhafte Friedensordnung in Europa herzustellen. Auch dafür, nicht nur für Berlin selbst, ist das Abkommen der Mächte über Berlin so wichtig, und auch wohl darum wirkt das positive Ergebnis der Berlin-Verhandlungen ermutigend. Es ist eine neue Szenerie da, weil sich offenbar dort, wo die Ost-West-Probleme am dichtesten verknüpft sind in Europa, die Friedenspolitik durchsetzt: in Berlin.

Ohne Zweifel wird dadurch die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestätigt. Sie hatte, als deutlich wurde, daß bestimmte Vorstellungen über Deutschland und auch über Berlin illusionär geworden waren, von illusionen Abschied genommen, die andere, unbeeindruckt von der Wirklichkeit, weiter pflegten und weiter verbreiteten und das auch heute und auch angesichts des Berliner Ergebnisses noch tun und vermutlich auch weiterhin tun werden. Das Urteil hat sich als richtig erwiesen, daß eine Verbesserung der Lage in Deutschland und eine Regelung der Situation in Berlin nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Entspannung zwischen West- und Osteuropa, zwischen dem Westen und dem Osten überhaupt möglich sein würde.

Diese Politik hatte von vornherein nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie von der Lage in Europa und in Deutschland und in Berlin ausging, wie sie durch den Krieg und die Zeit danach sich gebildet hatte — ob das gefiel oder nicht. Darum haben wir für die wechselseitige Anerkennung der Realitäten plädiert und andere Vorstellungen für das erklärt, was sie sind: Illusionen.

Die Bundesregierung hat ihre Politik behutsam und konsequent zugleich verfolgt. Es ist außer Frage, daß die Verträge von Moskau und von Warschau die Voraussetzung bilden. Sie bereiteten jenes Klima, das es dann den Mächten ermöglichte, zu den vorliegenden Ergebnissen über Berlin zu kommen. Ohne diese Politik würden wir heute noch wie die vielen Jahre zuvor ohne Aussicht auf Verbesserung, ohne Aussicht auf Erleichterung des Lebens für die Menschen in Berlin sein; denn die Deklamationen, die wir über viele Jahre in unserer Sache gehört haben und von bestimmten Seiten noch immer hören — und von manchen bis zur Unerträglichkeit —, die haben niemandem in Berlin geholfen und schon gar niemandem in der DDR.

Der Senat von Berlin hat — gestützt allein auf die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus — die Erwartungen, die in die Berlin-Verhandlungen zu setzen waren, zu keinem Zeitpunkt überspannt. Er hat sich an der Lage in der Stadt orientiert, wie sie ist. Allerdings auf das, was möglich und erfüllbar schien, ist gedrängt worden, unnachgiebig. Vergleicht man jetzt die Vorstellungen Berlins, so wie sie noch am 29. April 1971 in der Regierungserklärung des neugewählten Berliner Senats niedergelegt worden sind, mit dem, was nach Beendigung der Verhandlungen der Mächte vorliegt, dann können wir sagen: Unsere Erwartungen sind erfüllt, wir haben, was wir wünschten und was wir wollten: eine Berlin-Regelung, die wir — gemessen an unseren vorher formulierten Kriterien — befriedigend nennen können.

Selbstverständlich ist das ein Pauschalurteil. Es gibt Elemente in den Vereinbarungen der vier Mächte, die hinter dem, was für uns optimal wünschenswert wäre, zurückblieben; es gibt Elemente, die über das, was wir erwarteten, hinausgehen. Aber gerade wir in Berlin wissen schon aus der Praxis des Alltags, des Alltags der geteilten Stadt, daß wir überhaupt nicht vorangekommen wären und es den Berlinern überhaupt nichts eingebracht hätte, wenn wir als Apostel des Alles oder Nichts aufgetreten wären.

Denn tatsächlich war der Weg, den die Vier Mächte gegangen sind, überaus schwierig. Die Probleme in und um Berlin hatten sich seit Kriegsende und im Gefolge des Ost-West-Konfliktes immer mehr kompliziert. Die Rechtsstandpunkte der ehemaligen Alliierten waren immer kontroverser geworden, weil in sie die unterschiedlichen und die gegensätzlichen Interessen eindrangen. Das Prestige der Mächte spielte eine bedeutende Rolle. Und das alles war durchsetzt mit der bedrückenden Atmosphäre aus den schlechten Erfahrungen vieler Jahre. Aus ihr nahmen nicht nur die Skeptiker ihre Argumente, sondern aus ihr bezogen vor allem die Gegner jeden Ausgleichs ihr Gift.

In der Erklärung des Regierenden Bürgermeisters vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin vom 29. April d. J. hat der Senat seine Erwartungen, die er mit einer befriedigenden Berlin-Regelung verknüpft, präzise und verbindlich formuliert:

„Wir erwarten aus den Verhandlungen der Vier Mächte über Berlin:

Erstens, daß die Westberliner in den Ostteil der Stadt gehen und daß sie ihre Verwandten und Freunde auch in der DDR besuchen können;

zweitens, daß West-Berlins gewachsene Bindungen an den Bund — seine Zugehörigkeit vor allem zur Wirtschafts-, Finanz- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland sowie die außenpolitische Vertretung durch den Bund — auch von der Sowjetunion und ihren Verbündeten anerkannt werden;

drittens, daß wir einen Zugang auch zu Lande von und nach Berlin bekommen, auf dem sich jede Person unbehindert bewegen kann und auf dem jede Ware unbehindert befördert wird. Diese Ergebnisse würden wir eine befriedigende Berlin-Regelung nennen."

Wir in Berlin können nur sagen: Das Ergebnis der Verhandlungen der Mächte entspricht den Lebensinteressen unserer Stadt und erfüllt, worum es uns in Berlin ganz unmittelbar gehen muß: den Menschen hier das Leben leichter zu machen und die Stadt insgesamt weiter nach vorn zu bringen. Dabei sollte festgehalten werden, daß dem Inhalt dieses Teiles der Regle-

rungeerklärung damals alle drei im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien zugestimmt haben.

Bei alledem wissen wir: Der Weg ist noch nicht zu Ende gegangen. Die beiden deutschen Seiten nehmen nun die Gespräche auf und haben ihren Teil zu einer befriedigenden Berlin-Regelung beizubringen. Auch diese Verhandlungen werden ihre Zeit brauchen, auch da wird es um Details gehen, auch da mag es schwierige Verhandlungspunkte geben.

Wir in Berlin werden die Geduld dafür aufbringen, weil wir verstehen, daß nicht von heute auf morgen abgetragen werden kann, was ein Vierteljahrhundert voller Konflikte aufgehäuft hat. Aber wir erwarten, daß alles an ein zügiges Vorankommen gesetzt wird. Und wir hoffen, daß das Geschrei und die Polemik gegen diese Politik der Vernunft, mit der die deutsche Bundesregierung nichts anderes als Ausgleich und Normalisierung im Rahmen des Möglichen und soweit wie möglich will, allmählich nachläßt und verebbt. Das würde einer Politik hilfreich sein, die vor allem für Berlin und für seine Menschen hilfreich ist.

## Greif dem Staat mal kräftig in die Tasche



Eine vermögenswirksame Lebensversicherung bei der Volksfürsorge bietet Ihnen die Möglichkeit dazu. Das sind die Vorteile:

Vom ersten Tag an voller Versicherungsschutz,  
Kapitalbildung mit Gewinnbeteiligung,  
steuer- und sozialabgabenfreie Arbeitnehmer-Sparzulage,  
Steuerersparnis im Rahmen der Sonderausgaben.

Für einen Dreißigjährigen ergibt sich z. B. bei einer monatlichen Anlage von 82 DM und 30jähriger Versicherungsdauer eine Versicherungssumme von rund 22000 DM. Sparzulage, Steuerersparnis und der eventuelle Einfluß einer vermögenswirksamen Leistung des Arbeitgebers vermindern die eigene Aufwendung ganz erheblich.

Fragen Sie einen Volksfürsorge-Mitarbeiter. Er berät Sie gern.

Keine Sorge—

 **Volksfürsorge**

# Sinn für Proportionen

Die Botschafter der vier Mächte Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und Vereinigte Staaten von Amerika haben ihre seit März 1970 gepflogenen Gespräche in Berlin abgeschlossen. Ihre Regierungen haben dem Text eines Abkommens zugestimmt, das erstmals nach dem Ende des Weltkrieges Rechte der Menschen in der geteilten Stadt und das Verhältnis der Stadt im geteilten Deutschland verbindlich regelt. Nachdem dieses Rahmenabkommen von den Regierungen paraphiert worden ist, haben die Regierungen der beiden deutschen Staaten die für den Verkehr von und nach Berlin erforderlichen Detailbestimmungen vertraglich zu vereinbaren. Die vier Mächte garantieren die im Abkommen verbrieften Rechte.

Damit ist nicht ungeschehen gemacht, was die Menschen Berlins und die geteilte Stadt als solche seit Kriegsende erlitten und weiter zu tragen haben, nämlich die Teilung der Stadt, aber die Bewohner der drei Westsektoren werden fortan nicht mehr schlechter gestellt sein als die Bewohner der ursprünglichen drei westlichen Besatzungszonen im Verkehr mit den Menschen des ursprünglichen sowjetischen Sektors und der ursprünglichen sowjetischen Besatzungszone. Die vier Mächte, die mit Kriegsende „besondere Verantwortung für Deutschland als Ganzes“ übernommen, beziehungsweise in Anspruch genommen hatten, sind ungeachtet ihrer prinzipiellen Gegensätze und Unterschiede in den Rechtsauffassungen zu Übereinstimmungen gelangt, die für das Leben in und mit Berlin erleichternd wirken werden. Die Sowjetunion hat eingehalten, was bei der Unterzeichnung des Moskauer Vertrags im August 1970 von ihren Wortführern erklärt wurde: Sie hält fest an ihren prinzipiellen Auffassungen über die Nachkriegsentwicklung in Deutschland, aber sie ist bereit, einen Schritt zu einer alle Betroffenen und Interessierten befriedigenden Regelung zu tun, wenn auch alle anderen den Ihren tun.

Wer sich vergegenwärtigt, zu welchen Konvulsionen in der Nachkriegszeit Streitfragen

geführt haben, an deren Regelung auf sachliche und friedliche Weise man nun mit Hilfe des Viermächte-Rahmenabkommens gehen wird, der wird ermessen können, daß es sich beim Berliner Abkommen um ein Ereignis von historischer Bedeutung handelt. Die Interessen und Rechte der zivilen Menschen Berlins sind endlich Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen und nicht mehr nur umstrittene und je nach Bedarf in Frage gestellte Begleiterscheinungen militärischer Tatsachen.

Der Bundesregierung ist zu wünschen, daß sie vom Parlament her Rückenwind für die wahrscheinlich schwierigen Detailverhandlungen mit der DDR-Regierung bekommt und daß die beiden deutschen Seiten die auf sie entfallenden Pflichten ansäandig erfüllen. Der Sinn für Proportionen möge die deutschen Beiträge fruchtbar machen, ungeachtet vieler Wünsche, die gehegt werden mögen.

Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, seit Kriegsende immer wieder damit befaßt war, in Berlin-Fragen in die Spielchen zu greifen, kann nicht umhin, den Berlinern selbst zu wünschen, ihren sprichwörtlichen klaren Kopf zu bewahren und so das Beste aus dem zu machen, was sich als möglich erweist. Nicht zu vergessen: Respekt und Dank für den Mann, der als Regierender Bürgermeister in Berlin in schwersten Stürmen stand gehalten und als Bundeskanzler sein Wort gehalten hat, das er gab, als er von Berlin nach Bonn ging. Seine Initiativen und seine Beharrlichkeit haben konstruktive Wirkungen erzielt.

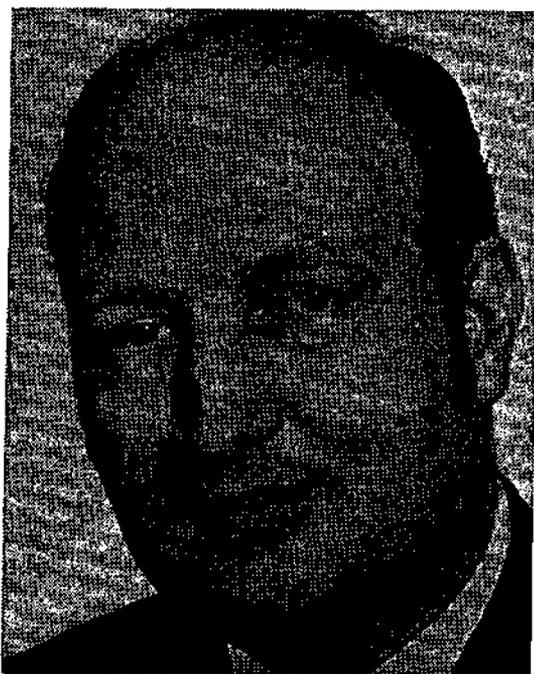
## Eine Plattform der Konservativen!

„Neun Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie“ vom ZK-Beirat der deutschen Katholiken

Seit Ihren Anfängen haben die Katholiken und die katholische Kirche in einem Spannungsverhältnis zur modernen Demokratie gelebt. Auch die aktive Rolle des niederen Klerus in der Französischen Revolution und das Engagement der sogenannten „politischen Abbés“ für die Emanzipation des Dritten Standes haben nicht verhindert, daß sich die Kirche mit autoritären Usurpatoren arrangierte – wie z. B. der berühmte *Abbé Steyès* mit *Napoleon* – und schließlich stabilisierender Faktor der Restauration und neuer Bündnisse von Thron und Altar wurde. Dies galt erst recht für Deutschland, wo die Verhältnisse durch das protestantische Staatskirchentum noch komplizierter lagen, wo indessen im Sturmwind des demokratischen Geistes des Jahres 1848 eine katholische Bischofskonferenz fast die Trennung von Staat und Kirche beschlossen hätte (Würzburger Bischofskonferenz von 1848), der bischöfliche Freiherr *Wilhelm Emmanuel von Ketteler* die Chance der Demokratie für die Kirche erkannte und zugleich die Anwendung der politischen Ideen von Freiheit und Gleichheit als „dem Evangelium zutiefst entsprechend“ auf die gesellschaftliche und soziale Wirklichkeit forderte.

Die mit dem Pontifikat *Leo XIII.* einsetzenden Brückenschläge zu den Staaten mit republikanischer Staatsform („Ralliement“) gleichen eher jener Politik der „friedlichen Koexistenz“ zwischen Staaten, die sich machtpolitisch arrangieren wollen, ohne ihre ideologischen Gegensätze aufzugeben. Das Ethos der modernen Demokratie blieb den meisten Katholiken ebenso verborgen, wie viele Demokraten das Wesen der kirchlichen Botschaft verkannten.

Auch der in den Sozialenzykliken *Leo XIII.* und *Pius XI.* enthaltene demokratische Ansatz kam nicht zum Tragen, da er von konservativen und ständestaatlichen Ideen verdeckt wurde. Die antikapitalistische Kritik der in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts systematisierten katholischen Soziallehre wurde immer wieder umgebogen zur Rechtfertigung ständestaatlicher oder faschistischer Regime (*Dollfuß*, *Salazar*) – wie *Oswald von Nell-Breuning* mit Entsetzen ansehen mußte und immer wieder zutiefst beklagt hat. Der Sozialismus – gerade auch der demokratische, „reformistische“ – wurde verurteilt, nicht wegen seiner Kapitalismuskritik, die man zu rezipieren begann, sondern wegen seines „liberalen Erbes“. Die Wohlwollenserklärungen für die Demokratie, die *Pius XII.* im Zweiten Weltkrieg abgab, als der Sieg der Alliierten schon in Sichtweite war, wurden schnell abgelöst durch die Große Furcht vor dem Kommunismus, die bis an die Schwelle der sechziger Jahre auch das kirchliche Denken und Handeln bestimmte. Die Situation änderte sich erst, als ein Mann des Volkes, furchtlos und voll Vertrauen, verste-



*Willi Kreiterling, Autor des Buches  
„Kirche – Katholizismus – Sozialdemokratie“*

hend und zuversichtlich noch im Angesicht des Todes, dem Geist der Gegenwart die Tore der Kirche öffnete, endgültig und unwiderrufbar. Mit seinen Enzykliken „Mater et Magistra“ und „Pacem in Terris“ hat Johannes XXIII. die Katholiken auf die neue Aufgabe verpflichtet, die das II. Vatikanische Konzil mit seinen Erklärungen und Konstitutionen befestigt hat: Im Dialog mit allen Menschen guten Willens am Aufbau einer Gesellschaft mitzuwirken, in der Freiheit, Menschenrecht und Menschenwürde konkret verwirklicht werden können. Die Chance der Demokratie hatte der Johannespapst in seiner Friedensenzyklika höchst optimistisch beurteilt: *„Die Menschen aller Länder und Völker sind entweder bereits Bürger eines freien Staatswesens oder werden es bald sein.“*

Die deutschen katholischen Bischöfe haben die weltweitbezogenen Konzilsaussagen über Gesellschaft und Staat mit einem 1969 veröffentlichten Schreiben über „Die Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und im demokratischen Staat der Gegenwart“ auf die Verhältnisse in Deutschland anzuwenden versucht. Ebenfalls 1969 veröffentlichte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine „Erklärung des ZKs der deutschen Katholiken zu Fragen der Demokratisierung in Staat, Gesellschaft und Kirche“. Beide Dokumente bekräftigen das „Ja“ zur Staatsreform der freiheitlichen Demokratie“, das das Konzil ausgesprochen hat, und fordern die Bürger der Bundesrepublik zum stärkeren politischen Engagement auf. Mindestens seit diesem Zeitpunkt ist klar – und auch in Wahlergebnissen erkennbar –, daß politisches Engagement auch für die Katholiken Engagement in verschiedenen politischen Parteien heißt. Nach mehr als hundert Jahren scheint die Integration der Katholiken in den demokratischen Staat geleistet, auch in Deutschland. Endgültig – oder doch nur auf Widerruf?

Seit Mai dieses Jahres kursierte in eingeweihten katholischen Kreisen ein Papier, das nach einer gezielten Indiskretion in der „Frankfurter Rundschau“ vom 29. 7. dann Anfang August von den Verfassern Hals über Kopf der Öffentlichkeit übergeben wurde: „Neun Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie“, verabschiedet vom Politischen Beirat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, verfaßt – auf weite Strecken – vom Vorsitzenden dieses Beirats, Prof. Dr. Hans Buchheim (Mainz), der hier ganze Seiten seiner höchst umstrittenen Essener Katholikentagsrede zur Demokratie von 1968 einfach noch einmal abgeliefert hat.

Das 26 Seiten umfassende Dokument hat in der allgemeinen Öffentlichkeit ziemliches Erstaunen, in katholischen Kreisen heftige Reaktionen ausgelöst, die sich fortsetzen werden. Die mit Unterstützung der Mehrheit der deutschen Bischöfe herausgegebene Wochenzeitung „Publik“ sieht in dem Dokument *„eine katholische Provokation“*, für die es *„keinen aktuellen Anlaß“* gebe. Sie vermißt das Ansprechen der wirklichen Probleme, ironisiert die Verkettung der um die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft Bemühten, verweist den Politischen Beirat des ZK auf die Begrenzung seiner Kompetenz und meint abschließend: *„Wenn Katholiken zur Demokratie Stellung nehmen, dann muß ein Höchstmaß an Glaubwürdigkeit gewährleistet sein“* (Herald Pawlowski in „Publik“ vom 6. 8. 71).

Weit härter geht der „Bensberger Kreis“, jene vor allem durch ihr „Polen-Memorandum“ bekanntgewordene Vereinigung katholischer Wissenschaftler, Publizisten und Vertreter des öffentlichen Lebens, mit den „9 Thesen“ ins Gericht. Er nennt sie einen *„Rückfall auf die ideologischen Positionen des Katholizismus der Geschlossenheit aus der vorkonziliaren Zeit“* und vermißt jede *„Analyse der konkreten Verhältnisse in der Bundesrepublik“* und jeden *„Verweis auf mögliche und notwendige Reformen“*. Die Gefährdung der Demokratie von rechts finde in dem ZK-Dokument *„keinerlei Erwähnung“*, während *„nach links hin vom Sozialliberalen bis zum Radikaldemokraten oder Marxisten alles zum Gegner der Demokratie erklärt werden“* könne.

Die politische Stoßrichtung der neun Thesen scheint den „Bensbergern“ eindeutig: *„Der Versuch bestimmter katholischer Kreise, jene ideologische Plattform wieder herzurichten, von der aus den restaurativen Kräften der fünfziger und sechziger Jahre die Rückkehr in die politischen Machtpositionen erleichtert werden soll“* (Sprechergruppe des „Bensberger Kreises“ am 5. 8. 71). In der Tat – die „Neun Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie“, die nunmehr der gesamten Öffentlichkeit, vor allem aber dem katholischen Bevölkerungsteil zur Diskussion vorgelegt sind (z. B. auch für die Beratungen der katholischen Synode), gehören zum Kapitel „Konservative gegen die Demokratie“ (Helga Grebing). Sie sind ein Demontageunternehmen gegen alle Ansätze zur Verwirklichung von mehr Demokratie im gesellschaftlichen Leben der Bundes-

republik, ein Kompendium falscher Alternativen, ein Arsenal konservativer Verketzerung, ein Hosianna aufs Bestehende.

Die eigentlichen Thesen selbst sind in ihrer Mehrheit völlig abstrakt, mit beliebigem Inhalt zu füllen und daher zumeist weder wahr noch falsch. „*Demokratie ist kein Religionsersatz*“ (These I); „*Die repräsentative Demokratie sichert den Raum für die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung des Menschen*“ (These II); „*Rationalität der Politik ist eine sittliche Verpflichtung aller, die ein demokratisches Mandat innehaben*“ (These III); „*Politisches Denken und Handeln ist nicht identisch mit gesellschaftlichem Denken und Handeln*“ (These V).

In der These V – die gewiß ebenso unterschrieben werden kann wie die drei ersten – kündigen sich freilich schon die konservative Grundhaltung und das positivistische Mißverständnis Buchhelms und der Selnen an. Für sie ist Demokratie ein „*politischer Begriff*“, der als solcher „*nicht auf nichtpolitische Bereiche angewandt werden kann*“ (These VI). Wenn in Bezug auf den gesellschaftlichen Bereich von Demokratie, Demokratisierung u. ä. gesprochen wird – das ZK-Papier schlägt vor, lieber „*Partizipation*“ zu sagen, wie Frankreichs Gaullisten –, dann wird gleich Ideologieverdacht geäußert, Politisierung geargwöhnt, nach Pseudoreligion gefahndet, nach „*zerstörender Perversión*“ geschnuppert – kurz: „*Mißbrauch der Demokratie*“ konstatiert. Staat und Gesellschaft, politische Form und sozialer Inhalt werden völlig abstrakt auseinandergedacht, getreu der altbewährten konservativen Tradition. Das erlaubt dann, Staatsformen wie Hutmodelle zu handeln, die der Gesellschaft aufgestülpt werden, wie es die realen Machtverhältnisse gerade erfordern, mal autoritär, mal demokratisch, mal mit „*Partizipation*“, mal ohne.

Das ZK-Papier räumt an einer Stelle immerhin ein, daß es „*keine saubere Trennung zwischen Gesellschaft und Politik*“ gebe und spricht von „*Grenzüberschreitungen*“, die gerechtfertigt sein könnten, „*in begründeten Ausnahmefällen*“, nicht als „*Norm*“. Auf jeden Fall aber dürfe die „*eigenständige Vielfalt des sozialen Lebens*“ nicht einem „*verabsolutierten politischen Zuständigkeitsanspruch*“ unterworfen werden.

Immer wieder werden in dem ZK-Papier Alternativen gehandelt, die gar nicht in Frage stehen. Auch tauchen die alten Mißverständnisse über das Subsidiaritätsprinzip wieder auf, mit denen der einstige ZK-Referent *Gustav E. Kafka* das Godesberger Programm der SPD attackiert hatte und die durch die in den Enzykliken *Johannes' XXIII.* und *Pauls VI.* sowie in den Konzilsdokumenten weiterentwickelte katholische Soziallehre endgültig beiseite geschoben schienen.

In der „*Formierten Gesellschaft*“ *Rüdiger Altmanns* – denn um keine andere handelt es sich in dem Papier der 9 Thesen! – wird Politik wie Explosivstoff behandelt: sie ist vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen! Dies wird in den Thesen VII und VIII und den dazugehörigen Begründungen an den Begriffen der „*Öffentlichkeit*“ und der „*Verantwortung*“ näher erläutert.

Der eigentliche Thesentext selbst (VIII) könnte wiederum in seiner Allgemeinheit noch akzeptiert werden: „*Politische Beratungen im freiheitlichen Rechtsstaat können nur in bestimmten Grenzen nicht öffentlich sein. Eine Mißachtung dieser Grenzen führt zu Unfreiheit und Terror.*“ Es wird überhaupt anerkannt, daß „*alle Fragen von politischer Bedeutung im wesentlichen öffentlich erörtert werden*“ müssen. Auch wird zugegeben, daß es „*kaum möglich (ist), zwischen Angelegenheiten, die ihrer Natur nach öffentlich und solchen, die ihrer Natur nach nichtöffentlich zu beraten sind, zu unterscheiden*“. Dann aber wird gegen die – höchst traditionelle! – Formulierung vom „*Herstellen von Öffentlichkeit*“ polemisiert, in der die „*Gewaltsamkeit der Maßnahmen schon zum Ausdruck kommt*“, und es wird die Vogelscheuche einer „*entpersönlichten Öffentlichkeit*“ aufgebaut, Schreckgespenst von „*Meinungsterror und Manipulation der Verantwortung*“, dem sich Politiker und Privatleute, die sich darauf einlassen, plötzlich gegenübersehen.

Zusammen mit den Konstruktionen und Unterscheidungen der These VII ergibt sich der Stellenwert dieser Öffentlichkeitsallergie im gesellschaftspolitischen Konzept des ZK-Papiers allerdings recht genau. Die These lautet: „*Politische Diskussion ist auf politisches Handeln und Entscheiden bezogen. Sie ist deshalb grundsätzlich anderer Art als theoretische Diskussion, insbesondere, weil sie an der praktischen Verantwortung orientiert sein muß.*“

Daß zwischen einer auf das Handeln bezogenen politischen Diskussion und einer das reine Denkspiel als Möglichkeit einbeziehenden theoretischen Diskussion ein Unterschied besteht, dazu hätte es nicht einer Erleuchtung durch das ZK-Papier bedurft. Doch „*grundsätzlich anderer Art*“? Aber damit auch ja hier kein Mißverständnis möglich bleibt, präzisieren die ZK-Bei-

räte: „Die theoretische Aussage steht nur (!; der Verf.) unter der Verantwortung für die Wahrheit, die politische Aussage steht zusätzlich unter der Verantwortung für die Wirklichkeit“! — Ein wahrhaft ungeheuerlicher Satz in einem von Katholiken verfaßten Dokument. Er rührt an die Grundlagen des philosophisch-theologischen Denkens in der katholischen Kirche, für das das Wahre und das Wirkliche, das Verum und das Ens, austauschbare Begriffe für die eine und selbe Sache sind. Dem Jesus von Nazareth wären mit Sicherheit Prozeß und Hinrichtung erspart geblieben, wenn er sich in der berühmten Konfrontation mit dem römischen Prokurator Pontius Pilatus der feingeistigen Unterscheidungen des ZK-Papiers hätte bedienen können.

Der pauschale Begriff der „Verantwortung“ — abgegrenzt gegenüber der „intellektuellen Gesinnungsethik“ — soll dann — immer nach dem ZK-Papier, These VII, — alles rechtfertigen, was dem gescheiterten Politiker als Berufsethos und Privileg angedient wird: „Wer eine Entscheidung verantworten muß, dessen Meinung hat natürlicher Weise mehr Gewicht als die eines anderen, der keine Verantwortung zu übernehmen braucht“; „Der Theoretiker hat die Pflicht, auch das Selbstverständliche in Frage zu stellen, der Politiker dagegen hat das Recht, sich auf das Selbstverständliche zu stützen“; „Der Theoretiker kann der Wahrheit im Scheitern innwerden, der Politiker dagegen nicht im Scheitern die Wirklichkeit gestalten“; der Politiker muß die „sich ihm bietenden Möglichkeiten, die im Rahmen der sicheren Realisierbarkeit (!; d. V.) als die wertmäßig beste erscheint, eindeutig und entschlossen ergreifen, auch um den Preis, sich andere Wege, die an sich auch berechtigt und gangbar gewesen wären, völlig zu verschließen“; man darf den Politikern nicht nachträglich vorwerfen, „wieviel Gutes und Richtiges sie zusammen mit den ausgeschlossenen Möglichkeiten versäumt (haben), und daß sie es sich deshalb wieder einmal zu einfach gemacht hätten“. — Blicke nur noch der Vorschlag, Niccolo Machiavelli in die Reihe der Kirchenlehrer aufzunehmen!

Die These IX fordert dann noch zu guten gesellschaftlichen und politischen Umgangsformen auf, „um des Schutzes der Menschenwürde in der modernen Gesellschaft willen“. Macht Schluß mit dem „Grobianismus“ in der Politik und dieser „Formlosigkeit“, die als eine „milde Form von Terror bewußt zur Durchsetzung der Gleichheitsideologie gepflegt“ wird. Halte Euch ans „Vorgegebene“, seid nett zueinander und zu den Politikern, sie tragen die Verantwortung und ihr nur die Folgen; dann habt ihr den „rechten Gebrauch“ von der Demokratie gemacht! Wer aber die Demokratie als ein dynamisches Prinzip versteht, das die Staats- und Lebensordnung allgemein bestimmen und die konkreten Voraussetzungen für die Chancengleichheit und Emanzipation herbeiführen helfen soll, der weiche von uns! Er gehört zu den Utopisten, zu den Vertretern des „pseudoreligiös übersteigerten Demokratismus“, zu den „Demokratie-Ideologen“, die „für den demokratischen Staat eine größere Gefahr (bilden) als seine offenen Feinde“. —

Wer nun etwa der Meinung ist, das Papier des ZK-Beirates richte sich doch im Grunde nur gegen jene spätmarxistische Jugendbewegung, die durch politischen Infantilismus und schlechte Manieren honorige Universitätsprofessoren und bemühte Politiker verunsichere, der täuscht sich erheblich. Richtig ist vielmehr, daß die neun Thesen gegen den Mißbrauch der Demokratie das Unbehagen breiter Schichten am Aufbegehren in der jungen Generation ausnutzen, um die Öffentlichkeit erneut mit dem neokonservativen Konzept der „Formierten Gesellschaft“ zu konfrontieren.

Nicht zu unrecht schreibt Harald Pawloski in dem erwähnten „Publik“-Beitrag: „Heute mehr als vor einem Jahr mehren sich die Beweise dafür, daß viele den Zeitpunkt der Abrechnung mit den Demokratisierern für gekommen halten.“ Man zeigt auf die junge Linke mit ihren radikaldemokratischen Forderungen, aber man zielt auf die Inhaber der Regierungsverantwortung, die entschieden und beharrlich das Werk der Demokratisierung der Gesellschaft durch politische und soziale Reformen begonnen haben. Die Plattform, an der einige ZK-Beiräte im Interesse einer konservativen Revanche bei den nächsten Bundestagswahlen so eifrig zimmern, ist bei Lichte besehen nur die morsche Rettungsplanke der Schiffbrüchigen eines zwanzigjährigen Versagens. Den mit den ZK-Thesen konfrontierten Katholiken in der Bundesrepublik sollte klar werden, daß Kirche und Katholizismus in der Bundesrepublik ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn man aus hoffnungsvollem Neubeginn, ehrlichem Dialog, wirklichem Fortschritt im theologischen und sozialwissenschaftlichen Denken nur den resignierenden Schluß ziehen könnte: „An neuer Küste landen wir — in alter Gesinnung!“ (Horaz).

## Auf dem Weg nach Europa

In seinem Diskussionsbeitrag auf einer Tagung der sozialdemokratischen Parteien der EWG-Länder, die vom 28. bis 30. Juni 1971 in Brüssel stattfand (s. auch „Die Neue Gesellschaft“ Nr. 8/71) erklärte *Herbert Wehner* u. a.:

*„Ich will hier der Versuchung nicht erliegen, zurückzublicken auf das Ergebnis von Akten, mit denen angeblich der Sozialismus da oder dort oder im ganzen Kontinent auf einmal eingeführt worden ist. Europa wird Inhalt und Form durch unsere Beharrlichkeit gewinnen, mit der wir den sozialen Ausbau der Länder, die zur Europäischen Gemeinschaft gehören und noch zu ihr stoßen werden, forcieren. Diese unsere Beharrlichkeit wird die entscheidende Kraft sein. Wenn wir uns nicht so verstehen, dann gibt es niemand, der ein Europa zu bauen imstande ist mit der Priorität: sozialer Ausbau und Erfüllung des Nachholbedarfs für die breiten schaffenden Schichten. Das bedeutet also eine allmähliche Umstrukturierung, auch gesellschaftspolitisch.“*

Auf dem Wege nach Europa – das bedeutet neben vielem anderen das schwierige Unterfangen, die soziale Gesetzgebung in den einzelnen Mitgliedstaaten zu harmonisieren, die strukturellen Unterschiede zu überwinden und – last not least – die historisch gewordenen Organisationen der Arbeitnehmerschaft einander anzupassen. Es soll hier nicht einer Gleichmacherei das Wort geredet werden. Aber wahr ist, daß in der Entwicklung der einzelnen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen große Unterschiede festzustellen sind. Schon daraus ergibt sich, daß das oft leichtfertige Gerede von der Möglichkeit der schnellen Schaffung eines einheitlichen sozialistischen Europa zu jenen Illusionen gehört, die genau das Gegenteil von dem erreichen, was die Vertreter der These wollen.

Am Beispiel Italien lassen sich die Probleme am besten illustrieren. Neben einer starken kommunistischen Partei, die ihren eigenen Weg sucht und mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat, gibt es zwei sozialistische Par-

teien, die der Sozialdemokratischen Internationale angehören. Im Parlament ist außerdem eine sozialistische Partei (PSIUP) vertreten, die links von den Kommunisten angesiedelt ist. Un-erwähnt können bleiben, obwohl sie nicht ganz unwichtig sind, verschiedene Splittergruppen. Die Interessen der Arbeitnehmerschaft werden in Italien von drei Gewerkschaftsverbänden vertreten. Das Kennzeichen dieser Gewerkschaften ist, daß sie zumindest bis in die jüngste Zeit hinein mit bestimmten Parteigruppierungen sehr eng verbunden waren.

Die CISL (italienischer Bund der Gewerkschaften der Arbeitnehmer) ist mit den christlichen Demokraten liiert.

Zur UIL (Italienische Union der Arbeit) gehören Sozialdemokraten, Sozialisten und Republikaner. Obwohl die UIL der kleinste der drei Gewerkschaftsverbände ist, hat er drei Generalsekretäre: einen Sozialdemokraten, einen Sozialisten und einen Republikaner.

Der größte Gewerkschaftsbund ist der CGIL (Allgemeiner Italienischer Gewerkschaftsbund der Arbeitnehmer). In ihm dominieren die Kommunisten, zu ihm gehören aber auch die Vertreter der PSIUP und zum Teil der Sozialisten. Auf dem Wege nach Europa – das bedeutet die nüchterne Überprüfung der Möglichkeiten, die sich in den einzelnen Mitgliedstaaten der EWG ergeben, um – so führte *Herbert Wehner* aus – eine Politik zu betreiben, die über das hinausgeht, was heute fast überall nur als Innenpolitik betrieben wird. *Herbert Wehner*: „Da haben wir noch vieles zu tun und da müssen wir manchmal sogar gegen aufkommende Rassenvorurteile in unseren klassischen Ländern Europas angehen.“

Das Gespräch mit dem Generalsekretär der CISL, *Bruno Storti*, dem Generalsekretär der CGIL, *Luciano Lama*, und einem der Generalsekretäre der UIL, *Raffaello Vanni*, soll über die Lage in Italien informieren. „Die Neue Gesellschaft“ wird diesem Gespräch ähnliche mit den Vertretern der anderen Mitgliedstaaten der EWG folgen lassen.

# Europa und die Gewerkschaften

## Gespräch mit den Generalsekretären der drei Italienischen Gewerkschaftsbünde, Luciano Lama, Bruno Storti und Raffaello Vanni

**L. B.:** Herr Storti, wenn man die Geschichte der Arbeiterbewegung in Europa kennt und wenn man die Entwicklung in Italien beobachtet, hat man den Eindruck, daß die Gewerkschaften dieses Landes eine Politik betreiben, die an syndikalistische Auffassungen erinnert. Man kann sogar zur Auffassung kommen, daß die Gewerkschaften in Italien beabsichtigen, die Aufgaben der Parteien zu übernehmen, um den Staat in die Hand zu bekommen.

**B. Storti:** Ich kann Ihre Frage nur richtig beantworten, wenn ich etwas weiter aushole: Nach meiner Überzeugung haben die Gewerkschaften heute eine viel größere Unabhängigkeit von den politischen Parteien als in der Periode vor dem Faschismus. Früher gab es eine Gewerkschaftsbewegung marxistischen Ursprungs, und es gab einen katholischen Syndikalismus. Wir sind dabei, diesen Zustand zu überwinden. Das ist ein mühsamer Prozeß. Besonders in den letzten vier Jahren haben wir uns darum bemüht, eine totale Unabhängigkeit von allen politischen Parteien zu erlangen.

**L. B.:** Ist sie wirklich total?

**B. Storti:** Was die CISL betrifft — ja. Alle führenden Persönlichkeiten der CISL haben auf ihr politisches Mandat verzichtet. Ich war z. B. Mitglied des italienischen und europäischen Parlaments. Ich habe diese Mandate niedergelegt. Wir haben auf jedes Amt in politischen Parteien verzichtet. Bestehen geblieben ist das Recht, einer Partei anzugehören und auch für sie zu werben. Lama und Vanni können Ihnen Ihre Positionen zu diesem Punkt erklären. Sicher aber ist — ich wiederhole das —, daß die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien jetzt viel größer ist als früher.

Damit habe ich aber noch nicht Ihre Frage beantwortet. Wir entwickeln, das stimmt, als italienische Gewerkschaftsbewegung eine eindeutige politische Aktivität. Natürlich hauptsächlich auf sozialem und ökonomischem Gebiet. Wir führen auch Kämpfe, um eine Reihe unserer Forderungen durchzusetzen. Diese Kämpfe haben einige beachtenswerte Ergebnisse erzielt, die nicht so sehr das gesellschaftliche System als solches als vielmehr einige grundlegende Strukturen des Systems verändert haben.

Ein Beispiel: Wir, d. h. alle drei Gewerkschaftsbünde, haben zusammen eine Forderung in bezug auf Arbeitnehmerwohnungen erhoben, die zum Teil das Eigentumsrecht in Frage stellt, und zwar in dem Sinne, daß wir die Möglichkeit der Enteignung gefordert und durchgesetzt haben, damit Sozialwohnungen gebaut werden können. Das ist ein Beispiel einer Aktion, die zugleich eine wirtschaftliche und eine politische Seite unserer Gesellschaft berührt. Auf das entschiedenste verneinen wir aber die Behauptung, daß wir die Parteien ersetzen wollen. Im Gegenteil, wir verteidigen gemeinsam das gesellschaftliche und politische System Italiens, d. h. die parlamentarische und die Mehr-Parteien-Demokratie. Darüber sind wir uns alle — von den Kommunisten bis zu den christlichen Demokraten, die innerhalb der Gewerkschaft tätig sind — einig.

**L. B.:** Herr *Lama*, meine Frage an Sie möchte ich auf Grund dessen, was Herr *Storti* eben sagte, erweitern: Auf der einen Seite sind Sie der Meinung, daß eine Unvereinbarkeit zwischen politischen und gewerkschaftlichen Mandaten notwendig ist. Auf der anderen Seite sagt Herr *Storti*, und ich nehme an, das ist auch Ihre Meinung, daß die Gewerkschaften stärker als früher politische Forderungen, natürlich besonders auf ökonomischem und sozialem Gebiet, stellen und sie auch durchsetzen. Das ist doch eine bestimmte Form von Syndikalismus, und daraus muß sich doch eine bestimmte Konfliktsituation ergeben, denn Sie verzichten ja freiwillig darauf, Ihre Forderungen im Parlament zu vertreten.

Ich muß aber noch ein bißchen weitergehen: Herr *Storti* hat in seiner Antwort die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien betont. Nun ist bekannt, daß diese Frage eine besondere Rolle bei den Kommunisten spielt, denn innerhalb der kommunistischen Konzeption werden die Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“ der Politik der KP betrachtet.

**L. Lama:** Um mit dem letzteren anzufangen: Wenn man die Beziehungen zwischen der kommunistischen Partei und den Gewerkschaften durch den Begriff „Transmissionsriemen“ definiert, so ist dies – zumindest was die kommunistische Partei Italiens angeht – eindeutig überholt. In anderen Ländern mag dies anders sein. In Italien muß man davon ausgehen, daß die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der KPI auf eine neue Grundlage gestellt worden sind. Dies vorausgeschickt, bleibt jedoch wahr, daß eine Zunahme der politischen Aktivität der Gewerkschaften im sozialen und ökonomischen Leben neue Probleme zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien schafft. Wir suchen diese Konflikte nicht, aber wir meinen, daß bestimmte Probleme – auch politische Probleme – von den Gewerkschaften behandelt werden müssen, und zwar auf allen Ebenen.

Natürlich sind nicht alle Parteien gleich, natürlich sehen auch nicht alle Parteien unser Verhalten mit Wohlwollen. Daraus ergibt sich, daß durch jeden Konflikt die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber den Parteien auf die Probe gestellt wird.

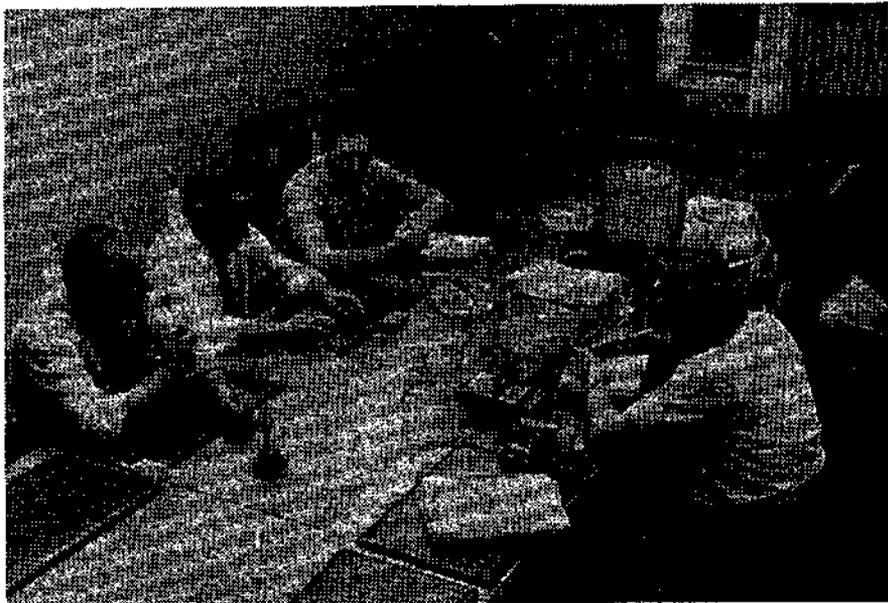
Was *Storti* Ihnen in bezug auf die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und dem Parlament gesagt hat, trifft auch für uns zu. Auch ich war Abgeordneter und bin aus dem Parlament ausgeschlossen. Aber wir haben nicht darauf verzichtet, direkte Beziehungen zum Parlament aufrechtzuerhalten. Genauso wie wir Beziehungen zur Regierung und zu den Parteien haben. Das Neue aber ist, daß wir uns darum bemühen, diese Beziehungen als Gewerkschaftsführer, als Vertreter von Organisationen zu haben, die in sozialökonomischen Fragen eine gleiche Stellung beziehen. Wir treten nicht mehr getrennt auf. Wir haben in den vergangenen Monaten Begegnungen mit der Christlich-Demokratischen Partei, mit der KPI, mit der Republikanischen Partei und mit allen Parteien gehabt, die wir als verfassungsmäßig ansehen, d. h. unter Ausschluß der Neofaschisten und der Monarchistischen Partei. Dabei haben wir die einheitliche Stellungnahme der drei Gewerkschaftsorganisationen überprüft: Bei der Begegnung mit der KPI ist der Wortführer der drei Gewerkschaften *Storti* gewesen; im Gespräch mit den christlichen Demokraten war ich es, und bei der Begegnung mit der PSIUP war es *Vanni*. Es hat keine Meinungsverschiedenheiten gegeben, denn wir stützen uns auf eine gemeinsame Haltung in bezug auf notwendige Reformen. Ich stimme *Storti* zu, wenn er feststellt, daß natürlich noch viele Fragen zu lösen sind. Vielleicht wird man niemals alle Fragen lösen können, aber sicher ist, daß die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung gegenüber den Parteien sehr große Fortschritte gemacht hat.

**L. B.:**

Herr *Vanni*, auch von Ihnen möchte ich gerne erfahren, ob es stimmt, daß der Syndikalismus in Italien eine bestimmte Renaissance erlebt, und damit hängt natürlich das zusammen, was ich als die Strategie des „Transmissionsriemens“ bezeichne und worauf Herr *Lama* in seiner Antwort eingegangen ist.

**R. Vanni:**

Gewiß gibt es etwas Neues im Selbstverständnis und in der Strategie der Gewerkschaften in Italien. Aber sicher ist, daß die Gewerkschaften oder die drei Gewerkschaftsbünde sich keineswegs mit der Frage einer Strategie gegen die Parteien beschäftigen. Sie diskutieren eine möglichst autonome und möglichst einheitliche Strategie der Gewerkschaften. Daraus folgert, daß das eigentliche Problem darin besteht, genau zu wissen, welches die Rolle der Gewerkschaften und welches die Rolle der Parteien in der modernen Gesellschaft ist. Wie sah es bisher bei uns aus? Jede Partei hatte ihre entsprechende Gewerkschaft. Das war vielleicht bequem und einfach, aber es



*Die Teilnehmer des Gesprächs (von links nach rechts): R. Vanni, B. Storti, L. Lama, Leo Bauer und – als Dolmetscherin – die Journalistin Frau Franca Magnani.*

fürhte nicht weiter. Wir lehnen dies ab. Sind die Parteien auch dieser Meinung? Nun, das wissen wir nicht. Wir wissen es nicht, weil es uns nicht genügt, nur Worten zu glauben, wir wollen aufgrund von Tatsachen urteilen. In einer Fernsehsendung habe ich die Parteien zu diesem Thema gefragt: „Habt ihr zu dieser unserer Haltung etwas zu sagen? Denkt einer, daß wir drauf und dran sind, Eure Rolle zu übernehmen?“ Alle Parteien haben geantwortet, daß sie es für völlig legitim halten, was wir tun. Sagten sie die Wahrheit? Ich weiß es nicht. Das einzige, was ich weiß, ist, daß niemand den Mut hat zu sagen, unsere Haltung sei nicht legitim.

Es ist gewiß richtig, daß die Parteien formal nicht alle gleich sind, sie haben verschiedene Programme. Aber in dem Augenblick, da die Gewerkschaften besondere und ausschließliche Beziehungen zu einer der Arbeiterklasse nahestehenden Partei eingehen und mit dieser Partei eine dauerhafte Allianz

schaffen würden, hätten wir wohl eine subtilere Form von „Transmissionsriemen“; aber es wäre nichtsdestoweniger ein „Transmissionsriemen“. Dies ist der Grund, weshalb wir beim Gespräch über die gewerkschaftliche Einheit immer sehr vorsichtig sind. Denn wir wollen uns nicht nur in Worten, sondern tatsächlich darüber einig sein, einseitige Bindungen mit allen Parteien überwunden zu haben. Eines ist sicher: Wenn wir dieses Problem nicht lösen, so wird es nicht zur gewerkschaftlichen Einheit in Italien kommen.

**L. B.:** Von meiner Frage nach dem Syndikalismus sind Sie, Herr *Vanni*, zum Problem der Einheit der Gewerkschaften in Italien gekommen. Wie steht es eigentlich nun damit, Herr *Storti*? Von der Einheit der Gewerkschaften in Italien ist ja schon seit einigen Jahren die Rede.

**B. Storti:** Das ist richtig. Aber auch hier muß ich wieder auf die Geschichte zurückgreifen. Um die Situation in Italien zu verstehen, muß daran erinnert werden, daß wir nach dem Ende des Krieges vier Jahre lang einen einzigen Gewerkschaftsbund in Italien hatten. Wir drei, die wir hier sitzen, gehörten diesem Gewerkschaftsbund an. Er war auf der Grundlage der politischen Strömungen organisiert, d. h. zu ihm gehörten Kommunisten, Christ-Demokraten, Sozialisten und Republikaner. Nach vier Jahren zerbrach diese Einheit. 20 Jahre lang haben wir nun drei verschiedene Gewerkschaftsorganisationen gehabt. Nun hat der Prozeß der Vereinheitlichung der Gewerkschaften vor etwa fünf oder sechs Jahren begonnen — und zwar aus einem einfachen Grund. Die drei Gewerkschaftsorganisationen waren getrennt gegenüber der Arbeitgeberorganisation zu schwach. Wir bemühten uns deshalb, gemeinsame Aktionen in Gang zu bringen, d. h. in der ersten Etappe stellten wir konkrete Forderungen wie Arbeitszeitverkürzung, Lohn- und Gehaltserhöhungen, usw. Wir begriffen sehr bald, daß die Einheit der Aktion nicht genügt, sondern daß man versuchen muß, gemeinsame Grundforderungen zu formulieren. Gleichzeitig hatten wir, trotz bestehendem gegenseitigen Mißtrauen, den Eindruck, daß jeder von uns seine Beziehungen zur Partei, der er nahesteht, gelockert hat. Das ist die zweite Etappe gewesen. In der dritten Etappe befinden wir uns augenblicklich, wobei wir aus dem Versuch, gemeinsame Grundforderungen zu formulieren, einiges gelernt haben.

**L. B.:** Können Sie das etwas konkretisieren?

**B. Storti:** Natürlich. Ich will ein Beispiel nehmen. Sehen Sie, Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten, Republikaner und Christ-Demokraten haben völlig verschiedene Auffassungen zur Frage des Eigentums. Wir haben uns darum bemüht, eine gemeinsame Grundlage für das Verhältnis zum Eigentum zu finden. Dabei wurde etwas erarbeitet, das weder den Prinzipien noch der Ideologie der Kommunisten entspricht, die das Eigentum ablehnen, noch jener der Christ-Demokraten und der Republikaner, die das Eigentum bejahen. Wir haben eine eigene Zwischenposition gefunden. Natürlich sind wir nicht der Meinung, daß dies als ein endgültiger Beweis dafür genügt, daß wir bereits jene Autonomie gewonnen haben, die, wie *Vanni* sagte, später zu einer organischen und organisatorischen Einheit führen kann. Ihnen, Herr *Bauer*, brauche ich im übrigen nicht zu sagen, daß es diese Einheitsgewerkschaft in einigen Ländern bereits gibt.

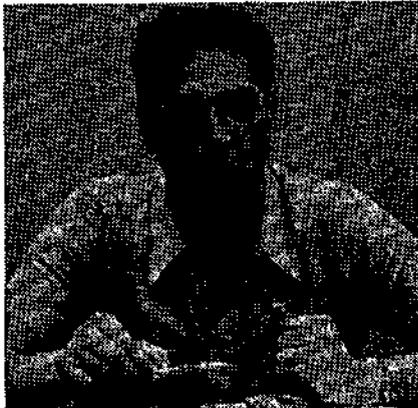
**L. B.:** Natürlich weiß ich, daß es in einigen Ländern Einheitsgewerkschaften gibt. Die Ursachen, daß das z. B. in der Bundesrepublik möglich war, sind wohl u. a. darauf zurückzuführen, daß es den Kommunisten in Deutschland nie

gelingen ist, einen größeren Einfluß auf die Gewerkschaften zu haben. Aber, Herr Lama, Herr Storti erwähnte soeben, daß Sie eine gemeinsame Basis oder einen Kompromiß in der Frage des Eigentums gefunden hätten? Wie sieht diese Basis aus?

**L. Lama:**

Wir haben es einfach abgelehnt, ein perfektes Modell der künftigen Gesellschaft zu formulieren. Denn dies ist nach unserer Meinung eine Aufgabe, die nicht die Gewerkschaften angeht. Die Gewerkschaftsbewegung kann keine formulierte und für alle politischen Kräfte verbindliche Ideologie haben. Das ist eine Angelegenheit der Parteien.

In unseren Überlegungen sind wir davon ausgegangen, daß angesichts der in unserem Land existierenden Situation gesellschaftliche Umwandlungen notwendig sind, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitnehmer und zu einer Vergrößerung ihres Einflusses in der italienischen Gesellschaft führen.



Die Mittel, um die Zunahme der Macht und die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen zu erreichen, sind für uns die Durchsetzung von strukturellen Reformen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Das heißt: Es handelt sich um einen Prozeß, in dem die Kämpfe und der Druck der Arbeitnehmer und ihrer Klassenorganisationen zu Veränderungen führen müssen, die aber nicht das Recht auf Eigentum abschaffen. Ich wiederhole: Diese Veränderungen wollen das freie Unternehmertum nicht abschaffen, aber sie

verringern den Einfluß der freien Unternehmer. Sie schaffen objektive Bedingungen, damit auch die Politik des Kapitals gezwungen ist, den ökonomischen und sozialen Ansprüchen der Arbeitnehmer Rechnung zu tragen. Lassen Sie mich es ganz deutlich sagen. Wir haben nie verlangt, daß die Ideologien der Parteien durch eine Ideologie der Gewerkschaften ersetzt würden. Wir haben nur die Tendenzen der notwendigen Veränderungen definieren wollen, die wir in der Gesellschaft verwirklichen müssen, ohne deren grundlegende Prinzipien zu ändern. Ehrlich gesagt, haben wir dabei gar nicht viel Neues entdeckt. Wenn man genau hinschaut, so bedeuten unsere sogenannten Kompromisse nichts anderes, als daß wir uns ausdrücklich zur Verfassung unseres Landes bekennen. Denn in der republikanischen Verfassung, die wir alle bejahen, sind diese Probleme verankert, wenn auch mit sehr allgemeinen Formeln. In der Verfassung wird das Eigentumsrecht anerkannt. Aber es wird auch auf die soziale Funktion des Eigentums hingewiesen, und wir sehen, daß die Gewerkschaften eine im Land wirksame Kraft sein müssen, um diese soziale Funktion zu verwirklichen. Eine Funktion, die sich von allein leider nicht verwirklicht. Das gilt für jedes Land, ganz bestimmt aber für Italien.

**L. B.:**

Nun ist es aber doch wohl richtig, daß in Italien der Anteil des Staats Eigentums ungleich größer ist als z. B. in der Bundesrepublik. Trotzdem gibt es viele Arbeitskämpfe, die nicht nur den privaten Besitz treffen. Das heißt doch, daß die Frage, wer das Eigentum besitzt, nicht so entscheidend ist, wie die Frage, wer über das Eigentum, wer über die Produktionsmittel verfügt.

**L. Lama:**

Wir machen keine Unterscheidung zwischen Privat- und Staatselgentum. Wir führen keinen Kampf gegen *Agnelli*, weil er der Besitzer der Fiat ist. Wir kämpfen gegen die Leitung von Fiat, wenn sie für sich in Anspruch nimmt, eine Politik zu betreiben, die im Widerspruch steht zu den Konzeptionen der Gewerkschaftsbewegung. Und dasselbe tun wir auch in Betrieben mit Staatsbeteiligung. Wir tun es auch in öffentlichen Betrieben, selbst wenn wir wissen, daß es einen Unterschied gibt zwischen dem privaten und dem öffentlichen Eigentum an Produktionsmitteln.

**B. Storti:**

Ich möchte hier etwas hinzufügen bzw. ergänzen, was *Lama* sagte: Nicht einmal die marxistischen Parteien verlangen, zumindest in der gegenwärtigen politischen Situation, die Enteignung von Fiat. Auch die KPI fordert nur eine bessere Verteilung des Profits, den *Agnelli* realisiert. Das heißt, die Frage des Eigentums ist heute nicht einmal ein ideologischer Konflikt zwischen den Parteien. Die KPI sagt nicht: Schafft alles Eigentum ab! Wenigstens hat sie es bis jetzt noch nicht gesagt. Es war richtig, Herr *Bauer*, daß Sie daran erinnert haben, daß Italien das Land im Westen ist, das die größte Zahl an Unternehmen hat, die dem Staat gehören oder an denen der Staat beteiligt ist. Und daraus ergibt sich schon, daß bei uns die Eigentumsdiskussion anders geführt wird. Aber *Lama* hat recht, die Konflikte struktureller Art bleiben bestehen.



**L. B.:**

Herr *Vanni*, wenn die Dinge so liegen, wie Herr *Lama* sie dargestellt und Herr *Storti* sie bestätigt hat, wie sieht es nun mit dem Zeitablauf der Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in Italien aus, von der man seit Jahren redet?·

**R. Vanni:**

Es ist gut, daß Sie gerade mir und nicht *Storti* oder *Lama* die Frage über den Zeitablauf der Einheit stellen. Wenn es eine harte Auseinandersetzung über den Zeitablauf gibt, so bin ich gerade einer der Verantwortlichen für diese Auseinandersetzung. Denn ich glaube, daß es falsch ist, in den Mittelpunkt der Diskussion das Problem des Zeitablaufs zu stellen. Ich glaube, daß die Frage der Schaffung der Einheit des Gewerkschaftsbundes ein Problem des *Inhalts*, des Programmes, ein Problem der allgemeinen politischen Reife ist. Daher fühle ich mich an keine Zeit gebunden. Ich fordere keine kurzfristige Vereinigung. Ich versuche aber auch nicht, die Vereinigung auf eine langfristige Periode abzuwälzen. Ich weiß, daß andere dem Zeitablauf eine große Bedeutung beimessen. Vor allem weil sie glauben, daß unter Umständen weniger günstige politische Bedingungen für die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung entstehen könnten. Lassen Sie mich meinen Standpunkt ganz deutlich aussprechen:

Wenn es richtig ist, daß unter Umständen weniger günstige politische Bedingungen für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung kommen könnten, dann wäre das ein Grund mehr für mich, gegen ein überstürztes Handeln zu sein. Ich will eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung mit einem Programm, das garantiert, daß die Einheit auch unter schwierigen politischen Bedingungen bestehen bleibt. Ich will, daß die einheitliche Gewerkschaftsbewegung das Haus aller wird. Natürlich – sollten wir uns morgen schon über ein echtes Programm einigen können, so bin ich dafür, daß schon morgen die einheitliche Gewerkschaftsbewegung geschaffen wird. Ich akzeptiere die Einheit

nur, wenn es die Einheit aller Arbeitnehmer ist und nicht ein politischer Vorschlag für eine Allianz mit einem Teil der politischen Bewegung. Darüber haben wir uns schon als Vertreter der drei Gewerkschaftsbünde oft verständigt. Ich bedauere, daß in den Polemiken zwischen uns diese gemeinsamen Auffassungen allzu oft außer acht gelassen werden. Aber das kommt ja in den besten Familien vor. Innerhalb der Familie wissen wir genau, worum es geht. Außerhalb der Familie versteht man manchmal nicht, was in der Familie vorgeht. Da ich hier sozusagen für Menschen antworte, die außerhalb der Familie stehen, wollte ich sehr klar darüber sprechen.

L. B.:

Sie betonten immer wieder, Herr Vanni, den Vorrang des Programms oder, wie Sie auch sagten, des Inhaltes einer vereinigten Gewerkschaftsbewegung.

R. Vanni:

Wir sind uns darüber einig geworden, daß es um drei Dinge geht, die den Einheitsprozeß charakterisieren:

Die volle Autonomie der Gewerkschaften, insbesondere die volle Autonomie der Leiter der Gewerkschaftsorganisationen gegenüber den Parteileitungen. Und das gilt nicht nur für die höchsten Ebenen, sondern auch auf anderen Ebenen — auch auf Betriebsebene. Nach unserer Meinung darf der Gewerkschaftsleiter im Betrieb nur Leiter der Gewerkschaft sein und keine parteipolitische Aktivität entfalten.



Wir haben zweitens festgelegt, daß wir eine Wahl zu treffen haben in bezug auf die internationale Zugehörigkeit eines kommenden italienischen Gewerkschaftsbundes. Die Wahl muß der Realität unseres Landes, das zum Westen gehört, wie Storti schon sagte, entsprechen.

Drittens: Wir wollen eine Gewerkschaft, der alle angehören können, wie es der italienischen Tradition entspricht. Das heißt, z. B. auch autonome Landwirtschaftsarbeiter, Bauern, Kleinbesitzer.

Ihnen mögen diese drei Punkte wie Formeln erscheinen. Sie haben aber einen präzisen Inhalt. Der Inhalt ist für jeden von uns von so großer prinzipieller Bedeutung, daß die Diskussionen darüber zwischen unseren drei Organisationen immer noch nicht abgeschlossen sind. Und das ist die eigentliche Ursache, daß wir bisher auf dem Wege zur Einheit noch nicht weitergekommen sind. Denn wenn wir über diese Dinge keine Übereinstimmung finden — dabei denke ich nicht an eine Übereinkunft, die auf einer Kompromißformel beruht, sondern an eine Übereinkunft, die substantiell ist —, dann heißt das, daß der Einigungsprozeß noch nicht reif für den Abschluß ist. Ich behaupte, daß wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit, die wir drei Gewerkschaftsorganisationen schon gemacht haben, lernen sollen. Ich bin der Meinung, daß wir das, was wir aufgebaut haben, besser aufbewahren sollen für günstigere Zeiten, die hoffentlich kommen werden. Und man sollte aufhören — ich sage das ganz deutlich — zu behaupten, man wolle mit bestimmten Stellungnahmen die Einheit verhindern. Wir gehen alle davon aus, daß wir die Einheit wollen, und deshalb sollte keiner dem anderen den guten Willen absprechen.

- L. B.:** Herr *Storti*, nun scheint gerade in diesen Tagen, wenn ich die italienischen Zeitungen richtig verstanden habe, eine heftige Polemik zwischen den drei Gewerkschaftsverbänden entstanden zu sein. Anscheinend wollen die Metallarbeiter auf dem Weg zur Vereinigung schneller vorankommen als die Gewerkschaftsbünde. Ist das richtig?
- B. Storti:** Ich komme gerade von einer Sitzung meiner Organisation, auf der diese Frage besprochen wurde. Die CISL hat noch einmal deutlich gemacht, worum es ihr geht. Die Vereinigung aller Arbeitnehmer muß zur selben Zeit bei vollständiger Autonomie erfolgen. Jeglicher Versuch, die Vereinigung eines Teiles der Gewerkschaften voranzutreiben, ist eine Sabotage der Vereinigung der drei Gewerkschaftsverbände. Wir haben aber noch etwas anderes deutlich ausgesprochen, und das steht im Zusammenhang mit dem Programm oder dem Inhalt, von dem *Vanni* sprach: Wir verlangen, daß die Vereinigung in keinem Fall die Erfahrung der Jahre 1944 bis 1948 wiederholen darf. Wir fordern, daß die beiden anderen Organisationen – CGIL und UIL – nicht nur Erklärungen abgeben, sondern beweisen, daß die Flügelbildung innerhalb ihrer Organisationen nicht mehr existiert. Nach unserer Meinung gibt es innerhalb der CGIL und der UIL immer noch diese Flügel. Wir verlangen ferner, daß der Prozeß der Unvereinbarkeit zwischen gewerkschaftlichen und politischen Ämtern im selben Maße durchgeführt wird, wie es in meiner Organisation geschah. Die beiden anderen Organisationen haben dieses Ziel noch nicht erreicht. Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, so ist es nach Auffassung meiner Organisation möglich, daß die Einigung sich sofort verwirklichen lassen könnte. Dafür spricht auch die gegenwärtige politische Situation.
- L. B.:** Dann hängt nach Ihrer Meinung der Prozeß der Vereinigung der Gewerkschaften doch von der jeweiligen politischen Situation ab?
- B. Storti:** Vielleicht habe ich mich mißverständlich ausgedrückt. Das, was Sie eben sagten, ist nur bedingt richtig. Wenn ich es richtig sehe, besteht keinerlei Beziehung zwischen dem Prozeß neuer politischer Beziehungen zwischen den Parteien einerseits und der gewerkschaftlichen Einigung andererseits. Nach meiner Meinung haben sich z. B. die Beziehungen zwischen den Christ-Demokraten und den Kommunisten verändert. Aber ich würde nicht sagen, daß sie sich verbessert haben. Diese Beziehungen sind immer noch polemisch. Wir wollen mit der gewerkschaftlichen Einigung nicht warten, bis sich diese Beziehungen verbessert haben. Wir fordern, daß die CGIL prinzipiell unabhängig von der KPI wird und die UIL von den Sozialdemokraten, den Sozialisten und den Republikanern. Sie sollen dieselbe substantielle Autonomie haben, wie wir sie erreichten.
- L. B.:** Herr *Lama*, wenn ich das alles richtig verstanden habe, so kann niemand sagen, wie lange es dauern wird, bis die Vereinigung der drei Gewerkschaften stattfinden wird. Man müßte dazu Prophet sein. Man kann nur feststellen, daß Sie auf einer Reihe von Gebieten gemeinsame Aktionen auf nationaler Ebene durchführen.
- L. Lama:** Es stimmt, Herr *Bauer*, daß niemand von uns Prophet sein und mit Sicherheit erklären kann, wann die gewerkschaftliche Einheit in Italien kommen wird. Was ich sagen möchte ist dies: Die gewerkschaftliche Einheit ist kein Erdbeben, das kommt, wenn es ihm gefällt, wenn der Vulkan es entscheidet. Die

gewerkschaftliche Einheit ist eine politische Entscheidung, die Menschen treffen müssen. Das heißt, es geht um die Bedingungen zur Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit. Was die CGIL betrifft, so sind wir der Meinung, es sei möglich, in kurzer Zeit die Vorbedingungen zur Schaffung der organisatorischen gewerkschaftlichen Einheit herbeizuführen. Natürlich können die Vorbedingungen nur auf der Grundlage von Kompromissen beruhen. Es gibt Kompromißlösungen, die wenig präzise sind; umgekehrt aber gibt es auch Kompromißlösungen, die äußerst präzise sein können. Die Genauigkeit hängt nicht von einer Mischung von Schwarz-Weiß ab. Es handelt sich darum zu wissen, ob eine Stellung weiß sein soll oder schwarz oder grau. Wir sind der Auffassung, daß sich ein Einverständnis herbeiführen läßt, und zwar auf der Grundlage eines von uns, d. h. den drei Gewerkschaftsorganisationen, angenommenen Dokuments, in welchem die Unterschiede in den drei Punkten, die *Vanni* genannt hat, aufgeführt sind. Dieses Dokument soll von allen



Arbeitnehmern diskutiert werden, und ich hoffe, daß wir aus der Diskussion die Lösungen für ein gemeinsames Programm finden können.

Noch ein Wort zu dem, was *Vanni* gesagt hat: Wenn es auch richtig ist, daß eine in kurzer Zeit verwirklichte Einheit gefährlich sein kann, so ist es andererseits ebenso wahr, daß nicht jeder Zeitpunkt zur Schaffung der Einheit in gleicher Weise geeignet ist. Lassen Sie mich Ihnen, Herr *Bauer*, der Sie der Chefredakteur der theoretischen Zeitschrift der SPD sind, noch eines sagen. Sie haben das Glück, in der Bundesrepublik die gewerkschaftliche Einheit verwirklicht zu haben. Ich glaube, daß die deutschen Arbeiter, die den Vorzug der gewerkschaftlichen Einheit besitzen, nicht gleichgültig und erst recht nicht gegen die Möglichkeit sein sollten, daß auch die italienischen Arbeiter bald über diesen Vorteil verfügen können.

- L. B.:** Haben Sie den Eindruck, daß die deutschen Arbeiter dagegen sind?
- L. Lama:** Ich kann diese Frage nicht beantworten.
- L. B.:** Können Sie die Frage nicht beantworten, oder wollen Sie sie nicht beantworten?
- B. Storti:** In der Bundesrepublik war das möglich, weil es keine Kommunisten gibt.
- L. Lama:** Ich kann und ich will auf die Frage nicht antworten.
- R. Vanni:** Vielleicht müßte man einige Kommunisten exportieren, um ...
- L. Lama:** In Italien gibt es ein bißchen mehr Kommunisten ...
- L. B.:** Ich weiß, daß es in Italien mehr Kommunisten gibt.
- L. Lama:** ... und ich glaube nicht, daß Italien, jedenfalls ist das meine Meinung, viel von seiner demokratischen Substanz verloren hat, weil es hier eine starke kommunistische Partei gibt.

**L. B.:** Herr *Lama*, nennen wir die Dinge doch beim Namen. Sie wissen genau wie ich, daß das Mißtrauen gegen die Kommunisten nicht aus der Luft gegriffen ist. Die Frage des demokratischen Zentralismus, die Frage der Disziplin, der Kommunisten unterworfen sind, auch wenn sie in Massenorganisationen wie den Gewerkschaften arbeiten, sind bekannt. Vom „Transmissionsriemen“ haben wir schon gesprochen. Und die Tatsache, daß von kommunistischer Seite trotz der Betonung der Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz immer wieder von der Abgrenzung gegenüber anderen gesprochen und die Unmöglichkeit der Ideologischen Koexistenz im Sinne des Klassenkampfes betont wird, bringt es natürlicherweise mit sich, daß es vielen Menschen schwer fällt, an die Möglichkeit einer Veränderung innerhalb einer kommunistischen Partei zu glauben.

**L. Lama:** Ja gewiß, das ist richtig, und das ist mir bekannt. Zur ideologischen Koexistenz möchte ich folgendes feststellen, und das ist auch eine Besonderheit meiner Partei – der KPI. Wir sind der Meinung, daß eine ideologische Koexistenz nicht nur möglich, sondern notwendig ist. Diese Feststellung gehört zu den grundlegenden Entscheidungen der KPI nicht nur für heute, sondern auch für morgen. Daraus entspringt auch unsere Stellung zur Frage der Autonomie der Gewerkschaften gegenüber dem Staat, der Regierung, der Partei. Diese Entscheidung wird ihren Wert in der Zukunft behalten, welche Art von Gesellschaft wir morgen auch immer in Italien haben werden. Dies ist unsere Stellung.

**B. Storti:**



Darf ich zu dem, was *Lama* sagte, etwas hinzufügen: Die KPI und die CGIL, die gänzlich oder teilweise unter kommunistischem Einfluß steht; unterscheiden sich ganz grundsätzlich z. B. von der KP Frankreichs und der dort von Kommunisten inspirierten CGT. Nehmen wir die Gewerkschaften: Die CGT in Frankreich ist, davon bin ich überzeugt, vollständig kommunistisch inspiriert. In Italien gibt es innerhalb der CGIL bestimmte Teile – ich will sie quantitativ nicht abschätzen –, die nicht kommunistisch inspiriert sind. Hinzu kommt: die Kommunisten in Italien wissen sehr wohl, daß wir ihnen eine bestimmte Konzeption der Gesellschaft nicht verwehren können. Sie wissen auch, daß wir diese Konzeption ablehnen. Sie können in Ihre Gewerkschaft die kommunistische Konzeption exportieren, aber sie wissen sehr gut, daß es ihnen nicht gelingen wird, in einen einheitlichen Gewerkschaftsbund ihre Parteikonzeption zu infiltrieren. Und wenn sie wirklich die Einheit erlangen wollen, müssen sie der Kommunistischen Partei ihre Konzeption der künftigen Gesellschaft überlassen. Es genügt, daß wir uns über das System der Renten oder der Produktion oder des Hauseigentums einigen, wie wir das schon gemacht haben.

**L. B.:** Genügt das wirklich? Aber das ist Ihr Problem. Immerhin, Herr *Vanni* hat im Verlauf unseres Gesprächs darauf hingewiesen, daß bei den Bemühungen um die Vereinigung der drei Gewerkschaftsverbände auch internationale

Fragen eine Rolle spielen. Da ist einmal die Stellungnahme zur EWG, zum anderen geht es um die Beziehungen zu den internationalen Gewerkschaftsbünden.

**R. Vanni:**

Ich möchte auf den von Ihnen zu recht erwähnten letzten Punkt eingehen. Das internationale Problem, d. h. der Anschluß an den einen oder anderen internationalen Gewerkschaftsbund wird zwischen unseren Organisationen diskutiert und gehört zu den Punkten, über die wir uns noch nicht einig geworden sind. Ich möchte den Standpunkt meiner Organisation, der UIL, folgendermaßen formulieren:

Wir sind der Meinung, daß die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Arbeitnehmern uns keine Wahl läßt im Hinblick auf den Anschluß eines einheitlichen italienischen Gewerkschaftsbundes an



einen der internationalen Gewerkschaftsbünde. Wir meinen, daß eine neue italienische einheitliche Organisation nur in der gleichen Organisation wirken kann, zu der der DGB, die Trade Unions und die demokratischen französischen Gewerkschaftsorganisationen gehören. Wir haben also in diesem Punkt eine dezidierte Vorstellung. Sie leitet sich nicht nur von unserer demokratischen und freiheitlichen Einstellung ab, sie entspringt unserer Einstellung zur EWG. Das wird sogar noch richtiger sein, wenn die europäische Gemeinschaft sich erweitert.

Die Freunde der CGIL antworten uns, man könne auch ohne Zugehörigkeit zu einem der internationalen Gewerkschaftsbünde innerhalb der Gemeinschaft und ihrer Beratungsgremien handeln. Wir meinen, daß das nicht geht. Wir sind überzeugt davon, daß unsere Wahl keiner Ideologie entspringt. Sie entspricht den Interessen, die wir zu verteidigen haben. Denn es ist doch klar, daß die Notwendigkeit besteht, innerhalb eines internationalen Gewerkschaftsbundes über die Politik zu diskutieren, die innerhalb der EWG geführt werden muß. Wenn dies unmöglich ist, wird es uns nie gelingen, uns den Entscheidungen des Kapitals wirksam zu widersetzen und eine Politik der Reformen und der Harmonisierung innerhalb der Gemeinschaft voranzutreiben. Es handelt sich hier also um ein fundamentales Problem, und die Schwierigkeiten sind groß genug. Denken wir nur an die Unterschiede in der sozialen Gesetzgebung, die unterschiedlichen Lebenskosten in den verschiedenen Ländern, die zur Gemeinschaft gehören. Lassen Sie mich noch ein Wort als Italiener Gewerkschaftler hinzufügen:

Natürlich kann es theoretisch bilaterale Beziehungen zwischen Italienischen und anderen europäischen Gewerkschaften geben. Dabei würde es sich aber nach meiner Überzeugung nur um eine formale Angelegenheit handeln. Die Gefahr wäre groß, daß Italien – zumindest das italienische Gewerkschaftswesen – im europäischen Zusammenhang isoliert würde. Dies ist nicht nur eine Hypothese, sondern eine entsprechende Drohung ist von bestimmter Seite schon ausgesprochen worden.

**B. Storti:**

Vanni hat recht, daß das eine wichtige Frage ist. Ich muß offen gestehen, daß ich unsere diesbezügliche Diskussion in Italien manchmal nicht verstehe. Ich verfüge über einige internationale Erfahrungen und weiß, daß das Zusammenleben zwischen Gewerkschaftlern verschiedener ideologischer Herkunft durchaus möglich ist. Es ist sicher kein Geheimnis für Sie, daß der Präsident des IBFG ein Christ-Demokrat ist – er heißt *Bruno Storti*. Als ich

zum Präsidenten des IBFG gewählt wurde, war ich noch Abgeordneter der Italienischen christlich-demokratischen Partei. Der IBFG ist aber mehrheitlich aus Gewerkschaften zusammengesetzt, die sozialistisch und sozialdemokratisch inspiriert sind. Und wir kommen sehr gut miteinander aus.

**L. B.:** Was Sie da gesagt haben, ist sehr einleuchtend, aber ich habe das Gefühl, daß das nur ein Teil des Problems ist. Anders gesagt: Ist es nur eine Frage der Beziehungen zu einer der internationalen Gewerkschaftsorganisationen, oder ist es nicht auch eine Frage der Einstellung der Italienischen Gewerkschaften zu den Aufgaben der Gewerkschaften? Ich kann hier natürlich wieder nur als Außenstehender sprechen. Aber wir haben den Eindruck, daß die Streikbewegung in Italien eben doch Ausdruck eines Syndikalismus ist, der nicht mehr in die heutige Zeit paßt.

Herr *Storti*, Herr *Lama* und auch Sie, Herr *Vanni*, haben von den notwendigen Reformen in Italien gesprochen. Um Reformen erreichen zu können, braucht man das wirtschaftliche Wachstum. Natürlich gilt dies auch umgekehrt. Wenn man nun durch eine ununterbrochene Kette von Streiks, die nur zum Teil erfolgreich sind, das wirtschaftliche Wachstum hindert, kann man – das ist wenigstens meine Meinung – auf die Dauer weder zur Verbesserung der Lebenslage der Arbeitnehmer noch zu Reformen kommen. Daß dies in einem Land wie Italien mit den großen strukturellen Unterschieden zwischen Nord und Süd besonders gravierend ist, meine ich, ist wohl einleuchtend.

**R. Vanni:** Sie haben mit Ihrer Frage völlig recht. Es handelt sich in der Tat auch neben der ökonomischen Frage um das prinzipielle Problem der Aufgaben, die die europäischen Gewerkschaften der jetzigen Zeit haben. Ich will versuchen, Ihnen aufrichtig zu antworten. Es ist schon richtig, daß es in Italien Leute innerhalb der Italienischen Gewerkschaftsbewegung gegeben hat, die in den letzten beiden Jahren erklärten, der Generalstreik – er ist meines Erachtens



viel weniger schädlich als eine Folge von Einzelstreiks an vielen Tagen in vielen Fabriken – gehört nicht nur zu den berechtigten Gewerkschaftsmitteln, sondern würde dazu führen, die Arbeitgeber in der Fabrik kleinzukriegen, um das ökonomische System unseres Landes zu verändern. Ich muß klar hinzufügen, daß ich der Überzeugung bin, daß alle hier vertretenen Gewerkschaftsorganisationen nie diese Auffassung vertreten haben. Wir glauben, es sei die Rolle der Gewerkschaft, sich im gegenwärtigen System zu bewegen und Reformen herbeizuführen. Denn man kann das gesellschaftliche System nicht gleichzeitig totschlagen und es verändern wollen. Sie haben auf die Wechselwirkung von wirtschaftlichem Wachstum und Reformen hingewiesen und ich stimme ihnen zu. Dennoch bleibt die Forderung nach einer Veränderung der Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital in der gegenwärtigen Gesellschaft.

In diesen Tagen haben unsere drei Gewerkschaftsbünde ein Papier ausgearbeitet, in dem wir uns mit dem Problem des Verhältnisses zwischen Reform und Wirtschaftswachstum beschäftigen, aber uns auch mit der Frage der Tarifverträge usw. auseinandersetzen. Wir sind überzeugt davon, daß es zur

Strategie der Entwicklung in unserem Land gehören muß, eine Politik der Reformen, aber auch eine Lohnvertragspolitik zu entwickeln. Man wirft uns vor, daß wir an diese Dinge nicht früher gedacht haben. Das stimmt nur zum Teil. Wir alle stehen in einer bestimmten Wirklichkeit und können diese Wirklichkeit nur bewegen, wenn dies im richtigen Moment und mit der richtigen Kraft geschieht. Wir glauben, daß jetzt der Moment gekommen ist, in welchem unsere Verbände diese neue Haltung konsequent einnehmen müssen – und wir haben sie eingenommen. Dabei habe ich keine Illusionen. Ich weiß, daß die drei Gewerkschaftsbünde ihre Haltung in den kommenden Monaten verteidigen müssen gegen jene, die sie vom Inneren der Gewerkschaftsbewegung, aber auch von außen her bekämpfen werden. Und dies in einer ökonomischen Situation, die sich in unserem Land in den nächsten Monaten schwierig entwickeln wird. Aber wir müssen unserer neuen Politik treu bleiben, sowohl gegenüber denen, die uns aufgrund der wirtschaftlichen Situation zur alten Gleichgewichtspolitik zurückführen möchten, als auch gegenüber jenen, die eine gewerkschaftliche Politik ohne jede Strategie vorschlagen und nur die Zerschlagung des Systems im Auge haben. Beides wäre falsch, und es wäre weder der italienischen noch der europäischen Wirklichkeit, in der wir leben, angemessen.

**L. B.:** Das war ein kleiner Rückgriff auf italienische Probleme. Lassen Sie uns jetzt doch noch einmal zu den europäischen Fragen kommen, die natürlich von den nationalen Fragen nicht zu trennen sind.

**B. Storti:** Genau. Was die EWG angeht, glaube ich sagen zu können, daß wir auch diesbezüglich innerhalb der italienischen Gewerkschaftsbewegung einige Fortschritte zu verzeichnen haben. Warum? Weil die CGIL – natürlich aus realpolitischen Gründen – erkannt hat, daß sie in Italien arbeitet, d. h. in einem Land Westeuropas, das Mitglied der EWG ist. Diese Frage war für die CISL und die UIL seit langem klar. Inzwischen hat die CGIL eingesehen, daß sie kein Interesse daran haben kann, sich außerhalb der Gemeinschaft zu stellen. Natürlich sind wir nach wie vor verschiedener Meinung zu verschiedenen Fragen, die Europa angehen. Aber obwohl wir verschiedenen internationalen Gewerkschaftsverbänden angehören, so ergibt sich dennoch ziemlich oft eine gemeinsame Haltung gegenüber den europäischen Fragen, insbesondere eine gemeinsame Haltung gegenüber der Offensive des europäischen Unternehmertums. Diese gemeinsame Haltung entwickelt sich nicht auf ideologischer Ebene, sondern auf der Grundlage pragmatischer Forderungen.

Vanni hat schon von der Frage der Zugehörigkeit zu den internationalen Gewerkschaftsbünden gesprochen, und wir haben auch ausführlich über die italienischen Schwierigkeiten geredet. Aber lassen Sie uns doch ehrlich sein. Wir müssen erkennen, daß zwischen den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft und zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsbewegungen in den Ländern der Gemeinschaft verschiedene Traditionen z. B. hinsichtlich des Streiks, der Mitbestimmung und der Tarifverträge bestehen. Und ich glaube ehrlich, daß es schwierig sein wird, hier schnell eine Änderung herbeizuführen oder gar eine Harmonisierung, und zwar aus dem einfachen Grund, weil jedes System gut ist, wenn die Gewerkschaft des betreffenden Landes es akzeptiert und wünscht. Das soll natürlich nicht heißen, daß es nicht Fragen gibt, in denen im westeuropäischen Rahmen – auch wenn die Gemeinschaft erweitert wird – die Gewerkschaften eine gemeinsame Strategie entwickeln können. Ich denke dabei an Strukturfragen, an die Probleme der Einkommensverteilung. Es wird darauf ankommen zu versuchen, hier

eine bestimmte gemeinsame Zielsetzung zu erarbeiten. Jedes Land innerhalb der Gemeinschaft wird aber versuchen, diese Ziele mit den aus der Tradition gewordenen Methoden durchzusetzen.

Gewiß ist das nur ein Anfang. In einem zweiten Abschnitt wird sicherlich eine größere Harmonisierung auf vielen Gebieten notwendig sein. Ich denke dabei z. B. an die verschiedenen Sozialversicherungssysteme; dafür sind meiner Meinung nach die Gewerkschaften entscheidend verantwortlich. Ich möchte nicht als Pessimist dastehen, aber immerhin bleibt doch festzustellen: Vom Übel eines beträchtlichen nationalistischen Denkens sind meiner Meinung nach die Regierungen und die Unternehmer nicht losgekommen. Es hapert noch um ein europäisches Bewußtsein. Und das gilt auch für die Gewerkschaften.

**L. Lama:** Die Unternehmer entwickeln ein stärkeres europäisches Bewußtsein als die Arbeiter ...

**B. Storti:** ... wohl auch deshalb, weil die Arbeitgeber auch auf einer viel pragmatischeren Ebene sich bewegen. Sie sind auf ihren Vorteil aus und damit genug. Sie haben keine Ideologien.

**L. B.:** Herr Lama, wenn ich richtig informiert bin, haben Sie bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, daß Ihre Gewerkschaft bereit sei, den *Weltgewerkschaftsbund*, dem sie bisher angehört, zu verlassen, falls es zur Vereinigung der Gewerkschaften in Italien kommt.

**L. Lama:** Das ist richtig. Wir sind bereit, den *Weltgewerkschaftsbund* zu verlassen, wenn es in Italien zur Gewerkschaftseinheit kommt. Wir fordern das gleiche von den anderen Verbänden gegenüber ihren internationalen Organisationen. Wir sind überzeugt davon, daß es notwendig ist, in Westeuropa einen neuen Typus der internationalen Zusammenarbeit zu verwirklichen. Hier gibt es tatsächlich Differenzen zwischen uns einerseits und der CISL und der UIL andererseits. Wir haben versucht, die gewerkschaftliche Situation in Westeuropa zu analysieren: Die westeuropäische Gewerkschaftsbewegung ist in einigen Ländern sehr stark, in anderen Ländern schwächer. Doch auf internationaler Ebene zählt die Gewerkschaftsbewegung sehr wenig. Auch in Europa. Die CISL hat den Versuch gemacht, in Westeuropa zu einer gemeinsamen Gewerkschaftspolitik zu kommen. Dieser Versuch ist mißglückt. Warum? *Storti* hat den Grund genannt: Wenn die Gewerkschaften ihre Landesgrenzen überschreiten, geschieht es allzu oft, daß sie die Probleme, die sich auf europäischer oder internationaler Ebene stellen, nicht zu sehen imstande sind. Sie verharren in ihrer eigenen nationalen Position. Deshalb ist es nach meiner Meinung notwendig, eine Politik der westeuropäischen Gewerkschaften zu entwickeln und auf dieser Grundlage eine Organisation der westeuropäischen Gewerkschaften zu schaffen, die fähig ist, die gewerkschaftlichen Nationalismen durch eine internationale Auffassung der gewerkschaftlichen Funktion zu ersetzen. Diese muß natürlich die Interessen der Arbeitnehmer in den einzelnen Ländern koordinieren mit den Interessen der Arbeitnehmer in Westeuropa.



Lassen Sie uns doch ehrlich aussprechen, was ist. Was geschieht denn wirklich in Brüssel? In Brüssel vertritt jede Gewerkschaftsorganisation eine Posi-

tion, die alles in allem – und oft in kurzweiliger Weise – ausschließlich der Politik des eigenen Landes entspricht. Und manchmal, ohne böse sein zu wollen, sind die Gewerkschaftsorganisationen in Brüssel mit den Vertretern der eigenen Regierung und sogar mit den Arbeitgebern ihrer Länder einiger als mit den Vertretern der Gewerkschaften anderer Länder. Wenn man nun diese Wirklichkeit, die deprimierend ist, weil sie ja das Unternehmertum stärkt, ändern will, so ist es unserer Meinung nach nötig, eine europäische Politik der Gewerkschaftsbewegung zu erarbeiten, und daraus wird sich eine Konzeption einer europäischen Gewerkschaftsorganisation ergeben.

**L. B.:**

Herr *Lama*, ich finde, daß der Hinweis von Herrn *Storti* auf die Unterschiede in der Tradition der Gewerkschaftsbewegung in Europa wichtig ist. Und ich denke, wir sind darin einig, daß man den dritten nicht vor dem ersten Schritt machen kann. So wie die Dinge jetzt liegen, ist der Unterschied in der Gewerkschaftsentwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sehr groß; und wenn die Trade Unions dazu kommen werden, wird es bestimmt nicht leichter werden, nicht nur, weil die englischen Gewerkschaften gegen den Beitritt Ihres Landes in die EWG sind, sondern weil die Tradition und der organisatorische Aufbau der Trade Unions wieder Sonderprobleme schaffen. Unter diesen Bedingungen wird es, so glaube ich – und da hat Herr *Storti* völlig recht –, recht schwierig sein, von heute auf morgen den „Gewerkschaftsnationalismus“ zu überwinden. Herr *Storti* hat nach meiner Überzeugung auch sehr eindrucksvoll dargelegt, daß letztendlich bei aller Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den politischen Parteien dennoch die Entwicklung der Gewerkschaften in einer bestimmten Beziehung zur politischen Entwicklung steht. Das gilt national und europäisch.

**B. Storti:**

Ich habe dabei natürlich mehr an die soziale und ökonomische Entwicklung als an die rein politische gedacht.

**L. B.:**

Schön, aber das hängt doch in der modernen Zeit mehr und mehr zusammen. Denn Politik ist doch heute zum größten Teil in den einzelnen Ländern Wirtschafts- und Sozialpolitik. Und deshalb möchte ich gern von Ihnen hören, ob es nicht richtiger ist, daß man den Versuch unternimmt, angesichts der großen Strukturunterschiede der Gewerkschaften und angesichts der noch bestehenden Nationalismen mit dem ersten Schritt zu beginnen. Ein Versuch, auf pragmatischer Basis ein Minimalprogramm zu entwickeln, das für die Tätigkeit der Gewerkschaften innerhalb der europäischen Gemeinschaft verbindlich ist.

**B. Storti:**

Ehe ich auf das eingehe, was Sie soeben sagten, Herr *Bauer*, muß ich auf einen Punkt hinweisen, in dem ich mit *Lama* nicht einverstanden bin. Niemand, weder Regierung noch politische Parteien, noch Gewerkschaften können auf internationaler Ebene eine wirkungsvolle Aktion allein entfalten. Die erste Forderung besteht darin, die größte Zahl und, wenn möglich, alle zu vereinigen. Die Idee, daß die drei italienischen Gewerkschaftsbünde ihre internationale Zugehörigkeit aufgeben und im luftleeren Raum schweben, halte ich nicht für gut. Ich meine, daß z. B. der DGB und die Trade Unions allein keine europäische Gewerkschaftspolitik machen können. Und zweitens: Ich bin mit einem pragmatischen Minimalprogramm einverstanden. Allerdings ist es schwierig zu sagen, was das Minimale ist, das alle Arbeitnehmer in allen Ländern Westeuropas interessiert. Was für Italien gut ist, muß nicht

ebenso gut für Deutschland sein, und dann kann ich nicht mit der Teilnahme der deutschen Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften rechnen. Das Minimalprogramm muß also etwas enthalten, das für alle einen Fortschritt darstellt. Vielleicht in bezug auf Lohn oder auf dem Gebiet der Sozial- oder Wirtschaftspolitik. Zum dritten: Man muß den Mut haben – bei einem mittel- oder langfristigen Programm –, einige Theorien miteinander zu konfrontieren, besonders wenn neue Mitglieder hinzukommen. Was heißt das? Ich denke z. B. an die Konfrontation der Einkommenspolitik der britischen Gewerkschaften, der Mitbestimmungspolitik der deutschen Gewerkschaften und dem System, das in Italien und – wie ich glaube – auch in Frankreich gilt und das viele zu unrecht ein System des „permanenten Konflikts“ nennen.

Und noch etwas: Andere Fragen sind anzuschneiden. Ich denke dabei an die innereuropäische Migration. Wir italienischen Gewerkschaften treten mit



allen Mitteln für die Beendigung der Emigration und, wenn möglich, für ihre Rückgängigmachung ein. Es handelt sich für uns um ein Problem der Würde; manche könnten auch sagen, wir handeln aus egoistischen Gründen, denn ein Zurückholen der italienischen Arbeitskräfte könnte eine Krise in der deutschen, belgischen oder französischen Wirtschaft hervorrufen. Aber wir sind als italienische Gewerkschaften nicht in der Lage, die eigenen Arbeiter zurückzurufen. Das Problem könnte nach meiner Meinung nur gelöst werden, wenn in

Italien und Deutschland das Bewußtsein stärker wird, daß beide Länder zu Europa gehören.

**L. Lama:**

Lassen Sie mich folgendes klären: Es fragt sich, ob es besser ist, allein zu sein oder in schlechter Gesellschaft. Ich jedenfalls unterstütze keine Isolationistische Politik der Gewerkschaftsbewegung, sondern suche die Übereinstimmung. Von diesem Standpunkt aus ist die von Ihnen, Herr Bauer, gestellte Frage interessant.

Es wäre gut, wenn man zur Aufstellung eines Minimalprogramms kommen könnte. Natürlich hätte dies experimentellen Charakter. Gleichzeitig könnten Divergenzen ausgetragen und Mißtrauen abgebaut werden. Im übrigen wird die Entwicklung die europäischen Gewerkschaften zwingen, solche Schritte zu unternehmen. Deshalb stimme ich Storti zu, wenn er sagt, daß es gut wäre, eine solche Initiative zu ergreifen. Denn für mich steht fest, daß die Gewerkschaftsbewegung Westeuropas, so wie sie heute ist, nicht erwarten darf, eine wichtige Funktion bei der Bestimmung dessen auszuüben, was das Europa von morgen sein wird. Die Wahrheit ist: Europa wird heute gebaut, ohne einen wichtigen Beitrag seitens der Arbeiterbewegung.

**L. B.:**

Lassen Sie mich zum Schluß dieses Gespräches folgendes feststellen: Es ist klar geworden, daß es noch große Schwierigkeiten gibt, um ein Europa zu schaffen, das ein Beispiel für Demokratie und soziale Gerechtigkeit bildet. Für mich ist aber in diesem Gespräch auch klar geworden, daß nicht nur die italienischen Gewerkschaften, sondern wohl alle Gewerkschaften darüber nachdenken müssen, welche Funktion sie im letzten Drittel dieses Jahrhunderts, d. h. in einer Welt, die immer mehr durch Technologie bestimmt wird, in der mit großer Schnelligkeit sich soziale Veränderungen innerhalb der Arbeitnehmerschaft vollziehen, zu erfüllen haben.

Herr Lama, Herr Storti, Herr Vanni, ich danke Ihnen für das Gespräch.

## Trotz Wohlstand — Misere. Warum?

Wir sind in einer Misere: Breite Schichten der Jugend stehen dem Staat indifferent gegenüber, eine Minderheit lehnt sich heftig gegen ihn auf. Der Rauschgiftkonsum von Jugendlichen nimmt zu. Die Verschmutzung der Umwelt wächst — an manchen Orten hat sie das Erträgliche weit überschritten. Die Blechlawine der Autos rollt durch die Straßen, verpestet die Luft und erzeugt einen Lärm, der den Anwohnern das Leben vergällt. Das Anwachsen bestimmter Arten der Kriminalität, insbesondere der Eigentumsdelikte, erweckt Besorgnis. Gewalttaten nehmen in erschreckendem Maße zu.

Schauerlich demonstrierten das vor kurzer Zeit zwei Gangster, die eine Münchener Bank überfielen und Geiseln zu töten drohten, wenn man ihnen nicht zwei Millionen zahle und freien Abzug gewähre. Hier ist nicht der Ort, den Verlauf des vor Tausenden von Zuschauern stundenlang sich hinziehenden Verbrechens zu beschreiben und das harte Zuschlagen von Staatsanwaltschaft und Polizei zu diskutieren. Eins sei aber angemerkt: Wer gemeint hatte, die Vernichtung und Verhaftung der Verbrecher am Ort der Tat werde wenigstens andere potentielle Gangster von Nachahmungstaten abhalten, sah sich am übernächsten Tage enttäuscht. Nicht weniger als fünf neue Banküberfälle wurden an diesem schwarzen Freitag begangen, ein Indiz dafür, daß selbst die Tötung von Verbrechern nicht genug abschreckt. Die Befürworter der Todesstrafe sollten das als Warnung verstehen.

Worauf beruht das alles? Ist die Jugend von „Kommunisten“ aufgehetzt? Steht zwischen Jugendlichen und Erwachsenen nur der Generationenkonflikt? Sind die Haschraucher und die Heroin„fixer“ nur die Opfer geldgieriger Händler? Ist die Zunahme der Diebstähle und Einbrüche ein Ergebnis des Anwachsens verbrecherischer Instinkte? Und was hat die Verschmutzung der Umwelt mit alledem zu tun? Noch gibt es keine umfassenden exakt wissenschaftlichen Untersuchungen, abgesehen von

einigen Teilerkenntnissen, die die Frage beantworten, warum wir trotz Wohlstand in einer Gesellschaft leben, die von vielen — bewußt oder unbewußt — als eine Gesellschaft der Misere empfunden wird. Will man aber die Probleme lösen, so scheint es notwendig, den inneren Zusammenhang zwischen scheinbar unabhängigen Phänomenen zu erkennen.

### Die Protestbewegung

Protestierende Jugend trat erstmals 1962 an der kalifornischen Berkeley Universität auf. Von dort aus griff die Protestbewegung auf Europa über. 1968 erreichte sie nach dem Anschlag auf *Rudi Dutschke* in der Bundesrepublik und mit den Malunruhen in Paris vorläufige Höhepunkte. Ähnliche Erscheinungen waren in sämtlichen westlichen Staaten und auch einigen osteuropäischen Staaten zu beobachten. Die Protestaktionen verliefen nicht einheitlich, was sich aus Unterschieden im Milieu und aus dem verschiedenen Maß an Freiheit erklärt, das den Jugendlichen, meist Studenten, in den einzelnen Ländern gewährt wird. In Spanien und Portugal z. B. — aber auch in Polen — schritt die Polizei hart gegen die ersten freiheitlichen Regungen protestierender Jugendlicher ein und unterdrückte damit Massendemonstrationen, die in Frankreich und der Bundesrepublik aller Welt sichtbar wurden.

Die Bundesrepublik lieferte überdies ein Beispiel, das zeigt, in welchem Maße allgemeine politische Entwicklungen den Verlauf der Protestbewegung beeinflussen: Solange die Regierung der Großen Koalition am Ruder war, protestierte die Jugend in großen Massendemonstrationen, in deren Verlauf vielfach Gewalttaten begangen wurden. Als im Herbst 1969 die sozial-liberale Koalition die Regierung übernahm und mit Reformen begann, gingen die Massendemonstrationen mit gewaltsamem Charakter zurück. Jetzt nahmen Gewaltakte einzelner Personen zu, während die meisten derer, die vorher aktiv protestiert hatten, ihre Vorstellungen jetzt an den Hochschulen durch-

zusetzen suchen (Rote Zellen, Spartakus-Arbeitsgemeinschaft marxistischer Studenten). Gewalt in massiver Form wendeten nur kleine Gruppen anarchistisch-nihilistischen Charakters an (z. B. *Baader-Meinhof*), die ins Kriminelle abglitten.

### Rauschgiftkonsum

Der Rauschgiftkonsum steigerte sich zuerst dort, wo die Protestbewegung der Jugend entstanden war: in den USA. Dort verließ ein Teil der Jugend seiner Ablehnung gegen die hergebrachten Formen der Gesellschaft nicht nur politischen Ausdruck. Diese Jugend kleidete sich nachlässig, ließ die Haare wachsen, fuhr alte Autos, bummelte, verließ das Elternhaus, hauste gemeinsam und primitiv. Sie versuchte, sich in jeder Weise von den wohlhabenden, sauber gekleideten, strebsamen Durchschnittsamerikanern zu unterscheiden. Auch die Anrechnungsmittel des durchschnittlichen Amerikaners, Nikotin und Alkohol, erschienen dieser Jugend nicht attraktiv. Man griff zu Haschisch und Heroin, um der Wirklichkeit zu entfliehen. Wer „in“ sein wollte, machte mit. Mit der Hippie-Bewegung und der Beatmusik wurde das Verlangen dieser Jugend nach Rauschgiften nach Europa exportiert.

### Die Eigentumskriminalität

Es scheint keinen Zusammenhang zu geben zwischen der Protestbewegung der Jugend und dem Anwachsen der Eigentumskriminalität, wenn man von untypischen Sonderfällen abläßt — wie den Banküberfällen einiger Anarchisten. Aber man stößt auf Parallelen. Das Anwachsen der Eigentumsdelikte ist in den gleichen Ländern zu beobachten und geht in der gleichen Wohlstandsgesellschaft vor sich, gegen die der Protest der Jugendlichen gerichtet ist. In der Wohlstandsgesellschaft arbeiten Werbefachleute mit einem beträchtlichen Aufwand von Erfindungsgabe und riesigen Geldmitteln, um Erzeugnisse anzupreisen und Bedürfnisse zu wecken. Ihre Werbung erreicht die Konsumenten, mögen sie nun im Besitz von Mitteln zum Kaufen sein oder nicht. In Selbstbedienungsläden und Kaufhäusern kann man sich die Ware „nehmen“. Die meisten Nehmen zahlen. Aber manche können der Versuchung ebensowenig widerstehen: Sie „nehmen“ und zahlen nicht. Die Eigentumskriminalität erhöht sich.

### Die Umweltverschmutzung

Der Zusammenhang zwischen der Wohlstandsgesellschaft und der Umweltverschmutzung liegt auf der Hand. Das Symbol des Wohlstandes, das Auto, erzeugt allein 40 Prozent der Luftverpestung. Parkplätze und Autofriedhöfe verschandeln die Landschaft. Die Folgen der Motorisierung sind nur ein Beispiel der Konsequenzen, die die allgemeine Steigerung der Industrieproduktion nach sich gezogen hat. Allein in der Bundesrepublik werden jährlich 20 Millionen Tonnen Chemikalien sowie Ruß und Staub in die Atemluft geblasen. Wir leben damit in einem Lande, das — neben den östlichen Teilen der USA und Japan — wohl am meisten durch Luftverunreinigung gefährdet ist. Der Rhein ist zum größten Abwasserkanal Europas geworden, wozu nicht nur die am Fluß angesiedelte Industrie, sondern die vielfach noch ungeklärt einfließenden Abwässer der Gemeinden beitragen. Nur einige Fischarten können im Rhein gerade noch leben.

Ein Vertreter der Farbwerke Höchst erklärte dazu: *„Den Fisch brauchen wir als Indikator für den Grad der Verunreinigung. Baden, Angeln und Romantik — alles Quatsch. — Das zu opfern, ist der Preis für den Fortschritt.“* Derartige Äußerungen gehören in den Bereich der Eigentumskriminalität. Nur wird in diesem Fall nicht das Privateigentum verletzt, sondern das öffentliche Eigentum, der Gemeinbesitz am Wasser. Der Sünder am Privateigentum wird strafrechtlich verfolgt, der industrielle Umweltverschmutzer nur in krassen Fällen. So mancher Umweltverschmutzer wehrt sich sogar gegen die Forderung, seine Abwässer zu klären, seine Abluft zu reinigen. Vorkehrungen dazu, so klagt er, beeinträchtigen die Rentabilität seines Unternehmens. Hieran schließt sich die Frage, ob Rentabilität, hart gesagt, ob der Profit in der Wohlstandsgesellschaft noch das höchste Ziel des Wirtschaftens ist. Das wird heute von angesehenen Wirtschaftswissenschaftlern, die sozialistischer Neigungen unverdächtig sind, in Frage gestellt, wie z. B. von *J. K. Galbraith* (USA). Die Frage, ob der Profit höchstes Ziel sei, wird von der protestierenden Jugend verneint — im Namen des „Sozialismus“, was immer der einzelne darunter verstehen mag.

„Sozialismus“ ist übrigens keine Gewähr gegen Umweltverschmutzung. Auch in Staaten, die keinen Privatbesitz an Produktionsmitteln dulden, taucht das Problem der Umweltver-

schmutzung auf. In der Sowjetunion ist zum Beispiel der Baikalsee, eines der größten Bergsgewässer der Erde, einst berühmt für seinen Fischreichtum, von Wasserverschmutzung schwer bedroht. Ursache der Verschmutzung ist also nicht die Art des Eigentums an den Produktionsmitteln, sondern die industrielle Großproduktion als solche, die Wasser verbraucht und verschmutzt.

### Die Ursachen der Misere

Wer das Anwachsen der Kriminalität nur bekämpft, indem er Rauschgifthändler und Landdiebe sowie Autoknacker durch eine verstärkte und besser ausgerüstete Polizei schärfer verfolgen läßt, kurlert an den Symptomen. Allen Erscheinungen, die wir dargestellt haben, war aber ein Nährboden, eine Ursache (sicher nicht die alleinige) gemein: die moderne Industriegesellschaft. Aber: Wer den Ruf erhebt, sie zu beseitigen, wer die Großindustrie zerschlagen, den Konsumverzicht erzwingen will, muß scheitern wie alle Utopisten.

Bleibt daher nichts anderes, als nur Symptome zu behandeln?

Offensichtlich läßt sich z. B. gegen die Umweltverschmutzung eine andere Lösung finden. Sie ist zu finden, weil man hier die Verursacher genau kennt. Der Staat muß den Automobilfabrikanten den Einbau von Anlagen aufzwingen, die die Abgase entgiften. Der Staat muß den chemischen Werken auferlegen, ihre Abwässer durch Kläranlagen zu reinigen, selbst wenn mit solchen Maßnahmen hohe Aufwendungen verbunden sind. Derartige Maßnahmen versprechen Erfolge. Wie man weiß, ist es durch ähnliche Vorschriften gelungen, die Londoner Luft zu entgiften und das Wasser der Themse zu klären.

Weit schwieriger ist es, zu den Ursachen des Protestes der Jugend vorzudringen. Die kommunistischen Parteien wurden von der Welle des Protests ebenso überrascht wie viele ihrer kapitalistischen Gegner. Sie beschuldigten die protestierenden Jugendlichen als anarchistische Krachmacher. Mit zunehmender Stärke der Protestbewegung entstand für die kommunistischen Parteien die Gefahr, von der neuen Bewegung links überholt zu werden. An einigen Aktionen der Protestler z. B. gegen den Vietnamkrieg beteiligten sich auch Kommunisten. Eine dauernde Zusammenarbeit zwischen ihnen und der rebellierenden Jugend gibt es aber nicht, weil zwischen autoritären Kommuni-

sten und antiautoritären Anarchisten keine Einigung möglich ist. Weitere gemeinsame Aktionen gegen den Vietnamkrieg sind zu erwarten. Mit dem Rückzug der amerikanischen Truppen aus Vietnam wird aber nicht das Ende der Protestbewegung gekommen sein. Es wird nicht kommen, weil die Ursachen der Proteste tiefer liegen, weil sie in der gesellschaftlichen Entwicklung begründet sind, was an einigen Beispielen gezeigt werden soll.

Industrialisierung bedeutet Verstädterung, bedeutet das Ende der Bindungen, die in der ländlichen Großfamilie naturgegeben waren. Verstädterung führt zu größerer Vereinsamung des einzelnen oder der Kleinfamilie, zur Anonymität, zur Feindseligkeit.

Der protestierende Teil der Jugend besteht überwiegend aus Schülern und Studenten, während die große Masse der jungen Arbeiter politisch eher eine resignierende Passivität zeigt. Möglicherweise beruht diese Passivität darauf, daß die früh in den Arbeitsprozeß eingegliederte Jugend zwar gut verdient, aber geringe Aufstiegschancen hat. Ihr guter Verdienst gestattet es diesen jungen Leuten zwar, am Konsum teilzunehmen. Die Wohlstandsgesellschaft gewährt ihnen aber keine ausreichenden Bildungs- und Aufstiegschancen. Mangelnde Aufstiegschancen können zu Desinteresse an öffentlichen Angelegenheiten führen. Damit läßt sich die geringere Wahlbeteiligung der Jugendlichen erklären, die bekanntlich bis zu 20 Prozent unter dem Durchschnitt liegt.

Mit der zunehmenden industriellen Entwicklung geht eine Verminderung der individuellen Freiheit einher. Vermindert ist die Freiheit nicht in dem Sinne, daß dem Individuum Verhaftung drohen oder die Freiheit seiner Rede beschnitten würde. Aber der Bewegungsspielraum des einzelnen zum Beispiel auf wirtschaftlichem Gebiet ist eingeengt. Der hohe Grad von Arbeitsteilung in Industrierwerken macht den Arbeiter zum Kleinsträdchen einer riesigen Maschinerie. Er muß sich einem uniformen Arbeiterrhythmus anpassen (Fließband). Arbeitsteilung erfordert Spezialisierung nicht nur beim Arbeiter, sondern auch beim Vorarbeiter, Ingenieur und Hochschullehrer. „Geboren“ wird der „Fachidiot“, der einseitige Spezialist, mit dem die auf Verstehen der Welt drängende Jugend weder über „Marxismus“ noch über den Vietnamkrieg diskutieren kann.

Was „die da oben“ machen, wird mit Mißtrauen betrachtet. Mißtrauen wird erzeugt durch Un-

wahrhaftigkeit, die seit Jahren zutage liegt – wie in den USA der Kontrast zwischen der Garantie der bürgerlichen Rechte durch die Verfassung und der praktischen Behandlung der angeblich gleichberechtigten Neger. Dieses Mißtrauen gegen eine unwahrhaftig erscheinende Politik wird genährt, wenn aktuelle Unwahrhaftigkeiten aufgedeckt werden – wie jüngst durch die Veröffentlichung einiger Vietnampapiere des Pentagon.

Auch in der Bundesrepublik ist jahrelang eine unwahrhaftige Politik betrieben worden, zum Beispiel in der Behandlung der Probleme der verlorenen Ostgebiete. Man propagierte ein selbsterfundenes „Recht auf Heimat“, das, selbst von Verbündeten nicht anerkannt, nicht durchsetzbar war. Die Wiedervereinigung wurde Jahrzehntlang gefordert, obwohl die Fördernden wußten, daß sie nicht zu realisieren war. Die Bestimmung des Grundgesetzes vom sozialen Gebrauch des Eigentums (Art. 14 GG) steht da als Monument sozialer Auffassungen aus der Gründerzeit der Bundesrepublik. Heute beweist die Vorschrift nur die Diskrepanz zwischen Verfassungsdeklamation und -wirklichkeit, da bis zum Jahre 1971 nichts geschah, um z. B. Bodenspekulation und Mietwucher einzudämmen. Erst im Städtebauförderungsgesetz vom Juli 1971 wurde ein bescheidener Anfang gemacht.

Das Mißtrauen gegen „die da oben“ ist ein Faktor, der die Einstellung der Jugend bestimmt – aber nicht der einzige. Eine erhebliche Rolle spielt auch der Einfluß des Elternhauses. Auch hier sehen wir unmittelbare Auswirkungen der Industriegesellschaft. Konsum ist die Aufgabe des einzelnen in dieser Gesellschaft. Die Werbung für diesen Konsum schraubt die Ansprüche an den Lebensstandard der Familie so hoch, daß der Verdienst des Familienvaters oft nicht ausreicht, sie zu erfüllen. Damit Auto, Fernseher, Waschmaschine, Kühlschrank, Staubsauger und Spülmaschine oder Einfamilienhaus angeschafft werden können, muß die Mutter mitarbeiten. Um die Kinder kann sie sich nicht kümmern. Manche Kinder, denen die Schlüssel und ein Taschengeld in die Hand gedrückt, die im übrigen aber sich selbst überlassen werden, erliegen der Vereinsamung und entwickeln Gefühlskälte, Voraussetzungen späterer Gewalttaten.

Schwerwiegende Auswirkungen der in den ersten Lebensjahren empfangenen Eindrücke auf den Charakter eines Kindes, auf die Bedeutung

von „Nestwärme“ und gespürter Mutterliebe, hat schon *Sigmund Freud* beschrieben. Die Mutter *Rammelmeyers*, des getöteten Münchener Bankräubers, gab ihn als kleinen Jungen in ein Heim, weil der Vater gefallen war und sie arbeiten mußte. *Astrid Proll*, Mitglied der *Bader-Meinhof*-Gruppe stammt aus einer gestörten Ehe und hat Jahre ihrer Kindheit in Internaten verbracht. Ähnliche Ursachen können auch zahlreichen Fällen des Rauschgiftmißbrauchs Jugendlicher zugrunde liegen. Exakte Erkenntnisse über gesellschaftliche Entwicklungen als Nährboden auch dieser Seuche liegen noch nicht vor. Noch wissen wir nicht, ob die Anfälligkeit für Drogen mit seelischen Urbedürfnissen, etwa dem Anlehnungsbedürfnis, zusammenhängt, das in der kalten Konsumgesellschaft unbefriedigt bleibt.

Man kann die Industriegesellschaft nicht beseitigen, man kann den Konsumenten nicht zum Verzicht zwingen. Das wurde bereits als utopisch abgelehnt. Was man tun kann, wurde für das Gebiet der Umweltverschmutzung bereits gesagt: Der Staat muß gegen Auswüchse der Industrialisierung vorgehen. Er muß die Verursacher der Umweltschäden durch gesetzgeberische Maßnahmen zwingen, die Ursachen zu beseitigen, auch wenn das die Schädiger viel Geld kostet. Dafür bietet das Bundesgesetz über die Herabsetzung des Bleigehalts im Benzin (Juli 1971) einen bescheidenen Anfang. Auf jeden Fall müssen aber Fußgängerzonen in den Stadtkernen geschaffen und Vorrichtungen zur Abgasentgiftung für jedes Auto obligatorisch werden. Eine internationale Abstimmung derartiger staatlicher Maßnahmen sollte angestrebt – aber nicht abgewartet – werden. Zu derartigen Maßnahmen gehört beispielsweise die Besteuerung der Produktion von Verpackungsmaterial, das nicht verrottet (z. B. Einwegflaschen, Tragetaschen).

Junge und ältere Arbeiter haben bisher die Protestbewegung der Jugend abgelehnt; insbesondere sind – jedenfalls in der Bundesrepublik – alle Versuche gescheitert, die Revolte von der Universität in die Fabriken zu tragen. Das muß nicht so bleiben. Bisher hat die Arbeiterjugend auf den Mangel der Chancengleichheit nur mit Indifferenz gegenüber öffentlichen Angelegenheiten reagiert.

Es muß versucht werden, die Chancenungleichheit zu beheben. In Schweden hat man das bereits getan durch eine Schul- und Studienreform, die allen Schülern die gleichen

Chancen verschaffte. In der Bundesrepublik müssen – auch aus diesem Grunde – die Ansätze zu einer Schul- und Studienreform energisch verfolgt werden.

Vorschläge wie die hier gemachten nehmen sich bescheiden aus angesichts der Probleme, denen wir gegenüberstehen. In ihrer Bescheidenheit entsprechen sie den finanziellen Möglichkeiten des Staates in der Wohlstandsgesellschaft, die gekennzeichnet ist durch öffentliche Armut und privaten Reichtum. Die Armut des Staates zu lindern, also Erhöhung der Einnahmen, sollte das Ziel der Steuerreform sein, denn auch bescheidene Vorschläge zu realisieren, kostet Geld. Würden diese Vorschläge aber ins Werk gesetzt, dann könnte es gelingen, grobe Auswüchse der Industriegesellschaft zu beschneiden. Würde der Staat so handeln, dann wäre der fatale Eindruck beseitigt, der heute manchen Bürger entmutigt und abhält, eigene Initiative zu entfalten: „Es geschieht ja doch nichts.“ Würden die Auswüchse beschnitten, dann fiel es manchen weniger schwer, auch positive Seiten der Industrialisierung zu sehen, die sie uns beschert hat: Wohlstand und Vollbeschäftigung.

**Bekenntnis  
eines leidenschaftlichen  
Lebens**

# *Melina Mercouri*



Mit dem ihr eigenen Temperament schildert Melina Mercouri ihr Leben: ihre glückliche Kindheit in Athen, ihre frühen Kämpfe, um Schauspielerin zu werden, ihre unkonventionellen Ehen, ihren Aufstieg zu internationaler Berühmtheit. Aber vor allem ihr persönliches Engagement im Kampf für die Freiheit ihres Volkes, das sie ihre griechische Staatsbürgerschaft gekostet hat. Ein ehrliches, aufrüttelndes, sich selbst und anderen gegenüber rücksichtsloses Lebensbekenntnis einer mutigen, bewundernswerten Frau.

Ich bin als Griechin geboren  
Leinen DM 26,-

## **Blanvalet**

## **Die moralische und politische Krise in den Vereinigten Staaten**

*„Die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten ist vor allem eine Institution moralischer Führung.“*

*Franklin Delano Roosevelt  
1932 nach seiner Wahl*

Vor einiger Zeit fragte ein Journalist bei einer Pressekonferenz den verblüfften Präsidenten, ob er das Land durch eine „Revolution bedroht“ ansehe. Trotz seines abrupten Neins kam *Richard Nixon* vor einigen Wochen in einem Gespräch mit Journalisten des Mittelwestens (die unbestrittene Festung der Republikaner), in Kansas City auf dieses Thema zurück. In Erinnerung an die einstige Machtentfaltung Griechenlands und Roms sagte *Nixon* sehr nachdenklich: *„Manchmal, wenn ich die Säulen sehe, dann glaube ich, sie seien in Griechenland oder Rom, und ich überlege mir, was von diesen großen Zivilisationen übriggeblieben ist. Als sie reich und mächtig wurden, da verloren sie ihren Willen, für Verbesserungen des Staates zu arbeiten, und sie unterlagen dem Verfall, der Ihre Zivilisation zerstörte. Die Vereinigten Staaten nähern sich dieser Periode.“*

Auch *John McCloy*, der mehr in den Bankdirektorenzimmern der Wall Street zu Hause ist als in denen des Mittelstandes, schon gar nicht von den verelendenden Gettos zu reden, hat am 17. Juni von den „Erschütterungen“ im Lande, seinen „äußeren und inneren Krisenproblemen“ gesprochen, wenn er – genau wie *Nixon* – der Meinung Ausdruck gab: die USA besitzen genügend Vitalität, um mit ihren Krisen fertigzuwerden und ihre Verpflichtungen nach außen zu erfüllen. Endlich hat das Roper-Institut, dessen Begründer vor einiger Zeit starb, eine eingehende Studie über den „Status des Landes“ durchgeführt. Von den 1993 befragten Amerikanern waren nur 25 Prozent der Meinung, das Land steuere im allgemeinen den richtigen politischen, sozialen und kulturellen Kurs, während jedoch 64 Prozent erklärten, es habe seine Zielrichtung verloren, und die rest-

lichen 13 Prozent konnten keine Antwort geben.

Diesen besorgten Erörterungen und Feststellungen stehen die Vorwürfe einer „masochistischen“, „sich selbst vernichtenden Kritik“ gegenüber. Der bekannte amerikanische Politologe *Arnold Beichman* („New York Times Magazine“, 6. Juni 1971) widerspricht mit der demagogischen These *„Eine Nation wird gelyncht“* diesen Analysen und Betrachtungen und *„widerlegt“* die sechs wesentlichsten „Lügen“. Ohne mit *Beichman* die rein sprachlichen Kontradiktionen erörtern zu wollen, erklärt er als unwahr: 1. Amerika ist entweder jetzt schon faschistisch oder doch auf dem besten Wege, es zu werden. 2. Amerika ist des Völkermordes schuldig. 3. Die Bombenwerfer-Linke ist eine moralische Kraft, und eine Bombenwerfer-Rechte gibt es nicht. 4. Der amerikanische Arbeiter, bigott wie er ist, liebt die Rassen Diskriminierung, imperialistische Kriege, Faschismus, Antintellectualismus, „blinden“ Antikommunismus und andere Brutalspielchen. 5. Unser politisches System, besonders das Zweiparteiensystem, ist ein absoluter Schwindel. 6. Mit Amerika geht es abwärts, mit anderen Ländern aufwärts.

„Le Figaro“, das große Blatt der französischen Industrie, entsandte im Juni 1971 zwei seiner besten Berichterstatter in die Vereinigten Staaten, die am Ende ihrer wochenlangen Entdeckungserreise durch das Land erklärten: *„Unsere Schlußfolgerung ist, daß wir nicht in der Lage sind, eine zu ziehen.“* Die französischen Berichterstatter bestreiten jedoch nicht, daß sich das Land „in einer Krise“ befindet, aber es sei einfach grotesk, es als „faschistisch“ zu charakterisieren. Wenn behauptet wird, daß „die amerikanische Revolution im Gange sei“, dann gäbe es nach Urteil der Franzosen dafür keine Anhaltspunkte. Sie sind jedoch überzeugt, daß das Land sich „ohne Frage“ auf dem Wege zum Sozialismus befände, und dieser würde einer ohne Gewalt und Zusammenstöße bleiben, denn *„In Wirklichkeit gehört das Land bereits*

der Bourgeoisie". Die USA repräsentieren zwar nur 6 Prozent der Weltbevölkerung, aber verbrauchen 60 Prozent aller auf Erden produzierten Güter.

Als 1776 das von 4 Millionen bewohnte Land von den dreizehn Staaten begründet wurde, war es ein Feudalsystem, das in offener Rebellion das koloniale Joch abwarf, um „sein eigenes Glück zu suchen“. Professor Charles A. Reich von der Yale-Universität schreibt in seinem viel gelesenen Buch „The Greening of America“ (Random House, New York 1970), daß in dieser Periode sich das Bewußtsein I bildete, welches Aggression und Machtkämpfe als notwendig anerkannte, aber eine Gesellschaftsform erstrebte, in der das Individuum das Erstgeburtsrecht besitzen sollte. Diese Gesellschaft war weder willens noch in der Lage, die Transformation Amerikas von einem unbedeutenden Feudalstaat mit den Grundbesitzern als den Herren des Landes zu einer industriellen Macht zu erfassen und statt dem Besitz dem Menschen die Priorität zu geben.

Was europäische Beobachter der Vereinigten Staaten oft übersehen, ist der Faktor, daß diese in Wirklichkeit einen Kontinent repräsentieren. Heute, wenn wir nach der Theorie von Reich nun das Bewußtseinsstadium II erreicht haben, sind die Vereinigten Staaten die größte industrielle und militärische Macht geworden, sind aber in ihrem Entwicklungsprozeß steckengeblieben. Während die Vereinigten Staaten „das Arsenal der Demokratie“ (F. D. Roosevelt 1937) immer stärker vergrößerten, verfehlten sie, die sozialen und politischen Reformen durchzuführen, die unerlässlich sind, um die Städte vor dem Verfall zu bewahren, die Minderheiten in den Bildungs- und Wirtschaftsprozeß „als Gleiche unter Gleichen“ zu integrieren und ein wirklich demokratisches Wahlsystem zu schaffen. Gewiß, in der Roosevelt-Ära wurde mit dem „New Deal“ eine Unzahl sozialer Gesetze geschaffen, aber die damalige ungeheure Arbeitslosigkeit von 15 Millionen wurde nur um 6 Millionen verringert, und erst der zweite Weltkrieg löste das Arbeitslosenproblem. Unser „Social Security Act“ (Alters- und beschränkte Arbeitslosenversicherung) hinkt noch immer den realen Bedürfnissen nach.

Das Wohlfahrtssystem der USA ist chaotisch. Nehmen wir New York City als Beispiel: Die Flucht des Mittelstandes in die entfernter liegenden Vororte hat diese Millionenstadt völlig verwandelt: sie besteht im Grunde nur noch

aus einigen sehr Reichen, dann solchen, die in Wohnungen unter Mieterschutz leben, und der wachsenden Zahl von Minderbemittelten und Armen. Die Folge ist, daß sich die Steuereinnahmen der Stadt von Jahr zu Jahr verringern und die Wohlfahrtsausgaben (weit über eine Million Empfänger) immer höher steigen. Da wir trotz Inflation eine steigende Arbeitslosigkeit haben, Arbeitslosenunterstützung sich meist nur auf 28 Wochen erstreckt, spielen Wohlfahrtsunterstützungen eine immer größere Rolle. Letztere aber sind von Staat zu Staat verschieden. In New York, Pennsylvania, Massachusetts, Connecticut, New Jersey und Alaska erhält eine vierköpfige, hilfsbedürftige Familie monatlich zwischen 300 und 400 Dollar, aber in Mississippi, Alabama, Arkansas, Süd-Carolina, Louisiana, Tennessee, Missouri, Georgia, Florida und West-Virginia nur bis zu 100 Dollar; in anderen Staaten schwankt diese Unterstützung – bis zu 200 oder 300 Dollar. Die unvermeidliche Konsequenz dieser schreienden Ungleichheit ist, daß tausende und aber-tausende Unterstützungsbedürftige in die Staaten mit den höchsten Unterstützungssätzen kommen und so die Gettos vergrößern und damit die Kriminalität.

Die Solidarität des Durchschnittsamerikaners ist nicht überwältigend. Zwar erscheinen noch keine Annoncen in alarmierenden großen Blockbuchstaben: „Vergeßt die Schwarzen, vergeßt die Armen, vergeßt die wichtigsten elementaren Forderungen des Anstandes und der Gerechtigkeit.“ Aber wer aufmerksam durch die Straßen geht oder den Interviews am Fernsehschirm folgt, hat schon Schlimmeres und Brutaleres gehört. Wie könnte es sonst möglich sein, daß das angeblich reichste Land der Erde über 35 Millionen Kinder verfügt, die notleidenden Familien entstammen und denen keine genügende Schulbildung gegeben wird, weil eine solche mindestens 105 Milliarden Dollar pro Jahr kosten würde, die das Land für diesen Zweck nicht aufbringen will.

Nun sagt uns Arnold Belchman, die USA seien ein freies Land, in dem jeder sagen könne, was er wolle. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Verpestung der Luft und die Vergiftung der Flüsse und Seen. Junge und alte Bürger der USA haben zu Millionen dafür demonstriert, ja ein erhebender „Tag der Erde“ wurde abgehalten, und fast nichts ist auf diesem Gebiete geschehen. Innenminister Walter Hlokeis aus Alaska, der mit den Naturliebha-

## Die moralische und politische Krise In den Vereinigten Staaten

bern einer Meinung war, erhielt von Nixon den Laufpaß.

Noch deutlicher ist des Volkes Einflußlosigkeit in der Frage des Vietnamkrieges. Millionen Menschen demonstrierten, protestierten unausgesetzt, „teach-ins“, „sit-ins“ wurden abgehalten, aber das Weiße Haus unter Johnson wie unter Nixon folgt der Politik, die es für richtig hält. Weder die warnenden Stimmen der Senatoren noch der Aufschrei des Volkes wurden gehört. Was Kriegsverbrechen in Vietnam anbelangt, so ist das Massaker von My Lai gerichtsnotorisch; aber furchtbarere Dinge sind geschehen, die tausende Amerikaner beschämen, unter Ihnen Vietnamveteranen, Zeugen des Fegefeuers.

Gewiß gibt es keine Massenunterdrückung in den Vereinigten Staaten wie in einem faschistischen Staat, aber „extreme Opponenten“, wie in Chicago im August 1968 oder in Washington 1971, werden mit oder ohne verfassungsmäßige Mittel „zur Ordnung“ gerufen. Der frühere Justizminister Ramsay Clark hat eine Anzahl der „Unterdrückungsmethoden“ seines Nachfolgers John M. Mitchell in seinem Buche „Justizkrise“ kritisch durchleuchtet.

Mindestens 75 Prozent der Amerikaner wollen den Krieg in Vietnam beendet wissen; 61 Prozent wünschen keine amerikanischen Truppen in Vietnam nach dem 30. Juni 1972. C. L. Sulzberger, Kolumnist der „New York Times“, der oft das Ohr der Staatsmänner hat, schrieb (14. Juli 1971) verzweifelt angesichts der neuen lebten Friedensvorschläge Hanois und des Vietcong: *„Niemals zuvor erschienen die Vereinigten Staaten so absolut hilflos. Im ersten Weltkrieg wurden 337 649 Amerikaner als Deserteure klassifiziert. Diese Zahl war zu jener Zeit erstaunlich; aber heute möchten die ganzen USA sich einem unpopulären Militärdienst entziehen, was uns hilflos macht, um zu verhandeln.“* Pessimistischer kann niemand die Vietnamperspektive ausdrücken, in die das Land hineingetrieben wurde, wie das die jüngst veröffentlichten Pentagon-Papiere belegen.

Wenn deutsche Zeitungen die Tatsache preisen, daß in der letzteren Affäre Immerhin das Oberste Bundesgericht innerhalb von vierzehn Tagen eine positive Entscheidung zur Wahrung der Pressefreiheit fällte, so sollte auf der anderen Seite nicht übersehen werden, daß in den 196 Jahren der Existenz dieses Landes es die Nixon-Regierung war, die das erste Mal versuchte, die „Vorzensur“ anzuwenden. Das ist

abgewehrt worden, aber die Verfahren gegen Daniel Ellsberg und gegen die Eigentümer und Redakteure der Zeitungen, die die Studie veröffentlichten, stehen noch aus, und sie betreffen natürlich, was in der Weimarer Zeit „Landesverrat begangen durch die Presse“ genannt wurde.

Milton Eisenhower, früherer Präsident der Universität von Maryland und Bruder von Dwight D. Eisenhower, Otto Kerner, ehemaliger Gouverneur von Illinois (jetzt Bundesrichter), warnen das Land immer wieder vor einer Polarisierung. Neunzig Millionen der Amerikaner besitzen Waffen, und „die Revolution“ der Extremen von links oder rechts ist nach dem Urteil dieser Männer eine reale Möglichkeit. Zur selben Zeit erleben wir das Werden der Bewußtseinsgruppe III mit einer völlig verschiedenen sozialen und kulturellen Ausrichtung. Nach Charles A. Reich ist diese Gruppe „das größte Geheimnis der Vereinigten Staaten“. 1972 gehen 11,5 Millionen junge Amerikaner im Alter von 18 bis 21 Jahren das erste Mal an die Wahlurne. Werden sie versuchen, das Land innerhalb des Systems zu ändern? Reich kommt zu dem Schluß, daß die Bewußtseinsgruppe III allein keine „geistige Revolution“ herbeiführen kann, wenn sie nicht aus der Bewußtseinsgruppe II Verbündete erhält. Praktisch jedoch umfaßt die Front gegen Vietnam fast das ganze amerikanische Volk. So folgert Reich, daß „das Neuerblühen des Landes“ ohne Gewaltanwendung möglich sei und ein modernes Amerika eine wirkliche Chance hat. Die US-Außenpolitik darf nicht weiter den Interessen herrschender Minderheiten dienen, ob im eigenen Land, ob in Vietnam, in Südamerika, China oder in Europa, wo sie die griechische und die spanische Diktatur stützt und finanziert. Spiro Agnews Julifreize in faschistische Staaten wurde heftig kritisiert.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die politischen Kämpfe der nahen Zukunft, besonders die Präsidentschaftswahl 1972, sich im Rahmen des Systems abwickeln werden. Ein großer Teil der jungen Wähler dürfte zu den Demokraten stoßen, aber entscheidend wird sein, ob der Vietnamkrieg bis zur Wahl beendet ist und was in Wirklichkeit der Peking-Besuch Nixons für den Frieden der Welt bedeutet.

Wenn Richard Nixon, John McCloy sowie wissenschaftliche Untersuchungen feststellen, daß das Land sich in einer ernstesten moralischen und politischen Krise befindet, die durch die wirt-

schaffliche noch erschwert wird (die USA haben eine Arbeitslosenquote von 6,1 Prozent), dann ist es vor allem notwendig, das Steuer herumzureißen, was heißt, die Prioritäten zu wechseln, den drängenden inneren Problemen des Landes den Vorrang zu geben und vor allem die Hunderte Millionen Dollar statt für Aufrüstung dazu zu benutzen, um 25 Millionen hungemden oder unterernährten Amerikanern das Existenzminimum zu garantieren.

Die Vereinigten Staaten machen zur Zeit ihre schwerste und entscheidendste Wirtschaftskrise durch. Wäre man den klugen Ratschlägen des englischen Ökonomen *John Maynard Keynes* bei der Bretton-Woods-Konferenz 1944 gefolgt, wäre die Dollarkrise wie andere Währungskrisen erspart geblieben, aber nunmehr muß *Nixon* sich für eine dirigierte Wirtschaft entschließen, gegen die er sich noch bis vor kurzem ausgesprochen hatte, ohne die Garantie zu haben, ob das Land angesichts der Haltung der Gewerkschaften, des Gouverneurs von Texas und einer großen Anzahl demokratischer Politiker bereit ist, ihm zu folgen.

Lösen die Vereinigten Staaten ihre inneren Probleme nicht, mag die tragische Lehre des englischen Historikers *Toynbee* bestätigt werden: „Von 21 Weltreichen in der Geschichte verschwanden 19, weil sie mit ihren inneren Problemen nicht fertig werden konnten.“ *Nixon* selbst gab in Kansas City die Antwort: „Die kritische Frage ist, ob die Vereinigten Staaten in moralischer Beziehung eine gesunde Nation sind.“ *Nixons* Vorgänger *Franklin D. Roosevelt* erkannte, daß die Präsidentschaft „vor allem eine Institution moralischer Führung“ ist. Auf diese Führung wartet das Land.

## AUSBILDUNGSKAPAZITÄT – Eine Zwischenbilanz

Hrsg. von Dipl. Volksw. Gert Elstermann  
1971. 258 Seiten. Kart. 29,40 DM. ISBN 3 509 00561 9

Mit der als Heft 24 der SCHRIFTEN DES HOCHSCHULVERBANDES erschienenen Untersuchung wird der Versuch unternommen, Ausbildungskapazitäten der Universitäten zu ermitteln. Das ist Voraussetzung für eine langfristige Hochschulplanung. Ein Überblick über die vorliegenden Verfahren, um diese Kapazitäten zu ermitteln, war bisher nicht gegeben; er wird mit dem vorliegenden Buch ermöglicht. Mit den aufgezeigten Modellen kann darüber hinaus auch die Kapazität anderer öffentlicher Einrichtungen festgestellt werden. Dabei ist in erster Linie an Bildungseinrichtungen gedacht. Das Buch gehört in die Hand eines jeden Planers, der seiner Arbeit eine solide Grundlage geben will.

## ZIELE DER STADTENTWICKLUNG NACH PLÄNEN DER LÄNDER

von Prof. Dr. Frido Wagener  
1971. XII/187 Seiten. Kart. 18,80 DM ISBN 3 509 00583 5

Mit diesem Werk beginnen als Band 1 die SCHRIFTEN ZUR STÄDTEBAU- UND WOHNUNGSPOLITIK/Herausgeber: Der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen, zu erscheinen. In ihm zeigt der Verfasser, daß die in der Öffentlichkeit und von Fachleuten häufig vertretene Ansicht, die Stadtentwicklung werde weithin ziellos betrieben, weil die Städtebaupolitik sich nicht auf genügend konkrete Ziele der Städte und Dörfer abstützen könne, nicht zutrifft. Die Untersuchung ist in Form einer gewichteten und in ein System gebrachten Inhaltsanalyse der in den Ländern der Bundesrepublik geltenden landesplanerischen Pläne und Entwicklungsprogramme angelegt. Aus den Plänen sind 467 Einzelziele der Stadtentwicklung herausgezogen, vierfach gewichtet und zu 40 gestuften Zielkategorien zusammengestellt worden. Nur auf dem Hintergrund einer auf diese Weise maßstabgerecht erarbeiteten Lage wird es möglich sein, ein neues Soll-System von Stadtentwicklungszielen zu entwickeln.

Verlag Otto Schwartz & Co.  
34 Göttingen, Annastraße 7



## Analysen – Diskussion

# Thema: Massenmedien und Information

Joachim Raffert

### Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt durch Mobilität

#### Was können Parlament und Regierung tun?

Die Bundesregierung hat Schwierigkeiten mit den Kriterien, die für eine von ihr angekündigte Fusionskontrolle bei Zeitungsverlagen gelten sollen und können. Die von der Bundestagsfraktion eingesetzte Arbeitsgruppe „Presserecht“ ist bei der Diskussion dieses Punktes ebenfalls nicht zu befriedigenden Ergebnissen gelangt. Auch die Massenmedienkommission, die die Vorlage des SPD-Partelvorstandes erarbeiten soll, konnte keinen praktikablen Vorschlag machen. Einigkeit besteht nur darin, daß die Maßstäbe des allgemeinen Kartellrechts und auch die der jetzt vorgelegten Novelle auf die Presse nicht angewendet werden können. Anregungen aus einem Papier sozialdemokratischer Juristen, die auch eine Entflechtung bestehender Monopolverlage für rechtlich möglich erklärt haben, sind bisher nicht weiter verfolgt oder neu aufgegriffen worden. Ein Gesetz, das Entflechtungsaufgaben vorsieht, wäre mit keinem Koalitionspartner im Bundestag durchzubringen.

Ähnliches gilt für die Marktanteilsbegrenzung, ein Instrument, das die Günther-Kommission angeboten hat. Schon in der Stellungnahme der Bundesregierung der „Großen Koalition“ zum Günther-Bericht ist auf die Unterschiedlichkeit der verschiedenen „Märkte“ hingewiesen worden. Die Lage im nationalen, im regionalen und lokalen Bereich muß gesondert gesehen werden, und ein besonders schmerzhaftes Problem ist das der Sonntagszeitungen. Auf diesem Markt herrscht ein Monopolist, von wenigen regional begrenzten Einbrüchen abgesehen, nahezu unumschränkt. Noch wurde der Zauberstab jedoch nicht gefunden, mit dem der Gesetzgeber durch in Paragraph zu fassende Bestimmungen diesen Monopolisten zum Anhalten der Rotationsmaschinen bei einer bestimmten Auflagegrenze zwingen, leistungsfähige Konkurrenten herbeizitiieren und so den realen Wettbewerb wieder herstellen könnte. Erfreulicherweise hat hier während der letzten zwei oder drei Jahre eine Abwanderung der Leser begonnen. Das Problem der eingesengten

Informationsfreiheit und der mangelnden Meinungsvielfalt am bundesrepublikanischen Sonn- und Feiertag ist damit nicht gelöst. Hörfunk und Fernsehen, deren Nachrichtensendungen sonntags besonders stark frequentiert werden, helfen allerdings, diese triste Landschaft ein wenig zu erhellen.

Die Konkurrenz des öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunks und der privatrechtlich organisierten Presse – das läßt sich an diesem Beispiel zeigen – ist für die Meinungsvielfalt außerordentlich bedeutsam. Dies trifft nicht nur gegenüber „WamS“ und „BamS“ zu, sondern mehr und mehr auch dort, wo regionale oder lokale Monopolisten vorhanden sind. Die Anstalten müßten schon deshalb ihre regionale und lokale Berichterstattung intensiver ausbauen.

Das Reservoir an Journalisten, auf das sie dabei zurückgreifen können, ist das gleiche, aus dem die Redaktionen der Verlage gespeist werden. Noch immer kommen die meisten Redakteure auch des Funks aus den „Volontärstellen“ der Tageszeitungen. Das gilt übrigens auch für illustrierte und Magazine. Ihren Start im Beruf machen also viele Journalisten gemeinsam. Haben sie sich aber dann einmal für die Presse oder den Funk entschieden, gibt es kaum noch Möglichkeiten des Wechsels zwischen den Medien. Besonders der Schritt aus den Anstalten zurück in die Verlage ist selten, ja ungewöhnlich. Mancher gute Schreiber, der sich aber gern wieder gedruckt sehen und nicht nur in die Luft gesprochen hören möchte, verzichtet auf seine Rückkehr zur Zeitung. Manches durchaus interessante Angebot eines Verlegers wird von Rundfunkredakteuren nicht angenommen.

Der wichtigste, zumeist entscheidende Grund liegt in der unterschiedlichen Altersversorgung der Journalisten beider Medien. Die bei den Anstalten erworbenen, oft recht ansehnlichen Versorgungsansprüche können nach geltendem Recht nicht in das Versorgungswerk der Presse übertragen, also nicht zur Zeitung mitgenommen.

men werden. Ausnahmen gibt es nur bei einer bundesnahen Anstalt, dem Deutschlandfunk. Auch die Mobilität zwischen den verschiedenen Rundfunkredaktionen wird wegen der Unübertragbarkeit der Versorgungsansprüche behindert.

Hier besteht eine erste und realisierbare Verantwortung für Regierung und Parlament. Es muß möglich sein, noch in dieser Legislaturperiode die Altersversorgung der Journalisten so neu zu regeln, daß hier oder dort erworbene Rechte nicht verfallen, sondern bestehen bleiben. In Ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der Koalitionsfraktionen SPD und FDP hat die Bundesregierung Wege dazu bereits gezeigt. Als aussichtsreichstes Modell scheint sich die Übernahme aller Journalisten — auch der hauptberuflich tätigen „freien Mitarbeiter“ — in die Angestelltenrentenversicherung und die Organisation des Versorgungswerkes der Presse und der Altersversorgungseinrichtung der Rundfunkanstalten in Form von gewiß leistungsfähigen Zusatzversicherungen anzubieten. Das Sonderproblem der Schriftsteller kann mit der Bibliotheksabgabe in der Novelle zum Urheberrechtsgesetz geregelt werden, wie sie FDP- und SPD-Fraktion bereits mit Billigung der Bundesregierung eingebracht haben.

Die Übertragbarkeit von in betrieblichen Altersversicherungen erworbenen Ansprüchen ist selbstverständlich kein Problem der Journalisten allein. Seine Lösung hätte jedoch im Bereich der Massenmedien nicht nur den Aspekt sozialer Gerechtigkeit. Sie würde die Mobilität zwischen den Medien und auch zwischen den Anstalten und Verlagen wesentlich fördern und damit zur Verbesserung der journalistischen Meinungsfreiheit beitragen. Die Hemmnisse, die bisher vor allem aus dem Versorgungssystem der Anstalten resultieren, mehren sich zur Zeit durch die unterschiedlichsten sozialen Angebote von Verlegern. *Augsteins* „SPIEGEL-Modell“ z. B. müßte scharf abgelehnt werden, wenn es eine Anbindung der SPIEGEL-Mitarbeiter an Ihren Verlag zur Folge haben würde.

Mit der Altersversorgung aber ist natürlich nur ein Teilkomplex zu lösen. Durch Gesetze und in tarifvertraglichen Regelungen muß darüber hinaus erleichtert, wenn nicht sogar erzwungen werden können, daß die Meinungsvielfalt innerhalb der Zeitungsredaktionen ebenso hergestellt und gesichert wird, wie sie — im Idealfall — nach den Staatsverträgen oder Rundfunkgesetzen bei den Anstalten gegeben sein

sollte. Weil Gesetzgeber und Tarifpartner zögerten — oder sich bisher als unfähig erwiesen haben —, ist die Statutenbewegung entstanden. Daß sie auch in den Anstalten Erfolge gehabt hat, zeigt, wie wenig der Idealfall dort erreicht worden ist. Die Statutenbewegung zielt auf mehr Mitbestimmung und Eigenverantwortung der Redaktionen und Redakteure und verfolgt diese Ziele auf sehr unterschiedliche Weise. Ihre Ergebnisse haben in den einzelnen Verlagen und Anstalten zu sehr differenzierten Verhältnissen geführt. In letzter Konsequenz könnten also auch die verschiedenen Redaktionsstatute mobilitätshemmend wirken. Bisher allerdings tun sie es offenbar nicht, sieht man von der Sondersituation der Chefredakteure einmal ab.

Immerhin: Wer möchte schon aus einer relativ „freien“ in eine Redaktion wechseln, deren Rechte noch nicht neu definiert sind? Wichtiger ist allerdings die Frage: Wie kann Meinungsvielfalt in einer Redaktion garantiert werden, deren „linke“ oder „rechte“ Mehrheit der Einstellung von Berufskollegen anderer Couleur konstant widerspricht. Unzulänglichkeiten, ja Unerträglichkeiten, wie sie heute schon in bestimmten Fachbereichen einzelner Hochschulen vorkommen, können sich auch in der Presse ausbreiten, wenn keine tarifvertragliche oder gesetzliche Bestimmungen allgemein geltende Grundregeln setzen.

Ein wichtiges Gesetz befindet sich zur Zeit im parlamentarischen Beratungsgang: Der Entwurf für ein neues Betriebsverfassungsrecht. Hier wird es darauf ankommen, den Tendenzbetriebsschutzparagraphen entweder ganz zu streichen oder doch wenigstens so einzuschränken, daß er auf Verlage und Druckerien nicht mehr angewendet werden kann. Gleiche Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für die Betriebsräte in Presseunternehmen wie in der übrigen Wirtschaft müssen erreicht werden. Gleichzeitig ist jedoch auch der die leitenden Angestellten betreffende Paragraph neu zu fassen, daß wirklich nur Redakteure in arbeitgeberähnlichen Funktionen von ihm betroffen werden. Die Bedenken journalistischer Standesorganisationen, die redaktionelle Freiheit könnte durch Betriebsratsbeschlüsse eingeengt werden, sind aus einem so umgestalteten Betriebsverfassungsgesetz nicht begründet. Befürchtungen von Verlegern, die Betriebsräte könnten künftig in ihre Grundsatzkompetenz eingreifen, werden durch die Praxis in solchen

Verlagen widerlegt, die den Tendenzbetriebsparagrafen schon jetzt unbeachtet lassen. Unter ihnen befinden sich auch Großunternehmen im Multi-Media-Bereich. Gegensätze, wie sie zwischen den Mitarbeitern der Technik und anderer Verlagsabteilungen und den durch Redaktionsstatute bevorrechtigten Journalisten bereits aufkommen, würden durch solche Verbesserungen des Betriebsverfassungsgesetzes gemildert werden.

Mit der Vorlage eines Entwurfs für ein Presserechtsrahmengesetz — angekündigt in der Regierungserklärung — hat die Bundesregierung lange gewartet. Die Tarifpartner sind aufgerufen, den ersten Schritt zu tun. Was sie an Regelungen für die „innere Pressefreiheit“ in einem Kompetenzabgrenzungsvertrag finden, kann das Gesetz als Minimum festschreiben. Die Tarifpartner brauchen weiteren Spielraum für künftige Entwicklungen, vor allem für die Einbeziehung auch der Zeitschriftenverlage und für beispielhafte Vorschläge, wie Meinungsvielfalt in solchen Presseorganen zu sichern ist, die auf einem Markt ohne Konkurrenten erscheinen. Die Zahl der Städte und Landkreise, in denen nur eine Lokalzeitung verlegt wird, wächst und wird weiter wachsen. Die Zusammensetzung der Redaktionen muß daher — neben Landespresseausschüssen und anderen Einrichtungen — dafür Gewähr bieten, daß diese eine Zeitung nicht einseitig orientiert ist. Der Grundsatzkompetenz Ihrer Verleger müssen Grenzen gezogen werden. Großverleger, die Lokalzeitungen aufkaufen, sind der gleichen Verpflichtung zu unterwerfen. Was die Tarifpartner nicht untereinander regeln können, wird der Gesetzgeber zu übernehmen haben. Für diese Bundesregierung und diesen Bundestag ergibt sich also eine klar beschreibbare Folge von Schritten: Neuregelung der Altersversorgung für Journalisten aller Medien, Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes im Tendenzbetriebschutzparagrafen, Verabschiedung eines Presserechtsrahmengesetzes, in dem die „innere Pressefreiheit“ — möglichst auf der Grundlage tarifvertraglicher Regelungen — abgesichert und die Meinungsvielfalt in Redaktionen von Monopolblättern garantiert wird. Daß außerdem die Existenz mittlerer Verlagsunternehmen durch kreditpolitische und andere Maßnahmen erleichtert werden kann, zeigt die Praxis der letzten Jahre. Wie wirksam eine Verstärkung dieser Hilfen in Richtung auf mehr Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt

sein würde, läßt sich allerdings nicht mit Sicherheit voraussagen. Um diese beiden wichtigen Ziele zu erreichen, ist die gesteigerte Mobilität der Journalisten zwischen den Medien und zwischen den verschiedenen Verlagen und Anstalten von wesentlich höherer Bedeutung. Das gilt allerdings auch für eine bessere Journalisten-ausbildung, für die der Gesetzgeber wenig oder nichts tun kann.

**Heinz Ruhnow**

## SPD und Massenmedien

Demokratie ist nur möglich mit dem informierten Bürger, der ein großes Angebot an Information und verschiedenartigen Meinungen zur Kenntnis bekommt, um sich ein eigenes politisches Urteil bilden zu können. So gesehen, erfüllen die Massenmedien in der Gesellschaft unserer Tage eine öffentliche Aufgabe und tragen öffentliche Verantwortung. Sie dürfen deshalb im Interesse des Bürgers nicht völlig ökonomisch-technischen Prozessen ausgeliefert werden.

Wenn man sich die Verbreitung der Massenmedien ansieht, muß man feststellen, daß rein quantitativ die Voraussetzungen für umfassende Information noch nie so gut waren. Dennoch gibt es seit langer Zeit eine ausführliche und tiefe Diskussion über die Massenmedien. Dabei geht es um vier Problemkreise:

1. Die wachsenden Ansprüche der Informationskonsumenten und die produktions- und vertriebstechnischen Verfahren haben einen Zwang zu wachsender Konzentration ausgelöst. Dadurch konzentrierte sich die Verfügungsmacht in immer weniger Händen, und so ist es verständlich und notwendig, daß wir über die Entwicklung und Steuerung von Prozessen auf dem Gebiet der Massenmedien miteinander diskutieren und nach Antworten suchen, die von der Verantwortung für unsere Demokratie ausgehen.
2. Es zeigt sich, daß durch die Zusammenballung von Macht wesentliche journalistische Grundregeln unter die Räder kommen. Es gibt in den letzten Jahren und Monaten ganz unabhängig von den jeweils politi-

# Leske Verlag Opladen

## Reihe Aktuelle Außenpolitik

Schriftenreihe des Forschungsinstituts  
der deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

---

### **Außenpolitik nach der Wahl des 6. Bundestages**

Mit Beiträgen von Kurt Birren-  
bach, Albrecht Dürren, Otmar  
Emmlinger, Hartmut Jäckel,  
Ulrich Scheuner, Klaus Schütz,  
Theo Sommer, Gilbert Zieburg  
129 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

### **Europas Zukunft Europas Alternativen**

Sechs Denkmodelle für das  
Westeuropa der siebziger Jahre  
Hrsg. von Alastair Buchan  
166 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

### **Mittlere Mächte in der Weltpolitik**

1969. 156 Seiten.  
Kartoniert 9,80 DM

### **Walter Osten Die Außenpolitik der DDR**

Im Spannungsfeld zwischen  
Moskau und Bonn  
125 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

### **Eberhard Schulz Hans Dieter Schulz Braucht der Osten die DDR?**

119 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

### **Viktor E. Meier Neuer Nationalismus in Südosteuropa**

154 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

### **Prognosen für Europa**

Die siebziger Jahre zwischen  
Ost und West  
Mit einem Vorwort von  
Helmut Schmidt

140 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

### **Karl E. Birnbaum Frieden in Europa**

Voraussetzungen –  
Chancen – Versuche  
146 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

### **Arnold Kramlich Die Zukunft der Nichtatomaren**

Zur Situation nach dem  
Kernwaffensperrvertrag  
164 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

### **Europäische Sicherheitskonferenz**

Hrsg. H.-P. Schwarz und  
H. Heffendorn  
157 Seiten. Kartoniert 9,80 DM

schen Verhältnissen unzählige Beispiele für die Verletzung der Grundregeln der Objektivität, der Fairness, der Ausgewogenheit und der Vollständigkeit. Die Konsumenten – nämlich die Leser – spüren das. Der Auflagenrückgang gewisser Kaufzeitungen zeigt an, wie die Leser darauf reagieren. Eigentlich ein positives Zeichen. Trotzdem bleibt die Position der Leser gegenüber den Monopolzeitungen unbefriedigend.

3. Ohne ein großes Maß an redaktioneller und materieller Unabhängigkeit wird kein Journalist kritisch und verantwortungsvoll schreiben können. Sicherlich wird die Teilung der Machtposition zwischen Verleger und Journalisten dieses Problem allein nicht lösen, da der Bereich der sogenannten „inneren Pressefreiheit“ zu sehr mit dem Konzentrationsprozeß verbunden ist.
4. Die Auseinandersetzung in den USA über die Veröffentlichung der Pentagon-Papiere hat das Verhältnis von Staat und Massenmedien wieder in den Vordergrund gebracht. Einer der Bundesrichter bestätigte, daß die New York Times und die Washington Post richtig gehandelt hätten, denn die Verfassungsväter wollten den Schutz der freien Presse. Die Presse solle den Regierten dienen, nicht den Regierenden.

\*

In der Entwicklung der Presse zeigen sich die gleichen Tendenzen wie in der übrigen Wirtschaft: Bei steigender Auflage geht die Anzahl der Zeitungen und Presseunternehmen zurück. Während die jeweilige Auflage der Tages-, Sonntags- und Wochenzeitungen auf heute rund 22 Millionen stieg, reduzierte sich die Zahl der Zeitungen von 1252 im Jahre 1965 auf knapp 1000. Eine Analyse dieses Prozesses ergibt, daß sich  $\frac{2}{3}$  der Auflage – also ca. 15 Millionen – auf rund 45 Zeitungen mit einer Auflage von jeweils mehr als 100 000 Stück konzentrieren. Auch die Zahl der selbständigen Vollredaktionen schrumpfte – von 225 im Jahre 1964 auf 143 im Juni dieses Jahres.

Der Konzentrationsprozeß wird im sogenannten regionalen und lokalen Markt besonders deutlich. In einem Drittel aller Landkreise und kreisfreien Städte der Bundesrepublik gibt es nur noch eine regionale bzw. lokale Zeitung. Hier lebt etwa ein Viertel der Bürger der Bundesrepublik. In Rheinland-Pfalz haben sogar mehr als 50 Prozent der Bevölkerung keine Auswahlmöglichkeit mehr unter mehreren

Regional- oder Lokalblättern. Die eigentliche Problematik dieser Entwicklung wird durch die neuesten Meinungsumfragen sichtbar: ca. 90 Prozent der Bevölkerung erhalten ihre Informationen über landes- oder lokalpolitische Ereignisse eben aus diesen Regional- und Lokalzeitungen.

Es liegt auf der Hand, daß das Informationsangebot besonders im regionalen und lokalen Bereich um so einseitiger wird, je geringer die Konkurrenzsituation ist. Gegenseitige Abhängigkeiten, Interessentendruck und handfester Lobbyismus haben weitgehend Einfluß auf den Inhalt der Zeitung.

Die überregionalen Publikumszeitschriften und die politischen Magazine verzeichnen im Gegensatz zu den Tages- und Wochenzeitungen einen noch stärkeren Konzentrationsprozeß. So teilen sich Bauer (ca. 31 Prozent), Springer (ca. 13 Prozent) und Gruner + Jahr (ca. 10 Prozent) mit der Verlagsgruppe Burda (ca. 10 Prozent) rund  $\frac{2}{3}$  der Gesamtauflage aller Publikumszeitschriften und politischen Magazinen. Bezieht man den Marktanteil des Springer-Konzerns von ca. 24,5 Prozent bei Tages- und 97 Prozent bei den Sonntagszeitungen in die Betrachtung ein, so gewinnt die Vision eines zwischen einigen wenigen Multi-Media-Konzernen aufgeteilten Pressemarktes deutliche Konturen.

Im Übrigen ist es fast unmöglich, vergleichbare Zahlen als Beurteilungsunterlage zusammenzustellen. Man ist überwiegend auf „private Quellen“ angewiesen. Die vor einigen Jahren entstandenen offiziellen Dokumente sind nur in ungenügender Weise fortgeschrieben worden. Es ist deshalb ein dringendes Bedürfnis, allgemein anerkannte – well objektiv ermittelte – Daten zur Verfügung zu haben. Deshalb sollte als eine der vordringlichsten Aufgaben das Gesetz über die Zeitungstatistik möglichst bald verabschiedet werden.

\*

In den letzten Jahren hat sich ein publizistisches Gleichgewicht entwickelt: Fernsehen und Hörfunk auf der einen Seite, Tageszeitungen und Zeitschriften auf der anderen.

Überall dort, wo die strukturell unterschiedlichen Kommunikationsträger, nämlich der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die privatwirtschaftliche Presse, miteinander konkurrieren, hat sich dies zum Vorteil für die Bürger ausgewirkt. Es kann, insbesondere was den überregionalen Bereich angeht, keine Nach-

richt zurückgehalten werden. Entweder wird sie am selben Tage noch durch die aktuellen Sendungen des Fernsehens oder am nächsten Morgen durch eine Zeitung veröffentlicht.

Wenn wir schon davon ausgehen müssen, daß sich die technische und ökonomische Konzentration nicht aufhalten läßt, so muß die Trennung der Trägersysteme auf jeden Fall erhalten bleiben. Jede Vermengung, die hier und dort in der Diskussion ist, führt zu unübersehbaren Konsequenzen. Jedem Versuch, den Rundfunk \*) ganz oder teilweise zu privatisieren, muß entschiedener Widerstand entgegen gesetzt werden. Dies gilt vor allem für die Zukunft. Da sind die Möglichkeiten der Nachrichtensatelliten, des Giga-Hertz-Bereichs, des Kabelfernsehens und der audio-visuellen Kommunikationssysteme: Sie müssen auf jeden Fall den öffentlich-rechtlichen Unternehmen vorbehalten bleiben, soweit sie – im Sinne des gesetzlichen Rundfunkbegriffes – „für die Allgemeinheit bestimmte Veranstaltungen und Darbietungen“ verbreiten.

Es muß überlegt werden, ob nicht durch Rahmengesetz der Rundfunkbegriff festgelegt werden kann. Auch das Bundesverfassungsgericht hat im Streit um die Mehrwertsteuer erst kürzlich wieder seinen Standpunkt aus dem Jahre 1961 bekräftigt. Es kann jedenfalls nicht jedem Bundesland allein überlassen bleiben, was es unter den „für die Allgemeinheit bestimmten Veranstaltungen und Darbietungen“ verstehen will.

Die Sicherung einer gewissen Monopolstellung darf indessen nicht ausschließen, daß bestehende oder neu hinzukommende Möglichkeiten der Funk- und Fernmeldetechnik auch privatwirtschaftlich nutzbar gemacht werden können. Da ist zum Beispiel die Übermittlung von Daten und Informationen an bestimmte Empfängerkreise, zum Beispiel Konferenzsysteme, Fernsehtelefon, Datenfernverarbeitung und eines Tages auch die faksimilierte Zeitung. Die audio-visuellen Aufzeichnungs- und Wiedergabesysteme werden für die Entfaltung privatwirtschaftlicher Initiative eine besondere Bedeutung erhalten. Dies gilt vor allem für den Unterhaltungssektor. Für sie müssen, wenn die Produktion schon Privatunternehmern überlassen wird, aber verbindliche öffentliche Zulassungskriterien geschaffen werden.

\*) Unter den Oberbegriff Rundfunk fallen sowohl Hör- als auch Fernsehfunk.

Wie aus dem Zahlenmaterial hervorgegangen ist, hat der eigentliche Konzentrationsprozeß in den letzten Jahren auf dem Gebiet der regionalen und lokalen Presse stattgefunden. Hier sind die Gefahren größer als bei den bundesweiten Tageszeitungen und Zeitschriften, da es das Korrektiv des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kaum gibt. Es wäre deshalb dringend notwendig, daß lokale und regionale Rundfunkprogramme entwickelt werden, um das publizistische Gegengewicht, das im überregionalen Bereich besteht, auch hier zu schaffen.

✱

Der lokale Rundfunk allein kann aber nicht genügen, um den Mißbrauch oder die Alleinstellung einer Zeitung oder eines Konzerns in einer Region auszuschließen. Die Fusionskontrolle, d. h. die Verhinderung des Zusammenschlusses von Zeitungsunternehmen oder deren nachträgliche Entflechtung erscheint manchem als probates Mittel. Auf der einen Seite bedingen technologische Entwicklungen und die allgemeine Kostenprogression eine ständige Ausweitung der Betriebsgrößen, zum anderen läßt sich nicht leugnen, daß – zumindest von der Theorie her – eine Redaktion um so leistungsfähiger sein kann, je stärker und besser sie besetzt ist. Die Vielfalt der Zeitungen bedeutet eben nicht notwendigerweise auch Vielfalt der Information und Meinungen. Nicht jede Fusion muß im Sinne der Aufgabenstellung einer Zeitung und von den Interessen des Bürgers her betrachtet ein negatives Ergebnis haben. Auf jeden Fall muß aber in diese Vorgänge mehr Licht gebracht werden. Die Offenlegung der Vermögensverhältnisse in regelmäßigen Abständen und die rechtzeitige öffentliche Anmeldung von Fusionsvorgängen sind dabei wichtige Hilfsmittel.

✱

Die sogenannte Fusionskontrolle, d. h. das Verbot von Zusammenschlüssen, wird sich allerdings wohl auf „Mammutgrößenordnungen“ beschränken müssen. Auch hier sind die Möglichkeiten des Staates begrenzt; er kann zwar theoretisch Zusammenschlüsse verbieten, jedoch nicht verhindern, daß das Erscheinen von Zeitungen eingestellt wird. Es sei denn, man wolle einer staatlichen Subvention auch für wirtschaftlich kranke Unternehmen das Wort reden.

Eine solche Subventionspolitik sollten wir nicht anstreben, denn damit wäre die Gefahr publizistischen Einflusses aufgrund wirtschaftlicher

Abhängigkeit nur im Ansatz verschoben, nicht aber beseitigt, und die Verführung für — ganz gleich wie immer — zusammengesetzte Regierungen nicht von der Hand zu weisen.

Zu untersuchen wäre noch, wie weit es möglich gemacht werden könnte, Vertriebsorganisationen von den eigentlichen Verlagen zu trennen. Auch könnte man sich ein Verbot der gleichzeitigen Herausgabe von Tageszeitungen und Zeitschriften im selben Verlag vorstellen.

Wie immer man auch den Erfolg dieser Maßnahmen beurteilt — die einen sind optimistischer, die anderen pessimistischer —, lokale und zum Teil auch regionale Monopole werden bleiben. Nicht nur dies, es werden noch einige hinzukommen. Damit wird die Gefahr der unfairen und nicht ausgewogenen Berichterstattung verstärkt.

Ich würde deshalb den von Peter Glotz in früheren Jahren bereits gemachten Vorschlag aufgreifen, in allen Ländern Landespresseausschüsse einzurichten. Diese Ausschüsse sollten von allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen getragen werden. Hauptsächlich sollten sie sich mit den Zeitungen beschäftigen, die lokale oder regionale Monopolstellungen haben. Das wichtigste Recht dieser Landespresseausschüsse müßte darin bestehen, ihre Stellungnahme zur „fairen Berichterstattung und Ausgewogenheit der Meinungsveröffentlichung“ in den betreffenden Zeitungen abdrucken zu können.

Mit Sicherheit wird das Geschrei von der Zensur angestimmt werden. Nichts liegt jedoch den Verfechtern dieses Vorschlages ferner als dies. Den Inhalt einer Zeitung verantwortet die Redaktion, und dies muß auch in Zukunft so bleiben. Aber gerade eine Redaktion in einem Monopolgebiet wird ein eigenes Interesse daran haben, anderen unabhängigen Einrichtungen die Gelegenheit zu geben, sich kritisch zur Art der Berichterstattung zu äußern. Dies kann — wenn man es richtig verstehen will — die Qualität der Redaktionsarbeit nur fördern.

Aber auch hinsichtlich der Kontrolle der Rundfunkanstalten durch die dort vorhandenen Aufsichtsgremien sollten wir sehr kritisch die Entwicklung der letzten Jahre überdenken. Immer mehr finden sich in den Selbstverwaltungsorganen der Anstalten Mitglieder der Parlamente bzw. der Landesregierungen. Eigentlich — und dies war die Konzeption — sollten in diesen Gremien alle gesellschaftlich relevanten Kräfte vertreten sein. Die Entwicklung der

letzten Jahre führte aber doch dazu, daß die Bandbreite der Gesichtspunkte und Beurteilungskriterien in diesen Selbstverwaltungsgremien unnötig eingeschränkt wurden. Hier wäre etwas mehr Zurückhaltung der Landesparlamente durchaus wünschenswert. Denn zu leicht gerät die Aufsichtspflicht über die Anstalt und deren Programm in das Spannungsfeld sehr enger parlamentarischer Auseinandersetzung.

✱

Durch Redaktionsstatute sollten die Kompetenzen zwischen Verleger und Redaktion und damit der ökonomische und publizistische Einflußbereich nach klaren Kriterien bestimmt und gegeneinander abgegrenzt werden. Solche Redaktionsstatute müßten den Verleger verpflichten, Grundsätze der publizistischen Haltung seiner Publikationen festzulegen und zu veröffentlichen. Diese Grundsätze müßten zum Bestandteil der Anstellungsverträge der Redakteure werden. Ihnen müßten dann auch besondere Rechte erwachsen, falls die grundsätzliche publizistische Haltung etwa beim Eigentumswechsel verändert wird. Die tägliche Arbeit der Redaktion muß grundsätzlich frei bleiben von Einzelanweisungen durch den Verleger. Insbesondere darf kein Redakteur gezwungen werden, etwas gegen seine Überzeugung zu schreiben oder presserechtlich zu verantworten. Dies darf allerdings nicht dazu führen, daß er seiner journalistischen Verpflichtung zur umfassenden Information etwa unter Berufung auf seine Überzeugung nicht nachkommt. In jedem Fall muß klar sein: Redaktionsstatute ersetzen weder die Mitbestimmung der Belegschaft, noch dürfen sie zur Auflösung der Gesamtsolidarität der Arbeitnehmer eines Unternehmens führen. Das Zeugnisverweigerungsrecht der Journalisten muß gesetzlich gesichert werden; andernfalls würden sie viele Informationen gar nicht erhalten. Schließlich sollte der Gesetzgeber unverzüglich die Altersversorgung zwischen den einzelnen Medien harmonisieren. Heute wechselt mancher Journalist schon seinen Arbeitsplatz deshalb nicht, weil er dann die bis dahin erworbenen verlagsinternen Rechte verlieren würde.

✱

Der Anspruch auf Gegendarstellung ist bisher nur in den Landespressegesetzen, in einigen Rundfunkgesetzen und im Staatsvertrag über die Errichtung des Zweiten Deutschen Fernsehens gesetzlich festgelegt worden. Er muß aber zu einem allgemeinen Bürgerrecht gegen-

über der Presse und dem Rundfunk erhoben und zugleich seine Durchsetzung praktikabler gestaltet werden. Denn jeder Bürger und jede Institution müssen die Möglichkeit haben, unkorrekte, sinntentstellende und unwahre sie betreffende Darstellungen in Presse und Rundfunk richtigzustellen.

Aus der öffentlichen Aufgabe der Massenmedien und der einflußreichen Stellung der Journalisten resultiert eine besondere Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und dem einzelnen Bürger. Die amerikanische Gesellschaft der Zeitungsredakteure hat diese Verantwortung in entsprechende Grundsätze für die journalistische Arbeit umgesetzt: Zu der selbstverständlichen Pflicht einer gründlichen und genauen Berichterstattung gehört auch deren klare Abgrenzung zu Kommentaren. Es wäre ein großer Fortschritt, wenn solche Grundsätze für „verantwortungsbewußten Journalismus“ von den Beteiligten selbst zu Papier gebracht und in der Praxis angewandt würden.

✱

Was ist zu tun?: Zunächst sollte das Presserechtsrahmengesetz als Entwurf der Regierung möglichst bald verabschiedet und dort eine einheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse im Pressewesen verankert werden. Daneben sollte ein Rahmengesetz für die Altersversorgung von Journalisten im gesamten Massenmedienbereich getroffen werden. Bei der Revision des Betriebsverfassungsgesetzes müßte die sogenannte Tendenzklausel neu überdacht werden.

Forschung, Ausbildung und Fortbildung der Journalisten sind bisher in der Diskussion noch nicht genügend beachtet worden. Im Bildungsplan und Ausbau unserer Forschungseinrichtungen muß diesem Komplex größere Bedeutung beigemessen werden.

Unzweifelhaft gehört der öffentlich-rechtliche Rundfunk in die Kompetenz der Länder. Trotzdem gibt es eine Reihe von Problemen, die nur gemeinsam zu lösen sind. Deshalb sollte durch Gesetz nach dem Vorbild der FCC in den USA (Federal Communication Commission) eine Bundeskommission für das Kommunikationswesen geschaffen werden. Diese Kommission sollte für die Vergabe von Sendefrequenzen und fernmeldetechnischen Einrichtungen zuständig sein, die Kommunikationstechnik fördern, den Massenmedienmarkt beobachten und darüber einen Jahresbericht veröffentlichen. Außerdem könnte eine solche Bundeskommis-

sion der Regierung und dem Bundestag Empfehlungen für die Wirtschaftsförderung und die Wettbewerbsregulierung in diesem Teil der Wirtschaft vorschlagen, und schließlich könnte man dieser Kommission die Festsetzung der Gebühren und die Verteilung der Einnahmen auf die einzelnen Rundfunkanstalten übertragen.

✱

Der Vorstand der SPD hat im Juni beschlossen, daß er alle Beteiligungen an Verlags- und Druckunternehmen, die heute über Treuhänder gehalten werden, in einer gemeinwirtschaftlichen Unternehmensgruppe zusammengefaßt werden. Dies würde bedeuten, daß ein Unternehmen im Verlags- und Pressewesen mit einem Jahresumsatz von etwa 500 Millionen DM und einer Auflage an Tages- und Wochenzeitungen von 1,2 Millionen Exemplaren entstehen könnte.

Ein solches Unternehmen wird aber nur dann ein entscheidender Faktor auf dem Massenmedienmarkt werden, wenn die Bereitschaft besteht, mit einigen Tabus zu brechen. Zeitungen müssen Informationsträger sein und eine Vielfalt von Meinungen darstellen. Die Zeitungen, die in einem Verlag der freien Gemeinwirtschaft herausgegeben werden, haben immer eine bestimmte Grundhaltung, aber ihre Bandbreite muß größer werden als in der Vergangenheit, um eine verantwortliche Redaktionsarbeit möglich zu machen.

Die Leistung von Unternehmensführung und Mitarbeitern sollte in den Vordergrund gestellt werden. Eine solche Unternehmensgruppe muß also nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten organisiert werden. Nur wenn sie wirtschaftlich gesund ist, wird sie die Chancen wahrnehmen können, die sich im Wettbewerb mit den anderen in Zukunft ergeben. Eine Unternehmensgruppe dieser Art muß auch mit anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen zusammenarbeiten und gegebenenfalls zu Kooperationen auf dem Medienmarkt bereit sein.

In den Betrieben dieser Unternehmensgruppe würden etwa 10 000 Mitarbeiter tätig sein. Sie müssen an den wirtschaftlichen Entscheidungen beteiligt werden. In dem Grundsatzbeschluß wurde deshalb festgestellt, daß auch Vertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat einer solchen Unternehmensgruppe vertreten sein werden.

Wird Neustrukturierung richtig angefaßt, kann

hier ein entscheidendes Gewicht im deutschen Pressewesen entstehen. Das wäre der konstruktivste Beitrag, den Sozialdemokraten zur Sicherung von Informationsfreiheit und Meinungsvielfalt für die Bürger der Bundesrepublik leisten könnten.

**Jens Litten**

### **Kassettenfernsehen – kostspielige Fehlgeburt eines neuen Mediums?**

Vor nicht einmal Jahresfrist wurde es noch überschwänglich gefeiert: das große Mißverständnis vom neuen Medium „Kassettenfernsehen“, das bei näherem Zusehen als nichts anderes sich herausstellt als ein auf den neuesten Stand der elektronischen Dinge gebrachtes Heimkino. Immerhin hat diese „Revolution des elektronischen Zeitalters“ ein neues Medienbewußtsein hervorgebracht oder praktischer ausgedrückt: die politische Dimension der audiovisuellen Medien hat auch in der SPD eine breite Resonanz gefunden. Wo aber so viel von Gefahren geredet wird, sollte zunächst von Nutz und Frommen gesprochen werden, um eine nüchterne Perspektive zu gewinnen. Die verschiedenen, zur Zeit noch sehr kostspieligen und kaum marktreifen AV-(audio-visuellen)-Verfahren unterscheiden sich aus der Sicht des Konsumenten wesentlich nur in einer Hinsicht: entweder eignen sie sich zur Aufzeichnung von ausgestrahlten Programmen der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten oder zum Abspielen vorproduzierter Filme, seien es nun eigene Ferienproduktionen oder aber Unterhaltungs- und Lehrstücke von Millowitsch bis hin zum Programmierer-Lehrgang. Von einer Programmstruktur aber, von einer Konkurrenz gar zu den drei Fernsehprogrammen, kann heute noch überhaupt keine Rede sein. Programminvestitionen scheinen auch erst dann sinnvoll, wenn erstens der Streit über die geeignete „hard ware“ (in bezug auf Aufzeichnungs- bzw. Abspielverfahren) entschieden ist und zum anderen hinreichende Untersuchungen über das Programmbedürfnis vorliegen; denn im Unterschied zu den Fernsehanstalten,

die eine durch „Infratest“ scheinbar abgesicherte „Programmiktatur“ betreiben können und ihre Sendungen nicht an der Aufnahmefähigkeit der letzten Bank, wohl aber an der test-erfragten Zustimmung des letzten Fernsehsessels orientieren, müssen Kassetten-Programmgestalter sehr gezielt spezifische Adressatengruppen ansprechen, um nicht im Handumdrehen in den roten Zahlen zu landen. Das beste Beispiel dafür, wie sehr am Markt vorbeiproduziert werden kann, ist das medicolloc-Programm der Ullstein-AV, von dem Fachleute heute schon übereinstimmend meinen, daß es unbrauchbar ist.

Vom Unterhaltungssektor, der nur in der Massenproduktion nennenswerte Renditen verspricht, braucht an dieser Stelle nicht weiter gesprochen zu werden, weil ein Massenbedarf an Kassetten-Abspielgeräten erst dann geweckt werden kann, wenn die Gerätehersteller die Haushalte mit farb-tüchtigen Fernsehgeräten versorgt haben. Nur, mit der Bedürfnisweckung bzw. der ihr folgenden -befriedigung hapert es noch gewaltig; bleibt zu hoffen, daß Olympia '72 hier noch kräftig auf die Bedürfnissprünge hilft. Es ist schon etwas Eigenes mit dem Markt und seinen ehernen Gesetzen, von denen uns die Ohren klingen, gegen die zu verstoßen aber bei Strafe des Ausschlusses vom Wettbewerbsreigen verboten ist.

Bleibt also, auf Minderheiten zu achten, nicht auf die politisch unliebsamen, sondern jene finanzkräftigen und bildungsbefflissenen, die den Bildungsmarkt besetzt halten. Nun verstößt es auch wieder gegen Gesetze, in diesem Falle gegen die der progressiven politischen Sprachregelung, von einem Markt der Bildung und Ausbildung zu sprechen, nur, er ist vorhanden, und auf ihm werden in absehbarer Zukunft die eigentlichen gewinnträchtigen Investitionen getätigt, nicht etwa zur Befriedigung eines vorgeblich wertfreien unpolitischen Bedürfnisses nach Ablenkung und Entspannung, sondern zur Deckung eines sehr handfesten Bedarfs an mobilitätsorientierter Aus- und Fortbildung, verbunden mit einer potentiell sehr schlagkräftigen unter der Hand servierten politischen Indoktrination.

Noch beschränken sich „hard ware“- wie „soft ware“-Hersteller auf harmlos klingende Kooperationspläne und -verträge, aber die ersten Multi-Media-Konzerne (mit firmeneigenen oder -abhängigen Geräteherstellern) zeigen schon Kontur, und hier hört die Harmlosigkeit endgültig

tig auf. Wer in der Lage ist, etwa den Geschichts- und Gegenwartskundeunterricht vom 8. bis zum 10. Grundschuljahr im Medienverbund aufzubereiten, hat die einmalige Chance, ganze Jungwählergenerationen in ihrer Einstellung zu Staat und Gesellschaft vorzuprogrammieren und auf lange Sicht den rechten Parteien zum rechten Wahlscheinkreuz zu verhelfen. Glaube man doch bitte nicht an den korrigierenden, d. h. differenzierenden Einfluß des verantwortungsbewußten Lehrers. Es ist eine simple und nicht allzu vergrößerte Feststellung, daß es eine Frage des Bildschnitts ist, welche Einstellung vermittelt wird.

An folgendes uraltes Beispiel sei hier nur erinnert. Unkommentiert läuft folgende Szene ab: Ein Mann schaut sich suchend um, läuft dann schnell zu seinem Wagen und fährt in rasendem Tempo davon — ein Peterwagen mit Blaulicht fährt mit demselben Tempo durch die Szene. Fährt nun zuerst der Peterwagen und hört man, während sich der erwähnte Mann suchend umblickt, noch das Martinshorn, ist die Verbindung hergestellt: Neugleriger Reporter folgt Peterwagen in der Hoffnung auf Sensationsmeldung! Ist dagegen zuerst der Mann und dann der Peterwagen zu sehen, drängt sich der Eindruck auf: Polizei verfolgt flüchtigen Verbrecher! Wie sehr mit dem scheinbar objektiven Bild manipuliert werden kann, beweist in schöner Gleichmäßigkeit jede Woche aufs neue das ZDF-Magazin. Und wollen dort pathetisch angerufene Zeugen ausnahmsweise nicht einmal ganz der Meinung des Pamphletus rector der deutschen Rechten, *Gerhard Löwenthal*, sein, gibt es einen Umschnitt. So einfach ist das, und es muß nicht einmal elegant vorexerziert werden.

Übertragen auf unser Thema heißt das: es ist müßig, auf den Papierdrachen Kassettenfernsehen als Konkurrenz zu unserem, wie es heißt, beispielgebenden öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu starren, wenn in Unterricht und Fortbildung erst audio-visuelle Zeichen von einigen Mammutverlagen gesetzt werden, die dann mit der Demutsgebärde des Hinweises auf den Sachzwang Irreversibel werden. Was wir also brauchen, sind medienereferente Referenten in den Kultusbürokratien, denen man nicht das bekannte X eines O-Tones für das bekannte U eines Kommentartextes vormachen kann, und die auch nicht auf das sattnahme Gerede von filmischen Notwendigkeiten hereinfließen. Sicher ist der Gedanke, auf dem Wege über

AV-Unterricht ließe sich statt einer ‚deutschen‘ nun eine ‚christdemokratische‘ Physik verkaufen, lächerlich; doch im Bereich der „geisteswissenschaftlichen“ Unterrichtsfächer, aber auch in der Erwachsenenbildung und der betrieblichen Aus- und Fortbildung läßt sich mit dem bewegten Bild sehr viel eher mogeln, als es mit der Sprache, die immer schon ein gewisses Abstraktionsvermögen verlangt, möglich ist.

Zu diesen eher kurzfristigen müssen allerdings auch längerfristige Überlegungen treten, um das Bild abzurunden. Neben dem Unterhaltungs- und Bildungsbedürfnis gibt es selbstverständlich auch ein aktuelles Informationsbedürfnis, das, ist der Kassettenmarkt erst einmal stabilisiert, in der Hand unkontrollierter Monopolisten unerträglichen Manipulationsversuchen Vorschub leistet.

In der jüngsten Vergangenheit hat nun die SPD ein beachtliches Ungeschick im Umgang mit dem Fernseh-Allerheiligen Proporz bewiesen. Anders ist wohl kaum zu erklären, daß das ZDF eine offene CDU-Gesellschaft geworden ist, in der sich nur noch Konservative und Reaktive um Nuancen ihres Weltbildes streiten. Ist es schon unerträglich genug zu beobachten, wie Fernsehredakteure und -moderatoren elektronisch vermittelte Breitenwirkung mit politischer Verantwortung verwechseln, ist der Gedanke eines nicht allzu fernem Tages, den Bericht aus Bonn kassettengerecht verpackt aus Springer-Redaktionsstuben oder aus der Multi-Media-Retorte des Hauses Bertelsmann serviert zu bekommen, schier alptrückend. Die Pseudo-Objektivität des Fernsehens, die einen nicht unerheblichen Prozentsatz der Fernsehkonsumenten zu der Annahme verführt, *Köppe* für eine Art *Ahlers* fürs Heim zu halten, dürfte sich mit einigen Abstrichen auch auf die Kasette übertragen lassen.

Es wäre daher nur vernünftig, wenn sich die SPD dazu entschliesse, statt mit wirkungslosen vorbeugenden Maßnahmen gegen die Fusion herumzulaborieren, ihre tantenhafte Zurückhaltung in Sachen Medienpolitik aufzugeben und sich auf eine eigenständige AV- (audio-visuelle) Informationspolitik vorzubereiten, mit Hintergrundberichten für die Mitgliedschaft und einer aktuellen Berichterstattung für die interessierte Öffentlichkeit.

Das Maß an Aktualität ist dabei direkt abhängig von der Produktions- bzw. Umschlags- oder Verbreitungsmöglichkeit. Sollte sich das zum

Zentralkino verkommene Fernsehen auf seinen Informationsauftrag zurückbesinnen – Bestrebungen sind in der ARD-Bürokratie offenbar im Gange – hat die Tagesaktualität ihren Platz wieder an dem Ort, wo sie eigentlich hingehört. Die Aktualität der Reportage vor Ort und zum Zeitpunkt des Geschehens kann die Kassette nie einholen. Dagegen kann sie eine neue Form des politischen Features kreieren: die kommentierte Zusammenfassung der Geschehnisse einer Woche, eines Monats, einer Legislaturperiode. Dieses Feature kann verzichten auf das seldenwelche Gewand der politischen Neutralität des unbefangenen Redakteurs, dessen Aufgabe es nur zu oft ist, Konflikte hinwegzudifferenzieren; dieses Feature ist erklärte Meinungsmache und wird als solche vermittelt.

Das muß nun nichts mit Schönfärberei und der Sing-out-Mache von Wahlkampfspots zu tun haben; ehrliche, programmatische Meinung ist für den Interessierten Zuschauer aber ungleich verdaulicher als das Sowohl-als-auch sogenannter politischer Berichterstattung im Fernsehen, die es weiter geben wird und zur Abrundung des politischen Horizonts auch geben soll.

Sicher kann diese Art politischer Berichterstattung nicht Abklatsch des herkömmlichen Parteizeitungsstils sein; sie würde unweigerlich ihren Adressaten verfehlen. Hier gehört neben die aktuelle Information das Streitgespräch zwischen Politikern unterschiedlicher Couleur und das Interview, das nicht getragen wird von dem bittenden Unterton des Journalisten: „*Ich hoffe, keine ungehörige Frage zu stellen, wenn ich jetzt sage ...*“

Eine adäquate, medienadäquate Informationspolitik zu entwickeln, braucht Zeit, aber mit dem Üben kann schon begonnen werden. Mit den AV-Fachzeitschriften wird jetzt der Anfang gemacht, gibt es erst die AV-Tageszeitung, ist es zum Nachdenken und Planeschmieden zu spät. In einer Zeit, in der es nicht nur Präsentationen von Waren, sondern eben auch von Politik gibt, hat eine Partei und eine Regierung, die ihre Politik nicht zu „präsentieren“ weiß, keine Überlebenschance. Das kulturpessimistische Gerede vom Verdummungseffekt des Fernsehens geht an der lernpsychologischen Einsicht vorbei, daß wir mit dem Auge ungleich mehr lernen als mit dem Ohr, und wer's nicht wahrhaben will, sei auf die einschlägigen empirischen Untersuchungen verwiesen. Auch Infor-

mationen wollen „gelernt“, nämlich aufgenommen und verarbeitet werden.

Wer heute die Nase darüber rümpft, daß die AV-Bild-Zeitung so sicher kommt wie das Amen in der Kirche, hat aus der jüngsten publizistischen Vergangenheit nichts gelernt. Hat er dann keine Alternative anzubieten, soll er sich aber auch bitte nicht über die Folgen beklagen.

Eine pragmatische AV-Informationspolitik wird daher nicht an Instinkte, wohl aber an die Lernbereitschaft appellieren, ohne diese unnötig zu strapazieren. Hier kommt es auf das sichere Zusammenspiel von Informationsmache und -ästhetik an. Gleichzeitig dürfte es nicht schaden, die bereits erwähnte Lernpsychologie zu bemühen, wenn es darum geht, komplexe Zusammenhänge jener großen Mehrheit zu vermitteln, die nicht in den Genuß unserer Bildungsprivilegien gelangt ist.

Das zu verstehen und richtig umzusetzen, braucht es auch keines „Guru“ vom Schlage eines *McLuhan*, der mit seinen einprägsamen, nichtsdestoweniger aber empirisch unhaltbaren Unterscheidungen von „cold“ und „hot medium“ mehr zur Verwirrung unter Medienphilistern als zur Erforschung der Einflußmöglichkeiten der AV-Medien beigetragen hat.

Zusammenfassend können wir daher feststellen: Es ist kein neues Medium auf die Welt gekommen; die bestehenden haben ihre Verbreitungsmöglichkeit vergrößert. Das Konzept einer AV-Informationspolitik muß nicht von vielen grauen Köpfen an grünen Tischen erörtert und zu Tode formuliert werden. Zeit, Konzepte praktisch zu erarbeiten, bleibt so lange, bis der Markt endgültig geschlossen ist. Den halten keine Gesetze auf und keine Umwälzungspropheten. Niemandem aber ist verwehrt, ihn seinen Gesetzen entsprechend zu nutzen. Die AV-Medien schaffen sich ihre Öffentlichkeit, sofern sie diese nicht bereits besitzen.

Aufklärung, das große Zauberwort der sechziger Jahre, hat im AV-Zeitalter eine reelle Chance. Nur vollzieht sie sich nicht im keimfreien Raum einer von Äußerlichkeit befreiten Pseudo-Innerlichkeit kleiner gelehrter Zirkel, sondern unter den wachsamen Augen der *Springer, Boenisch & Cie.* Denen gilt es, die Flügel zu stützen, nicht mit theoretischem Wortgeklingel sondern mit einer pragmatischen Informationspolitik, die ihren Adressaten erreicht.

## Medienpolitische Maßnahmen werden immer schwerer

Eine funktionierende Demokratie setzt Öffentlichkeit voraus – Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen und von Informationen. Die Vermittlung von Informationen ist allerdings nicht nur Beeinträchtigungen von außen ausgesetzt, zum Beispiel durch Regierungen. Funktionierende Öffentlichkeit und funktionierende „veröffentlichte Meinung“ – sprich Massenmedien – stehen in einer Wechselbeziehung.

Die Forderung nach Öffentlichkeit kann nicht ausgerechnet vor den Toren eines Unternehmens der Massenkommunikation haltmachen. Wenn man eine hohe Meinung von der Aufgabe der Journalisten hat, wenn man mit dem französischen Philosophen *Paul Ricoeur* der Auffassung ist, daß „*Information eine Voraussetzung der Demokratisierung*“ ist, „*da die Demokratie die Staatsform ist, die der größten Zahl auf jeder Ebene die Mitwirkung an den Entscheidungen sichert*“, dann darf man auch vor der permanenten Gefährdung dieser Funktionen durch ganz andere Kräfte als staatliche Zensurversuche die Augen nicht verschließen. Wenn man der doch wohl unwiderlegbaren Überzeugung ist, daß Zugang zur Information ein staatsbürgerliches Recht (und damit ein unentbehrliches Glied in der Kette von politischer Entscheidung und Kontrolle) und Voraussetzung für die funktionierende Rückkoppelung in der politischen Kybernetik ist, kann man den Widerspruch zur anderen Rolle der Information als Ware, die privatwirtschaftlich und nach dem Gesichtspunkt der Rendite gehandelt wird, nicht übersehen.

Wirtschaftliche und technische Prozesse im Bereich der Massenmedien wirken zusammen in eine Richtung, in der ungeahnte Möglichkeiten der Vervielfältigung, der Verdichtung und der Beschleunigung, aber auch der Manipulation und der Monopolisierung von Informationen liegen. So reizvoll wie paradox *McLuhans* These ist, wonach das Medium die Nachricht ist, so wenig erübrigt sie die Frage nach dem Inhalt der Botschaften, die das Medium außer sich selbst zum Adressaten befördert. Und so zutreffend *Elisabeth Noelle-Neu-*

*mann* den totalen Manipulationsverdacht, der heute weithin anzutreffen sei, für „*das schädliche Gegenstück zur Verharmlosung der Massenkommunikation*“ hält, so berechtigt ist doch auch die Frage, ob manche Überlegungen über die Zählung und die Kanalisierung wirtschaftlicher und technischer Triebkräfte bei der Entwicklung der Massenmedien nicht sehr spät und sehr zaghaft kommen.

Es könnte durchaus sein, daß wir immer noch nach den Lösungen für die Probleme von gestern suchen, wenn uns die Probleme von morgen bereits überfahren. Zu einem Teil liegt das daran, daß die Medienforschung, zum Beispiel was die Wirkungen des Fernsehens anbelangt, zumindest in der Bundesrepublik noch nicht genug entwickelt ist. Zum anderen liegt es an der vornehmen Zurückhaltung des Gesetzgebers in bestimmten Fragen, die selbst schon wieder ein Licht auf die Probleme wirft, die sich in diesem Bereich angesammelt haben. Im Zeitalter der Elektronik und der Satelliten werden Information und ihre Übermittlung immer schneller, immer aktueller, die Möglichkeit jedes einzelnen zur Kommunikation innerhalb des „*Weltdorfes*“ immer einfacher, die Präsenz von Information immer dichter. Damit verschärft sich die Konkurrenz der Medien. Die Zeitung der Zukunft wird, kaum ist sie am Redaktionstisch fertiggestellt, im Hause des Bezuhers „an die Wand gedruckt“ und damit auch schon ausgeliefert. Neue Formen der Speicherung – Kassettenfernsehen, Bildschallplatte – und neue Wege der Übermittlung – Kabelfernsehen, Giga-Hertz-Bereich – vergrößern das Massenangebot und das Interesse privatwirtschaftlicher Interessenten. Mag es, und schon gar im nationalen Bereich, zu früh sein, über die Behandlung von „*Piratensendern*“ zu grübeln, die nicht etwa exterritorial von einem alten Dampfer, sondern extraterrestlich von einem Satelliten ihre Werbespots und Schluger abstrahlen, so ist es sicherlich doch höchste Zeit, über einige andere Entwicklungen im Bereich der Massenmedien nachzudenken.

Seit Anfang der fünfziger Jahre sehen wir der Pressekonzentration in der Bundesrepublik zu. Die Notwendigkeit von Maßnahmen zum Schutz der Meinungsvielfalt, ohne die es keine Meinungsfreiheit gibt, wird nur von wenigen ernsthaft bestritten; daß sie dennoch bis heute nicht ergriffen wurden, läßt beinahe den Verdacht aufkommen, als gehöre der Gesetzgeber sel-

ber schon zu den durch die Konzentration Majorisierten.

Der „Professoren-Arbeitskreis Pressefreiheit“, der in unabhängiger Initiative den „Entwurf eines Gesetzes zum Schutze freier Meinungsbildung“ erarbeitet hat, wies darauf hin, daß gesetzgeberisches Handeln um so dringender nötig, aber auch um so schwieriger zum Erfolg zu führen sei, je länger damit gewartet werde. Und: „Es muß bedenklich stimmen, daß Politiker, die in dieser Sache konkrete Maßnahmen fordern, bereits als besonders mutig gelten.“ Doch die Auseinandersetzung mit Problemen wie Konzentration und Fusionskontrolle wird nicht leichter werden, wenn wir es erst mit der geballten Macht von Multi-Media-Konzernen zu tun haben.

Im Unterschied zum Pressebereich geht, was Rundfunk und Fernsehen anbetrifft, die Initiative zu einer Änderung der bestehenden Ordnung von den privaten Interessenten aus. Von dem britischen privaten Fernsehnetz ITV sagte ein Kenner, ihre Sendelizenz komme dem Besitz einer Gelddruckerei gleich. In diesen Besitz teilen sich freilich verschiedene, von Zeitungen getragene Programmgesellschaften, gegen deren Monopolisierung gesetzliche Vorsorge getroffen wurde.

In der Bundesrepublik ist weiterhin vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen das sogenannte Adenauer-Fernsehen vom Jahre 1961 auszugehen, wonach das Rundfunkwesen „weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert“ werden darf und die Verantwortung für Rundfunksendungen pluralistisch organisiert sein muß. Das würde zwar – mit der Eröffnung neuer Ausstrahlungsmöglichkeiten etwa im Giga-Hertz-Bereich – die Errichtung entsprechend organisierter privater Sendegesellschaften nicht ausschließen. Andererseits ist durch den Bericht der Michel-Kommission vom Jahre 1967 das Argument von den Wettbewerbsverzerrungen zwischen Fernsehen und Presse zuungunsten der letzteren, zugleich als Rechtfertigung für das Verlangen nach privaten Fernsehizenzen, entfallen.

Es ist sicherlich unpopulär, von einer pädagogischen Funktion des Rundfunks und des Fernsehens zu sprechen. Und doch ist sie, ausgesprochen oder unausgesprochen, ein Teil seiner Tradition und seiner Funktion in Deutschland. Andere Modelle – so das amerikanische – können nicht davon überzeugen, daß

diese Aufgabe in einer privatwirtschaftlichen, auf Werbeinnahmen ausgerichteten Organisationsform besser aufgehoben wäre als in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Das Angebot an den Fernsehkonsumenten in der Bundesrepublik ist reichlich und umfassend. Der Mangel an Qualität, auch in Teilen der bestehenden Programme bisweilen bemerkt, könnte durch kommerzielle Programme allenfalls nur vermehrt werden.

Vor allem aber wäre es ein schlechter Dienst im Sinne der Forschung nach Offenlegung des Informationsprozesses im Innern der Massenmedien, wenn man dem ohnehin bestehenden, aber in diesem Bereich besonders problematischen Trend zur Konzentration wirtschaftlicher Macht in privater Hand ein neues Feld eröffnete. Andersherum müßte eine sinnvolle Entwicklung verlaufen: mehr Einblick der Öffentlichkeit in die privaten Informationsküchen, in Besitzverhältnisse und in Eigentumsstrukturen. Diese Forderung gilt allzumal für diejenigen, die in privaten publizistischen Unternehmen ihre journalistische Verantwortung wahrnehmen.

Die Forderung nach Mitbestimmung und nach einer Charta der Rechte des Journalisten, auch gegenüber seinem Arbeitgeber, hat in privaten und in öffentlich-rechtlichen publizistischen Unternehmen verschiedene Dimensionen. In beiden Bereichen aber entspricht sie dem Bedürfnis nach Demokratisierung an einer Schaltstelle – der Vermittlung von Information –, an der über den demokratischen Zustand der Gesamtgesellschaft mitentschieden wird. Der äußeren Pressefreiheit muß eine innere Pressefreiheit entsprechen, wenn die Massenmedien ihre große Verantwortung ausfüllen sollen.

**Gerhard Vogt**

### Voraussetzungen einer erfolgreichen Informationspolitik

Der außenstehende Beobachter ist gelegentlich irritiert, wenn er sieht, wie sehr politische Informationsarbeit für die politisch Wissenden gemacht wird. Die Informationstechniken, das politische Wortrepertoire, der Fachjargon von Politikern und politischen Journalisten lassen an die Ausführungen des amerikanischen Kommunikationswissenschaftlers *Lazarsfeld* den-

ken, der schon vor Jahrzehnten feststellte, daß man bei der Vermittlung schwieriger Inhalte meist nur denen gibt, die ohnehin schon haben („giving to those, who have“). So ist es in der Tat, und die Hoffnung, daß dies besser werden möge, mag als die Hoffnung eines unverbesslichen Optimisten erscheinen. Trotzdem: die amtierende Bundesregierung hat in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers *Willy Brandt* festgestellt, daß sie mehr Demokratie wagen will. Mehr Demokratie heißt auch mehr und bessere Information. Es gilt also, die Voraussetzungen einer solchen besseren Informationsarbeit zu prüfen. Dazu wollen die folgenden Thesen einen Beitrag leisten.

### **1. Das Interesse an Politik ist größer als das Wissen über Politik.**

Zwar ist in der Bevölkerung der Bundesrepublik in den letzten vier Jahren eine zunehmende Steigerung des politischen Interesses zu beobachten: Heute sind es nur noch etwa 25 Prozent der Bevölkerung, die sich der politischen Information gegenüber weitgehend abstinenter verhalten. Andererseits, und dies ist wichtig zu wissen, sind höchstens 15 Prozent der Wähler in Fragen der Wirtschaftspolitik ausreichend informiert, um der laufenden Diskussion auch inhaltlich folgen zu können. Und in Fragen der Bildungspolitik ist der Anteil der mit ausreichender Sachinformation versorgten Wähler mit 5 Prozent sicher nicht zu niedrig veranschlagt. Das heißt, daß der über Politik informierende zwar davon ausgehen kann, daß sehr viele sehr stark an seiner Information interessiert sind, daß er aber auch davon ausgehen muß, daß die einzelne Information sich in den meisten Fällen keineswegs in ein geordnetes Gesamtbild einfügt, sondern daß es sehr am Informierenden liegt, auf Zusammenhänge aufmerksam zu machen.

### **2. Die Unsicherheiten beim Wähler aufgrund nicht verarbeiteter, nicht verstandener oder lückenhafter Information verengt den Rahmen der politischen Diskussion und vermindert die Fähigkeit zum politischen Engagement.**

Nicht zuletzt der Mangel an Übersicht über das politische Geschehen ist die Ursache dafür, daß vor allem außenpolitische und wirtschaftspolitische Themen im Vordergrund der Diskussion stehen. Beide Themen haben einen spektakulären Anreiz. Gerade diese beiden Bereiche

sind es aber auch, die dem Bürger noch die geringsten Möglichkeiten geben, am politischen Geschehen mitzuwirken. Hier ist das Fehlen einer Informationspolitik zu beklagen, die sich als Service versteht und dem einzelnen Bürger konkret zeigt, wo seine Beteiligungschance insbesondere im Gesellschaftspolitischen liegt und – sicher auch – was ein Engagement konkret nützen kann. Wenn es nicht gelingt, solche Informationen zu geben, die Konkretes, dem einzelnen nützlich erscheinendes Verhalten auslösen, dann ist immer wieder zu erwarten, daß der in seinen Unsicherheiten belassene Bürger der politischen Problemvielfalt ausweicht und dem Bedürfnis nach Vereinfachung durch den Ruf nach „Gesetz und Ordnung“, nach „Härte und Geschlossenheit“ entspricht.

### **3. Das Mißtrauen gegenüber Politik und Politikern erschwert zunächst die Glaubwürdigkeit einer Politik, die ohne zynisches Beharrenwollen, aber auch ohne spektakuläre Erfolge die langsame Veränderung gesellschaftlicher Mißstände anstrebt.**

Die Vorstellungen von der Rolle des Politikers sind nicht so positiv geartet, daß die Glaubwürdigkeit einer politischen Aussage von vornherein unterstellt werden dürfte. Politik und Politiker müssen überzeugen. Sie müssen sich gegen den Verdacht undurchsichtiger Motive, mangelnder Fähigkeiten und unkontrollierbarer Ideologie durchsetzen. Eine der höchsten Barrieren, die es dabei zu überwinden gilt, ist die Sprache der Politik. So machte vor wenigen Wochen ein Fernsehjournalist den Minister für Bildung und Wissenschaft darauf aufmerksam, daß nach Jahren bildungspolitischer Diskussion der Wähler unmöglich noch verstehen könne, worüber hier diskutiert werde und was die Ziele und Inhalte dieser Politik letztlich seien. Daß solche Informationslücken nicht einfach weiter als Vakuum bestehen bleiben, demonstrierte am gleichen Abend ein Fernsehkommentar. In ihm wurde gesagt, daß die bildungspolitische Diskussion nicht nur schwer verständlich sei, sondern daß sie an den Interessen des Bürgers vorbeigehe, daß sie weitgesteckte Ziele verfolge, andererseits aber die Lösung der unmittelbar anstehenden Probleme offensichtlich außer acht lasse. Von der Unverständlichkeit zum Ideologieverdacht ist ein kurzer Weg. Vom Ideologieverdacht zum politischen Scheitern ein noch kürzerer.

Das Mißtrauen gegenüber der politischen Aussage hat eine weitere Quelle in dem allzu vorsichtigen Umgang von Politikern mit für unpopulär gehaltener Politik. Wie kurzfristig ein solches Verhalten sein kann, erleben wir gegenwärtig in der öffentlichen Diskussion in England.

#### 4. Die Informationsvermittlung über die Massenmedien ist nur ein Weg unter mehreren.

An einem einzigen Werktag werden 95 Prozent der Bevölkerung durch Fernsehen, Hörfunk oder Tageszeitung erreicht. Die Informationsdichte in der Bundesrepublik könnte kaum besser sein. Trotzdem stellt sich gerade für eine Mitgliederpartei wie die SPD die Frage, ob sie es bei der Informationsvermittlung durch die Massenmedien belassen darf. Es ist darüber nachzudenken, ob die Forderung nach dem Gespräch mit dem Bürger nicht ganz wörtlich genommen werden muß. Beobachter des schwedischen Wahlkampfes von 1968 waren übereinstimmend der Meinung, daß der Erfolg der sozialdemokratischen Partei dort wesentlich darauf zurückzuführen war, daß es gelang, mit einem sehr großen Teil der schwedischen Bevölkerung das direkte Gespräch zu führen. Daß es bei uns in der Bundesrepublik nicht viel anders wäre, lassen die Ergebnisse empirischer Untersuchungen erkennen, nicht zuletzt die Arbeiten von *Bruno Friedrich* über Wahlkampf und Parteilorganisation.

Daß Informationspolitik ein mühsames Geschäft ist, wer wollte es bezweifeln. Und wer wüßte es besser als die SPD, wieviel Geduld diese Arbeit abverlangt, um Erfolg zu haben. Sie ist kein Geschäft für Dünnbrettbohrer. Niemand hat das besser gesagt als *Herbert Wehner*: „Die SPD muß das, was sie für richtig hält, begreiflich machen für die Menschen. Und das geht nur, wenn sie respektiert, was die Menschen unter den gegebenen Verhältnissen so oder so sehen, so oder so aufzufassen fähig sind.“

**Detmar Cramer**

### Von Willi Welskirch bis zu Wieland Deutsch

Unter der schönen Überschrift „Der Pressesprecher im politischen Bereich auf Bundes-

ebene“ wird dieses dornige politische Tagesgeschäft demnächst auch Eingang in die hehre Wissenschaft finden; jedenfalls will es so ein Studiosus (und dessen Doktorvater). In einem Fragebogen, an Mitglieder der Bundespressekonferenz verschickt, möchte er es denn auch ganz genau wissen. Er will nicht nur in Erfahrung bringen, von welchem Pressesprecher man die Informationen erhalte, sondern auch, auf welchem Wege: durch die Bundespressekonferenz, durch telefonische oder schriftliche Pressemitteilungen? Des Weiteren, wer sich an wen wende, der Pressesprecher an den Journalisten oder umgekehrt, „Immer . . .“, sehr oft . . ., zeitweise . . ., nie . . .“? Ob man sehr oft, oft, manchmal, selten oder nie dem Pressesprecher Informationen oder Tips gebe und ob man von ihm mehr offizielle Informationen oder mehr Hintergrundinformationen erwarte? Ob man die Informationen im Wortlaut wiedergebe, immer, oft, selten oder nie? Ob man glaube, daß die Tätigkeit eines Pressesprechers eine journalistische Vorbildung oder -tätigkeit erfordere, und schließlich: „Wie schätzen Sie die Tätigkeit des Pressesprechers im politischen Bereich allgemein ein und was erwarten Sie als Journalist von ihm? (Bitte in Worten knapp angeben).“

Angesichts dieses Fragen-Katalogs wird man ziemlich zwangsläufig an jenen uralten Witz erinnern, der da lautet, der Zwanzigjährige ertrank in einem Fluß von nur 80 Zentimeter durchschnittlicher Tiefe. Jedenfalls stellen sich Zweifel ein, ob man auf diese Weise einem so diffizilen Instrument wie dem des Sprechers der Bundesregierung, der Fraktionen, der Parteien oder von wem sonst immer auch nur annähernd gerecht werden kann. Zu vieles nämlich liegt auf diesem Felde im Bereich des Persönlichen, des Menschlich-allzu-Menschlichen bis hin zum Zufälligen, um nur diese Kriterien zu nennen, als daß man dieser wichtigen, wenn nicht überhaupt der Schaltstelle zwischen Politik und Publikum so grobmaschig beikäme. Das Bundespresseamt unter einem Diplomaten wie *Günter Diehl* war etwas anderes, als es heute unter dem Journalisten *Conrad Ahlers* ist. Diese Unterschiede sind freilich nicht nur auf das unterschiedliche Temperament der beiden Leiter zurückzuführen, sondern auch auf den Umstand, daß im ersteren Fall die Regierung von einer großen, die jetzige von einer Minorität gebildet wurde, beziehungsweise wird. Andererseits konnte sich *Franz Barsig* in den Jah-

ren, als die Sozialdemokraten im Bund Oppositionspartei waren, zu ihrem weithin bekannten Sprecher mausern, eine Rolle, die einem *Jochen Schulz* als Sprecher der heutigen Regierungspartei nicht so gegeben ist. Damals blieb freilich der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, *Wolfgang Jansen*, mehr im Hintergrund, während bei der Union heute weniger der CDU-Sprecher *Willi Weiskirch*, als vielmehr der Fraktionssprecher *Eduard Ackermann* zum eigentlichen Pressesprecher avanciert ist. Davon wird noch im einzelnen zu sprechen sein.

Jene andere Frage aber, was denn ein Journalist überhaupt wissen sollte oder erfahren dürfte, ist so alt wie die Presse selbst; hierauf wird man auch heute, je nach der Interessenslage, unterschiedliche Antworten erhalten. Beispiele ließen sich aus jedem Jahrzehnt, ja Jahrhundert anführen: das Spannungsfeld zwischen der kritischen Neugier des Journalisten auf der einen und dem Träger staatlicher oder gesellschaftlicher Macht auf der anderen Seite wird auch künftig nicht abgebaut oder in feste Spielregeln übergeleitet werden können. Vielmehr kann immer nur von Fall zu Fall entschieden werden. In dem Lüth-Urteil aus dem Jahr 1958 stellte das Bundesverfassungsgericht immerhin fest, daß das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt sei. „Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist“; es sei in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt. Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung über die Veröffentlichung von Vietnam-Dokumenten durch die „New York Times“ haben amerikanische Bundesrichter vor kurzem gleichfalls bemerkenswerte Meinungen vertreten. Die einzig wirksame Beschränkung von Politik und Macht der Exekutive in den Bereichen nationale Sicherheit und auswärtige Angelegenheiten liegen (im amerikanischen Regierungssystem) in einer aufgeklärten Bürgerschaft, einer informierten und kritischen öffentlichen Meinung, die hier allein die Werte demokratischer Regierungsform schützen könne. „Ohne eine informierte und freie Presse aber kann es keine aufgeklärte Bevölkerung geben.“ Und ein anderer: „Geheimniskrämerei in der Exekutive ist grundsätzlich antidemokra-

tisch und geeignet, bürokratische Fehler zu verewigen. Eine offen geführte Diskussion über öffentliche Angelegenheiten ist lebenswichtig für das nationale Wohlergehen.“

Und schließlich: „Die Presse soll den Regierten dienen, nicht den Regierenden“, nur eine freie und unbehinderte Presse könne wirksam Täuschungsmanöver der Regierung offenbaren. Ob diese Grenzen der Meinungsfreiheit auch bei uns so weit gezogen werden, mag dahingestellt bleiben. Die Entscheidung des Verfassungsgerichts in der Spiegel-Affäre, auch wenn sie nur mit knapper Mehrheit getroffen wurde, scheint jedenfalls in eine andere Richtung zu weisen. Daß aber immerhin einer der Hauptbeteiligten jener Auseinandersetzung, nämlich *Conrad Ahlers*, heute neben *Rüdiger von Wechmar* einer der beiden Sprecher der Bundesregierung ist, läßt die damalige Kontroverse

**Manfred O. Hennies**

**Das nicht so magische Polygon der Wirtschaftspolitik**, 250 Seiten, Balacron DM 36,—

**Hermann Hilterscheid**  
**Industrie und Gemeinde**

Die Stadt Wolfsburg und das VW-Werk  
348 Seiten, Balacron DM 50,—

**Bernhard Külpe**

**Streik und Streikdrohung**

64 Seiten, kart. DM 6,—, geb. DM 7,50

**Aleksander Anclakin**

**Die Wirtschaftsprobleme der Sowjetunion**

118 Seiten, Balacron DM 15,—

**Robert Triffin**

**Wegweiser im Währungswirrwarr**

456 Seiten, Balacron DM 40,—

**Walther Rathenau Schriften**

416 Seiten, Leinen DM 25,—

**Hervig Roggemann, Hreg.**

**Die Staatsordnung der Sowjetunion**

296 Seiten, Snolin DM 25,—

**Wladimir Iljitsch Lenin**

**Die ersten Dekrete der Sowjetmacht**

200 Seiten, Balacron DM 18,—

**Sergej v. Podollnsky**

**Rußland vor der Revolution**

Die agrarsoziale Lage und Reformen

248 Seiten, Balacron DM 28,—

**BERLIN VERLAG**

und deren Handhabung mittlerweile in einem etwas anderen Licht erscheinen. Der Staatssekretär hält jedenfalls wenig von Geheimniskrämerie der Bürokratie. Nach anfänglicher Unsicherheit, die mit der Übernahme der Verantwortung für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung im Herbst 1969 vielleicht unausweichlich einherging, hat er heute jene Sicherheit gefunden, die dieses Amt erfordert. Deshalb hat seine oft nicht immer ganz treffsichere oder angebrachte Burschikosität, auch Salopphheit in der Ausdrucksweise, nichts eingebüßt. Sie vermittelt in einer sonst weithin glatten, um nicht zu sagen geölten Umwelt immer noch einen Hauch von zuweilen erfrischender Direktheit. Aber damals tat *Ahlers* im ersten Überschwang, vielleicht aber auch im Bewußtsein der zahlenmäßigen Schwäche dieser Bundesregierung und der sie tragenden Parteien, manchmal des Guten zuviel. Seine reichlich improvisierte Attacke auf die Springer-Presse, die zu pauschal und einseitig ausfiel, hat sich in dieser Form nicht wiederholt. *Ahlers* ist, im Umgang mit Journalisten wie vor der Bundespressekonferenz, gelassener geworden. Unverblümt hat er auch einmal geäußert, wenn er mal ausgerutscht sei und einen Fehler gemacht habe, dann habe es zur eigenen Einsicht nicht kritischer Kommentare in der Presse bedurft, sondern darüber sei er sich stets noch im gleichen Augenblick selbst bewußt gewesen. Für den Staatssekretär und seine Arbeitsweise mag denn auch die Klage eines Beamten des Auswärtigen Amtes bezeichnend sein, von Journalisten jedoch durchaus positiv bewertet werden, *Ahlers* sage meist alles, was er wisse, der Presse; da könne man es ihr doch besser gleich direkt mitteilen.

Der zweite in diesem Zweigespann ist deshalb auch eine ideale Ergänzung des ersten. Nicht, daß *Rüdiger von Wechmar* unzugänglicher wäre. Aber der Freiherr, der sich zuweilen auch *Wieland Deutsch* nennen läßt, ist im ganzen gesehen zurückhaltender, in der Sprache wie in seinem Auftreten. Dem zuweilen kumpelhaften Habitus eines *Ahlers* gegenüber ist bei ihm größere Distanz anzutreffen, die freilich nichts mit Distanz um der Distanz willen zu tun hat.

Auch *Wechmar* ist, und das ist wiederum für den Studiosus und dessen Dissertation von Wichtigkeit, jederzeit von Journalisten ansprechbar und zu Auskünften bereit; nur eben etwas unterkühlter. Jedenfalls dürfte es kein Zufall gewesen sein, daß *Wechmar* und nicht

*Ahlers* es war, der im letzten Sommer in Moskau während der Verhandlungen der beiden Regierungsdelegationen über den Gewaltverzichtsvertrag das mühsame Geschäft der Unterbringung einer großen Schar von Journalisten übernommen hatte; denn Konkretes mitzuteilen gab es über lange Strecken im Interesse der Verhandlungen nichts. Ohnehin hatte das Wesentlichste über diesen Vertrag schon vorher in zwei Bilderblättern gestanden.

Für dieses Zweigespann, *Ahlers* und sein Stellvertreter *Wechmar*, spricht auch, daß zwischen beiden keine Konkurrenzsituation, jedenfalls für den Außenstehenden, zu erkennen ist. Daß beide allerdings mehr auf außenpolitische Fragen programmiert sind, während die Innenpolitik von ihnen zwar nicht als Stiefkind behandelt wird, aber doch ihrem Temperament und ihren Neigungen nach erst an zweiter Stelle rangiert, muß speziell für diese Regierung nicht unbedingt von Vorteil sein; denn *Brandt* war 1969 mit einem großen, wie man heute, zur Halbzeit, weiß, etwas zu groß geratenen innenpolitischen Reformprogramm angetreten. Da überdies über weite Strecken Fragen der Wirtschaftspolitik und der Preisentwicklung im Vordergrund des Interesses standen und voraussichtlich noch eine ganze Weile stehen werden, wäre eine idealere Mischung ihrer Steckenpferde für die Regierung sicherlich manchmal von Vorteil.

Es liegt auf der Hand, daß angesichts so eifriger Interpreten der Regierungspolitik, die insoweit auch die Politik der beiden sie tragenden Parteien ist, deren Parteisprecher wenn auch kein Schattendasein führen, aber doch ziemlich in den Hintergrund getreten sind. Sie mußten das Feld weitgehend den Regierungssprechern überlassen. Die in vieler Hinsicht stürmische Zeit eines *Franz Barsig* ist für den SPD-Vorstandssprecher *Schulz*, jedenfalls vorerst, vorüber. Seine Funktion erscheint heute eher defensiv. Er muß innerparteiliche Querelen, etwa mit den Jungsozialisten, soweit sie dem Bild der Regierung abträglich werden können, abdecken, herunterspielen. Der SPD-Sprecher ist insoweit weniger offensiv tätig als einst *Barsig*, der tatsächliche wie vermeintliche Schwächen der von den Unionspartnern getragenen Politik der damaligen Bundesregierungen anging, sondern *Jochen Schulz* erscheint mehr als ein Stratege für Nachhutgefechte. Seine Zeit kommt erst wieder mit dem nächsten Bundestagswahlkampf, und darum kann man ihn wie seinen

Kollegen von der Union wahrlich nicht beneiden. Erschwerend kommt bei *Jochen Schulz*, im Gegensatz zu seinem Gegenspieler *Willi Weiskirch*, hinzu, daß bestimmte „Stränge“ in der SPD-Baracke, die für den Außenstehenden nur schwer zu übersehen sind, sich erschwerend auf seine Arbeit auswirken; jedenfalls ist der hierarchische Aufbau der sozialdemokratischen Spitze sehr viel ausgeprägter, als er dies bei den Unionsparteien je werden wird. Auch diese Gesichtspunkte gilt es für die Bearbeitung jenes Themas: „Der Pressesprecher im politischen Bereich auf Bundesebene“ zu berücksichtigen. Ähnlich verhält es sich mit dem Fraktionssprecher *Jansen*.

Dagegen ist es dessen Gegenspieler von den Unionsparteien, *Eduard Ackermann*, in erstaunlichem Maße gelungen, seiner Pressestelle nicht nur Profil, sondern ihr auch über den engen Bereich des Bundeshauses hinaus Beachtung zu erringen. Stets emsig tätig und praktisch überall dabei, verhalf der Fraktionssprecher zum nicht unerheblichen Teil dem Fraktionsvorsitzenden *Barzel* zu der Effektivität seines politischen Wirkens im Bundestag wie in der Öffentlichkeit. Nicht in der raschen schriftlichen Wiedergabe von dessen und anderer Unionsabgeordneter Reden liegt seine wirkliche Funktion; denn das erledigen die Pressestellen der beiden anderen Parteien ähnlich reibungslos. Vielmehr vermag *Ackermann* durch eigene Erklärungen zu bestimmten politischen Ereignissen des öfteren in die Diskussion einzugreifen und diese zuweilen auch in seinem Sinne zu beeinflussen; jedenfalls vernimmt man ihn wesentlich häufiger und auch bestimmter als seine beiden Kollegen im Bundeshaus. Dem CDU-Sprecher *Weiskirch* bleibt daneben nur wenig Spielraum. Er vertritt die Politik seiner Partei lautstark und auch angriffslustig, wobei, wie bei seinem Kollegen *Schulz*, zuweilen die Schärfe der Argumente etwas leiden muß. Auch mag die bisher ungeklärte Frage der Nachfolge *Kiesingers* wie die noch ausstehende Nominierung des Kanzlerkandidaten sich auf seine Funktion erschwerend auswirken, da nicht hinreichend klar ist, welchem Herrn er gegenwärtig und über den Oktober hinaus nun wirklich dient.

Die Wirklichkeit der, wie man heute mit einem Modewort sagen würde, Öffentlichkeitsarbeit oder der Informationspolitik von Regierung, Parteien und Fraktionen ist jedenfalls vielfältiger, als daß man sie mit einem zehnteiligen Fragebogen, auch wenn „Mehrfachantworten“

möglich sind, erfassen könnte. Dabei ist jene Frage, ob man sich, ohne den Pressesprecher und seine Pressestelle einzuschalten, ebenso gut informieren könne wie mit Hilfe des Pressesprechers, im Grunde überflüssig. Denn die Institution des Sprechers ist notwendig und kann durch nichts anderes ersetzt werden. Daß sie ebensowenig die alleinige Informationsquelle des Journalisten sein kann, liegt ebenso auf der Hand. Denn *Ahlers*, *Wechmar*, *Ackermann*, *Jansen*, *Schulz* und *Weiskirch* können stets nur den Rohstoff liefern, den der Journalist für seine tägliche Arbeit braucht. Er gibt zusammen mit anderen Informationen und Hinweisen erst das Gesamtmaterial, aus dem dann eine Nachricht entsteht oder ein Kommentar geschrieben wird.

**Manfred Jenke**

## **Frei von Bevormundung?**

### **Bemerkungen zum Verhältnis Parteien – Rundfunkanstalten**

Parteisprecher beanstanden mangelnde Ausgewogenheit von Rundfunkprogrammen; Rundfunkredakteure protestieren gegen Versuche, ihre Sendungen parteipolitisch zu beeinflussen; Aufsichtsgremien sollen dem Parteiproporz unterworfen werden; Gremienmitglieder möchten die Personalpolitik der Intendanten lenken und lösen verstärkte Mitbestimmungsforderungen von Personalräten und Redakteurausschüssen aus . . . Das sind einige Stichworte zur letzten wieder lebhaft geführten Diskussion über das Verhältnis zwischen den politischen Parteien und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik.

Sofern nicht machtpolitisches Kalkül auf der einen und lebensfremde Naivität auf der anderen Seite den Inhalt und den Stil solcher Auseinandersetzungen bestimmen, liegen deren Ursachen zumelst

- in unterschiedlichen Interpretationen des Auftrags, den Hörfunk und Fernsehen in unserer Gesellschaft erfüllen sollen, und
- in Meinungsverschiedenheiten über Art, Ausmaß und Methoden der Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle über die Rundfunkanstalten.

Eine Rundfunkanstalt muß, so hat das Bundes-

verfassungsgericht im Februar 1961 ausgeführt und im Juli 1971 unverändert bestätigt, so organisiert sein, „daß dieses moderne Instrument der Meinungsbildung weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert wird. Die Veranstalter von Rundfunkdarbietungen müssen also so organisiert werden, daß alle in Betracht kommenden Kräfte in ihren Organen Einfluß haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen können und daß für den Inhalt des Programms Leitgrundsätze verbindlich sind, die ein Mindestmaß von inhaltlicher Ausgewogenheit, Sachlichkeit und gegenseitiger Achtung gewährleisten“.

Eindeutig wird durch diese Formulierung ein Staatsrundfunk ausgeschlossen. Ebenso eindeutig ist die Absage gegenüber der für den Fall einer Privatisierung mit Sicherheit drohenden Auslieferung des Rundfunks an kommerzielle Interessen. Im Sommer 1971 hat das Bundesverfassungsgericht dies noch einmal unterstrichen: „Im Bereich des Rundfunks ist – jedenfalls vorerst – sowohl aus technischen Gründen als auch wegen der hohen finanziellen Anforderungen, die der Rundfunkbetrieb mit sich bringt, eine dem Pressewesen entsprechende Vielfalt von miteinander konkurrierenden Darbietungen nicht möglich.“

Ganz so deutlich fällt die Abgrenzung gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen nicht aus. Zwar sollen sie (1961) in den Organen der Anstalt Einfluß haben und im Gesamtprogramm zu Wort kommen können; andererseits wird (1971) festgestellt: Der Rundfunk sei Sache der Allgemeinheit, er müsse „in voller Unabhängigkeit überparteilich betrieben und von jeder Beeinflussung freigehalten werden“.

Hinter diesem nur scheinbaren Gegensatz zeigt sich eine überzeugende Unterscheidung: Den gesellschaftlichen Gruppen wird zwar Einfluß auf die Organe der Anstalt zugestanden, nicht aber auf das Programm selbst. Für das Programm genügt es sicherzustellen, daß die gesellschaftlichen Gruppen zu Wort kommen können. Das heißt: keine Gruppe darf willkürlich ausgeschlossen werden.

Im übrigen hat der Gesetzgeber den Rundfunkanstalten Programmgrundsätze mitgegeben, denen das Leitbild eines pluralistischen Programms ohne einseitige Gesamttendenz zugrunde liegt. Engagement ist ausdrücklich gefordert, farblose Neutralität keineswegs erwünscht.

Dennoch treten Meinungsverschiedenheiten

auf: Wird die Berücksichtigung der weltanschaulichen Richtungen chancengleich, in minutengenauer abzählbarer Korrektheit zur Pflicht gemacht? Ist beim NDR der landsmannschaftlichen Gliederung des Sendegebietes Rechnung zu tragen, daß in den Regionalsendungen auf je einen Beitrag aus Hamburg und aus Schleswig-Holstein zwei Beiträge aus Niedersachsen kommen müssen, weil das ungefähr den Größenverhältnissen dieser Länder untereinander entspricht? Betrifft das Verbot, einseitig einer politischen Partei zu dienen, auch Sendungen, in denen der Verfasser sich mit den von ihm für richtig und nützlich befundenen Zielen einer politischen Partei identifiziert?

Diese Fragen sind durchaus nicht blasser Theorie. Gestellt worden sind sie alle bereits. Sie mit Ja zu beantworten, wäre gleichbedeutend mit der Preisgabe der Rundfunkfreiheit zugunsten der Einführung eines opportunistischen Proporzprogramms, das sich infolge seiner verschiedenartigen Raster (weltanschaulicher, parteipolitischer, regionaler Art) indessen sehr bald in ein Chaos auflösen oder der Stagnation verfallen würde. Es hieße den pluralistischen Charakter des Rundfunkprogramms auf gefährliche Weise zu verkennen, wollte man es allein auf den Pluralismus der verfaßten Gruppen und dessen Vermittlung ankommen lassen, so wie es die drei Bundesverfassungsrichter Geiger, Rinck und Wand in ihrem Minderheitsvotum zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Juli 1971 tun, indem sie den Rundfunkredakteuren die Rolle „berufsmäßiger Akteure“ zuweisen, die „nur Instrumente sind, mittels dessen die gesellschaftlich relevanten Kräfte und Gruppen die öffentliche Aufgabe erfüllen“, Rundfunksendungen zu veranstalten.

Rundfunkfreiheit so definiert, macht den Bildschirm zur Brille aus Fensterglas und das Radio zum kollektiven Telefon. Ohne Zweifel gehört es – unter anderem – zu den Aufgaben des Rundfunks, den Gruppen und Verbänden der Gesellschaft ausreichend Gelegenheit zur Selbstdarstellung zu geben. Neue technische Entwicklungen, zusätzlich verfügbare Sendefrequenzen und der wachsende Informations- und Kommunikationsbedarf innerhalb der Gesellschaft werden sicherlich schon in naher Zukunft dieses Teilgebiet der Rundfunkarbeit noch deutlicher ins Bewußtsein der Allgemeinheit und der Rundfunkmitarbeiter selbst rücken.

Dennoch ist der auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen direkt bezogene Kommunikationsauftrag weder die einzige noch die überwiegende publizistische Funktion des Rundfunks. Denn Hörfunk und Fernsehen sind nicht bloß Medien, das heißt: Transporteure von Informationen und Meinungen anderer, sondern selbst Faktoren der Meinungsbildung. Dabei wirken sie nicht etwa als Instrumente der gesellschaftlichen Gruppen, sondern geben ihnen beruflich hierfür qualifizierten Mitarbeitern, den Redakteuren, Moderatoren, Autoren, die Gelegenheit, ihre freie Meinung zu äußern – eine Fülle von Meinungsäußerungen, die sich weder inhaltlich, noch der Tendenz nach mit dem zu decken braucht, was von den gesellschaftlichen Gruppen verlautbart wird.

Glücklicherweise ist es nicht so, daß die politischen Parteien insgesamt und unterschiedslos der Auffassung zuneigten, in den Rundfunkprogrammen müsse proporzgetreu und gruppeninstrumental informiert und kommentiert werden. Allerdings gehen die Auffassungsunterschiede dazu quer durch die Parteien. Das führt zu dem Umstand, daß Rundfunkpolitik heute im wesentlichen pragmatisch unter zwei Gesichtspunkten betrieben wird:

- Zur Förderung ihrer eigenen Interessen versuchen die Parteien über Rundfunkreferenten, Gremienmitglieder und einflußreiche Politiker auf die Gestaltung einzelner Sendungen und ganzer Programme sowie auf die Besetzung von Stellen Einfluß zu nehmen; das heißt: sie betreiben nachdrücklich Beeinflussung.
- Als Teilhaber der gesamtgesellschaftlichen Aufsicht achten sie darauf, daß fremde parteipolitische oder gruppenspezifische Interessen im Programm und beim Personal nicht zu stark werden; das heißt: sie treten nachdrücklich gegen Beeinflussung auf.

Die Parteien haben sich durch ihr allzu pragmatisches Machtdenken freilich in eine Situation begeben, in der sie um ihrer Selbstbehauptung willen fortwährend aufs neue Druck und Gegendruck ausüben müssen, und zwar sowohl in Richtung auf ihre politischen Opponenten in den Gremien wie auch auf die Beauftragten, d. h. die Rundfunkanstalten und ihre Mitarbeiter.

Die Folge ist, daß sich unter den mit solchen Arbeitsbedingungen nicht hinreichend vertrauten Mitarbeitern eine politische Verstärkung breitmacht, deren weitere Auswirkungen sich

als emotionaler Anti-Parteien-Affekt oder auch als schlichte Resignation zeigen können. Andererseits wird sich auch bei den Rundfunkanstalten parteipolitisches Opportunitätsdenken im Interesse der persönlichen Karriere nicht länger in den bisherigen, noch immer engen Grenzen halten lassen, falls bei Stellenbesetzungen anstelle fachlicher Qualifikation die politische Neigung (ob mit oder ohne Parteibuch) den Ausschlag geben sollte. Als verständliche Reaktion hierauf richten sich ja die Mitbestimmungsforderungen der Personalräte und Redakteurausschüsse keineswegs allein auf Personalentscheidungen, die der Intendant allein zu treffen hat, sondern auch auf solche Entscheidungen, die in den Aufsichtsgremien vorbereitet und gebilligt werden.

Hier nun stellt sich die Frage, wie die Gremienmitglieder ihren eigenen Auftrag interpretieren. Sind sie reine Interessenvertreter ihrer Gruppen gegenüber den Anstalten? Oder möglicherweise auch Interessenvertreter der Anstalten innerhalb der Gruppen? Oder haben sie darüber hinaus noch andere Pflichten? Zweifellos haben die Gremienmitglieder den Auftrag, den vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich gebilligten Einfluß der „in Betracht kommenden Kräfte“ in den Organen der Rundfunkanstalten auszuüben. Sie nehmen insofern eine Mittlerfunktion ein, sie sind „Instrumente“ ihrer Gruppen. Aber ebenso wie das Rundfunkprogramm nicht aus der bloßen Zusammenstellung von Informationen und Meinungen der Gruppen besteht, sondern darüber hinaus Raum für subjektive Meinungsäußerungen bietet, kann sich auch die Aufgabe der Gremien nicht in reiner Interessenvertretung der verfaßten Gesellschaft erschöpfen. Rundfunkratsmitglieder haben vielmehr (so im NDR-Staatsvertrag) die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, und sie sind ausdrücklich an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Dies setzt der Vertretung von Einzelinteressen deutliche Grenzen.

Den Parteien gegenüber hat der Gesetzgeber noch weitere Einschränkungen geschaffen. Anders als in den Parlamenten, wo sie in Gestalt der Fraktionen zu Trägern politischer Willensbildung werden, sind die Parteien in den Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten entsprechend der pluralistischen Konstruktion und gesamtgesellschaftlichen Intention dieser Gremien lediglich an der Willensbildung beteiligt.

Welche Auswirkungen dabei scheinbar gering-

fügige Unterlassungen haben können, zeigt sich seit einem Jahr beim NDR: Der § 8 des NDR-Staatsvertrages fordert, daß von den 24 Mitgliedern des Rundfunkrates nur 8 dem Bundestag, einem Landtag oder der Hamburger Bürgerschaft angehören sollen. Dadurch hofften die Väter des Staatsvertrages (Immerhin die politisch nicht farblosen Ministerpräsidenten *Slevking, Kopf* und *v. Hassel*) einer allzu direkten Übertragung politischer Gegensätze aus den Landesparlamenten in den Rundfunkrat der Drei-Länder-Anstalt vorbeugen zu können. Jedoch setzten sich bei der Rundfunkratswahl 1970 einige Landtagsfraktionen über diese Vorschrift hinweg und wählten 14 Parlamentarier in das Gremium; mit der Folge, daß sich alsbald erhebliche Spannungen entwickelten.

Zwei der umstrittenen Fragen lassen den prinzipiell parteipolitischen Charakter dieser Spannungen deutlich werden: Rundfunkratsmitglieder der CDU führten einen Beschluß herbei, der den Intendanten verpflichten sollte, Vertreter der Aufsichtsratsgremien in einen Schulfernsehbeirat zu berufen, in dem Detailfragen des Inhalts, der zeitlichen Dauer und der Organisation von Schulfernsehsendungen zwischen dem NDR, Radio Bremen und den Schulverwaltungen der beteiligten vier norddeutschen Länder abgestimmt werden. Dieser Beirat ist keineswegs ein Beschlußgremium der Anstalt, sondern lediglich eine für die Zusammenarbeit der Partner des Schulfernsehens gebildete Arbeitsgruppe. Es geht in ihm nicht um die nachträgliche Aufsicht über Sendungen, sondern um deren Vorbereitung, eine Aufgabe, die eindeutig der Programmverantwortung des Intendanten unterliegt. Mitglieder von Aufsichtsorganen an laufenden Geschäften dieser Art zu beteiligen, stellt nach Ansicht des Intendanten einen Verstoß gegen die im Staatsvertrag über den NDR vorgesehene Kompetenzverteilung zwischen den Organen der Anstalt dar.

In einem weiteren Fall stieß die Wahl des Programmbeirates auf unvorhergesehene Schwierigkeiten, weil sich die inzwischen zu einer CDU- und einer SPD-Gruppe formierten Mitglieder des Rundfunkrates nicht auf einen für die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit geeigneten gemeinsamen Wahlvorschlag einigen konnten. Es wurde von allen Beteiligten kein Zweifel daran gelassen, daß bei der Auswahl der von den vorschlagsberechtigten Verbänden namhaft gemachten Kandidaten für den endgültigen Wahlvorschlag in mehreren Fällen par-

teipolitische Erwägungen den Ausschlag gaben, obwohl die Parteizugehörigkeit bei den Mitgliedern des Programmbeirates an sich unberücksichtigt bleiben soll.

*„Die verschiedenen Veräußerungen von Verlagen zeigen, daß Verleger heute Zeitungen kaufen und verkaufen wie einst Potentaten des Mittelalters ihre Länderellen. Journalisten werden dabei als eine Handelsware, oft sogar nur als eine lästige Zuwage zur Handelsware betrachtet.“ (Ernst Müller-Meinungen, Vorstandsmitglied des Bayerischen Journalistenverbandes)*

*„Pressfreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Journalisten, die diese Meinung teilen, finden sich immer ... Aber wer nun anders denkt, hat der nicht auch das Recht, seine Meinung auszudrücken? Die Verfassung gibt ihm das Recht. Die ökonomische Wirklichkeit zerstört es. Frei ist, wer reich ist ... Und da Journalisten nicht reich sind, sind sie auch nicht frei.“ (Paul Sethe, verstorbener einstiger Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“)*

*„Die erwerbswirtschaftliche Struktur der Presse darf ... nicht dazu führen, daß der wirtschaftliche Erwerb zum eigentlichen Inhalt der Pressfreiheit wird.“ (Bundesminister Horst Ehmke)*

## Wider die Verödung der Presselandschaft

### Warum Journalisten Redaktionsstatute fordern

Der bundesdeutsche Blätterwald wird abgeholzt. Die Holzfäller *Springer* (Hamburg) und *von Holtzbrinck* (Stuttgart) setzen heute hier, morgen da die Säge an, und kein Umweltschützer mit Mandat oder Amt hindert sie daran.

Die Konzentrationsbewegung in der Presse hat längst die Grenze des Bedrohlichen überschritten, und dennoch kommen gerade 1971 immer neue Meldungen über eine „Kooperation“, über eine „Partnerschaft“ oder über eine „Verstärkung freundschaftlicher Kontakte“. (Die Beteiligten vermeiden in ihren Mitteilungen sorgsam alle Vokabeln, die kenntlich machen würden, daß ein großer Fisch einen kleineren geschluckt hat.) *Axel Springer* tätigte schon Ende 1970 mehrere Zukäufe und festigte damit seine Spitzenposition auf dem Pressemarkt: Sein Konzern liefert mehr als ein Drittel aller Erzeugnisse, aus denen sich die Bundesbürger über Politik und Zeitgeschehen informieren bzw. desinformieren. Im Frühling und Sommer 1971 folgten andere Verleger dem Beispiel *Springers* und bauten regionale Monopole aus: u. a. die „Rheinpfalz“ (Ludwigshafen) oder die „Hessische Allgemeine“ (Kassel), die über Nordhessen hinaus, wo sie bereits seit einigen Jahren die publizistische Alleinherrschaft ausübt, ins Niedersächsische vordrang. Inzwischen wurde keine einzige Tageszeitung neugegründet, nicht in diesem Jahr, nicht im Vorjahr und auch nicht 1969. 1968 war zwar in München ein neues Blatt entstanden, die „tz“, die aber im Verlag des „Münchner Merkur“ erscheint und als dessen Boulevardausgabe zu betrachten ist (Anzeigenverbund). Auf ähnliche Weise war noch einige Zeit früher am Niederrhein der „Express“ herausgebracht worden. Die Ausnahmen bestätigen: Schon seit der Währungsreform ist die bundesdeutsche Presse ohne Nachwuchs. Es wird nur gestorben, nicht geboren. Es wird ausgestorben.

Würde man auf einer Landkarte der Bundesrepublik alle Gebiete weiß übermalen, deren Bewohner nicht mehr die Wahl zwischen verschiedenen lokalen bzw. regionalen Zeitungen haben, dann würde man ein deutliches Bild davon erhalten, wie weit die Presselandschaft

bereits verödet ist. Konkurrenzlos wie die „Rheinpfalz“ und die „Hessische Allgemeine“ in ihren Verbreitungsgebieten sind auch die „Passauer Neue Presse“ im östlichen Niederbayern oder die „Mainzer Allgemeine“ in Rheinhessen und im westlichen Südhessen. (Der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden gönnt Verleger *Czech* zwar noch eine zweite Tageszeitung, die er aber längst ebenfalls in seinen Besitz genommen hat.) Ähnliche Zeitungsmonopole sind u. a. in Kiel oder in Koblenz und in der weiten Umgebung solcher Städte entstanden. In den Hauptstädten von Regierungsbezirken und in Städten mit vergleichbarem Hinterland gibt es nur noch in ganz seltenen Fällen (Regensburg, Fulda) zwei verschiedene Blätter – in Fulda allein deswegen, weil sich die Redakteure der „Fuldaer Volkszeitung“ im Frühjahr erfolgreich gegen eine von den beiden Verlagen bereits vereinbarte Fusion mit der rechtsgerichteten „Fuldaer Zeitung“ gewehrt haben.

Die Pressekonzentration geht auf Kosten kritischer, aufklärerischer Blätter. Besonders betroffen sind sozialdemokratische Zeitungen, aus deren Kreis auch in den letzten Monaten wieder zwei ihr Erscheinen einstellten: die „AZ“ in Mannheim und das „Oberfränkische Volksblatt“ in Hof. Monopolblätter sind in der Regel unkritisch, anti-aufklärerisch. Sie kennen keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Sie pflegen die gleiche cäsarische Volksgemeinschaftsideologie wie die „Bild“-Zeitung. Wer „mehr Demokratie wagen“ will, braucht auf ihre Unterstützung nicht zu hoffen.

Die SPD/FDP-Koalition in Bonn hat zwar rund die Hälfte aller Wähler, aber nur einen verschwindend kleinen Teil der Presse hinter sich. Den weitaus größten Teil der Presse hat sie frontal gegen sich. Als liberal oder linksliberal firmierende Blätter wie „Frankfurter Rundschau“, „Kölner Stadt-Anzeiger“, „Nürnberger Nachrichten“ und „Süddeutsche Zeitung“ haben zwar bekannte Namen, aber quantitativ, gemessen an der Gesamtauflage der bundesdeutschen Tagespresse, sind sie unbedeutend. Das gleiche gilt im Bereich der Wochenpresse für „Spiegel“ und „Stern“.

Ein Vergleich mit den Verhältnissen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt, wie sehr sich die Presse nach rechts entwickelt hat. Damals gab es keine einzige rechtsextreme Zeitung oder Zeitschrift (heute etliche). Etliche Kommunisten waren damals mit Lizenzen der Siegermächte

# Neuerscheinungen Politik

## 2. Halbjahr 1971

---

**Bilstein/Hohlbein/Klöss**  
**Jungsozialisten – Junge**  
**Union – Jungdemokraten**  
**Die Nachwuchsorganisationen**  
**der Parteien**  
**in der Bundesrepublik**  
Analysen, Band 11, 112 Seiten  
Kart. DM 6,80

Die empirisch angelegte, materialreiche Analyse zeigt, welchen Stellenwert die Politik der Jungsozialisten, der Jungen Union und der Jungdemokraten sowohl für die ihnen verbundenen Parteien als auch für das gesamte politische System besitzen.

---

**Volker Matthies**  
**Schwarzafrika**  
**Politische Konflikte**  
**und Entwicklungskrisen**  
Analysen, Band 2 80 Seiten.  
Kart. DM 6,80

Der Autor schafft mit diesem Band eine Verbindung von politischer Grundinformation und politikwissenschaftlicher Strukturanalyse über Schwarzafrika. Besondere Berücksichtigung findet die Untersuchung der Konflikte in der politischen Entwicklung, veranschaulicht durch die Fallstudien über die Bürgerkriege in Nigeria, Tschad und Sudan.

---

**Carl Böhret**  
**Simulation Innenpolitischer**  
**Konflikte**  
Ln. In Vorb.

In diesem Band werden erstmals neuentwickelte sozio-ökonomische und innenpolitische Simulationen als formalisierte, rechenbare Planbeispiele vorgestellt und im Hinblick auf ihre Bewährung und weiteren Möglichkeiten untersucht.

---

**Simulation Internationaler**  
**Prozesse**  
Hrsg. von Horst-Dieter Rönsch  
und Lucian Kern  
Sonderheft 3 der Politischen  
Vierteljahresschrift.  
Kart. In Vorb.

Dieser Sammelband vereinigt die wichtigsten Arbeiten zu den Simulationsverfahren im Bereich der internationalen Beziehungen und der Friedens- und Konfliktforschung. Es werden sowohl Anlage und Ablauf von Simulationen als auch die damit zusammenhängenden theoretischen und methodologischen Probleme behandelt.

---

**Helno Kaack**  
**Geschichte und Struktur**  
**des deutschen Parteiensystems**  
752 Seiten, Kart. DM 33,-;  
Ln. DM 49,-

Der Schwerpunkt dieses Handbuchs liegt in der systematischen Analyse des gegenwärtigen Parteiensystems. Es wird keine Geschichte einzelner Parteien, sondern die Entwicklung des Parteiensystems als Einheit dargeboten. Historische und soziologische Aspekte werden gleichermaßen berücksichtigt.

---

**Westdeutscher Verlag**  
**Leske Verlag**

Herausgeber von Tageszeitungen (heute keiner). Die sozialdemokratische Presse, überall verbreitet, erschien in höchster Auflage. Politische Information stand im Mittelpunkt der gesamten Publizistik. Die verschiedenen Zeitungen wachten gegenseitig darüber, daß die Tatsachen nicht (oder nicht gar zu sehr) entstellt wurden. Es fand Meinungsaustausch statt. Es wurde diskutiert. Demokratie regte sich. Damals richtete sich die Auflage nicht nach der reißerischen Schlagzeile, sondern nach der Papierzuteilung (und war dennoch nicht geringer als heute). Damals war das Verhältnis zwischen Text und Anzeige 100 : 0 (und die Zeitungen warfen dennoch Gewinn ab). Damals gab es keine Verleger im heutigen Sinne (und die Betriebe funktionierten dennoch), sondern die Zeitungen wurden von Publizisten herausgegeben, die sich im antifaschistischen Kampf bewährt hatten und denen deswegen die Verantwortung für den Aufbau einer demokratischen Presse aufgetragen worden war. Es dauerte einige Zeit, bis es möglich wurde, das Eigentum an Zeitungsbetrieben durch Erbschaft oder Kauf zu erwerben.

Im Zeitungsverlag von heute stammen zwei Drittel der Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft und nur ein Drittel aus dem Verkauf der Zeitungen. Der Verleger denkt bei seinen Entscheidungen zwangsläufig zunächst an die Inserenten, dann noch einmal an die Inserenten und erst an dritter Stelle – frühestens – an die Leser. Warum sollte ein Monopolverleger überhaupt auf die Leser Rücksicht nehmen?

Mehr und mehr wirkt das Anzeigengeschäft in den redaktionellen Teil hinein. Public-relations-Artikel der Touristik- und Automobilkonzerne füllen die Reise- und Motorseiten. Ums Wirtschaftsressort steht es nicht besser. Auch das Lokale und sogar die Politik sind vor „PR“ nicht mehr sicher. Nahezu alle Wünsche großer Inserenten werden erfüllt. Während „PR“-Texte in den redaktionellen Teil aufgenommen werden (der Verlag spart dabei am Redaktionsetat), werden redaktionelle Beiträge aus dem redaktionellen Teil eliminiert, wenn sie einen Inserenten ärgern könnten.

Die Redaktion ist zum Appendix, einem eigentlich ganz und gar lästigen Appendix der Zeitungsunternehmen geworden. Sie liefert fast nur noch den Vorwand fürs Geschäft des Verlegers. Fachliteratur der Werbeindustrie gibt Auskunft darüber, wie manipulierbar der Textteil der Zeitungen und Zeitschriften ist.

Selne Aufgabe hat sich letztlich darauf reduziert, sogenannte Zielgruppen von Konsumenten für die Werbung erreichbar zu machen. Die Werbeindustrie schreibt dem einzelnen Blatt geradezu vor, wo, wie, bei wem es verbreitet sein muß. Wenn es Leser außerhalb seiner Zielgruppe gewinnt, verübelt sie ihm das. Wer für die Kapelle zahlt, der bestimmt, zu welchem Tanz sie aufspielt: nicht der Zeitungskäufer, auch nicht der kleine Inserent, der einen Gebrauchtwagen anbietet oder eine Stelle sucht, sondern Ford, Shell, Henkel, Nestle, Reemtsma.

Wie sich Publizistik unter dem Diktat großindustrieller Interessen verformt, läßt sich zwischen 18 und 20 Uhr im Fernsehen der Bundesrepublik, rund um die Uhr im Fernsehen der USA studieren. Niemand wird dort im Werberahmenprogramm eine kritische Reportage über die Arbeitsbedingungen bei Reemtsma, über die Preisgestaltung bei Henkel, über die Sicherheit der Ford-Autos erwarten. Dort dreht sich in Bonbonfarben eine heile Welt, die sich allenfalls gegen die ihr auflauernden Indianer, Neger und Ostagenten schützen muß.

Nicht gar so merklich ist auch die bundesdeutsche Tageszeitung längst zu einer Art Werberahmenprogramm geworden und bietet dem Leser eine ähnlich fiktive Welt dar. Ihr Unterhaltungswert ist zwar nicht sehr groß, aber erheblich größer als ihr Informationswert. Der Schriftsteller Günter Wallraff hat kürzlich verschiedene Stories der täglich von rund zehn Millionen Menschen gelesenen „Bild“-Zeitung nachrecherchiert, Stories, die in besonderem Maße zu Herzen gegangen waren; wie Wallraff herausfand, war an den Artikeln kaum ein wahres Wort.

Wenn die Bevölkerung derartig desinformiert wird (nach den Anti-Springer-Demonstrationen des Jahres 1968 nannte ein Gericht die Springer-Zeitungen „Musterbeispiele publizistischer Verantwortungslosigkeit“), hat die Demokratie es schwer, sich zu entwickeln. Das Volk hat aber – wie anders läßt sich Artikel 5 des Grundgesetzes interpretieren? – Anspruch auf vielfältige, möglichst umfassende Information. Freie Meinungsbildung und wirksames Handeln in der Öffentlichkeit sind nur möglich, wenn die Tatsachen bekannt sind. Eine freie Presse ist, wie das Bundesverfassungsgericht sagt, „schlechthin konstituierend“ für die Demokratie.

Wie läßt sich die Presse aus dem Schlund der

Kommerzialisierung und Monopolisierung befreien? „*Enteignet Springer!*“ riefen die Demonstranten des Jahres 1968. Das war eine vergleichsweise maßvolle Parole, nachdem die Springer-Presse gegenüber den Studenten Parolen wie „Ausmerzen!“ verbreitet hatte. Ist die Zeit inzwischen darüber hinweggegangen? Ist es ganz und gar undenkbar, daß im Interesse des Gemeinwohls von den Enteignungsmöglichkeiten der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes Gebrauch gemacht wird? Liegt es nicht eigentlich nahe, Pressemonopole öffentlich-rechtlich zu strukturieren – analog zum Rundfunkmonopol, das der Gesetzgeber mit Recht nicht in private Hand hat geben wollen? Noch weit maßvoller ist die Forderung nach Redaktionsstatuten. Mit dieser Forderung ziehen seit einiger Zeit bei vielen Zeitungen und Zeitschriften Journalisten die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß sie ihre Arbeit unter zunehmendem Druck privatwirtschaftlicher Interessen verrichten und daß unter diesen Umständen von der öffentlichen Aufgabe der Presse nur noch zynisch gesprochen werden kann. Redaktionsstatute sollen die Kompetenzen von Redaktion und Verlag gegeneinander abgrenzen. Die Journalisten fordern für sich das Recht, Information nach bestem Wissen und Gewissen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Das ist der Kern aller Statutsentwürfe. Dem Zweck, die publizistische Unabhängigkeit der Redaktion zu sichern, dienen im einzelnen auch Forderungen wie die folgenden: Die Journalisten fordern, daß künftig nicht mehr gegen ihren Willen die Tendenz des Blattes verändert, das Informations- und Meinungsspektrum durch einseitige Entscheidung des Verlegers eingeengt werden darf. Sie fordern, daß der Verleger einen Kurswechsel auch nicht mit personalpolitischen Mitteln aus eigener Machtvollkommenheit vornehmen darf, und sie wünschen deswegen insbesondere bei Einstellung und Entlassung des Chefredakteurs ein sachverständiges Wörtchen mitzureden. Sie fordern, daß nicht – wie es in den letzten Jahren so oft geschehen ist – ganze Redaktionen ungefragt von einem Verlag dieser Couleur an einen Verlag jener Couleur verschachert werden dürfen.

Wenn es früher zu Konflikten zwischen Verlag und Redaktion kam, dann bediente sich der Verleger nicht selten des Arguments: „*Sie müssen doch nicht bei mir arbeiten. Warum gehen Sie nicht zu einem anderen Blatt, dessen Kurs*

*Ihnen besser gefällt?*“ Dieses Argument ist im Zuge der Monopolisierung gegenstandslos geworden. Für viele Journalisten gibt es heute im Konfliktfall – etwa wenn sie sich weigern, verzerrt zu berichten – nicht mehr die Möglichkeit, das Problem individuell durch Arbeitsplatzwechsel zu lösen; sie müßten gleich den Beruf wechseln. Das Problem muß generell gelöst werden – im Interesse des einzelnen Journalisten an persönlicher Integrität und sozialer Sicherheit, im Interesse jedes Lesers an umfassender, wahrhaftiger Information, im demokratisch-staatspolitischen Interesse an informierten, mündigen Staatsbürgern. Die Möglichkeit zur Veröffentlichung von Wahrheiten, die für die Deutsche Bank, für den kommandierenden General des Wehrbereichs, für einen großen Immobilienmakler oder für einen mit dem Verleger befreundeten Bundestagsabgeordneten unangenehm sind, muß per Statut gesichert werden (eine nicht anstößige Berichterstattung bedarf des Schutzes nicht). So könnte, wenn der Journalist mehr Unabhängigkeit erhielte, ein Ausgleich für die verloren gegangene äußere Vielfalt der bundesdeutschen Presse geschaffen werden: nämlich mehr inhaltliche Vielfalt der einzelnen Zeitung.

Erstmals gelang es 1969 der Redaktion der illustrierten „Stern“, mit dem Verlag ein Redaktionsstatut zu vereinbaren. Inzwischen wurden Statutsentwürfe auch bei den unterschiedlichsten Tageszeitungen formuliert, z. B. bei der größten bundesdeutschen Regionalzeitung, der Essener „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“, wo sich Ende 1970 von insgesamt 205 Redaktionsmitgliedern nicht weniger als 204 auf einen Entwurf einigten. Der einzige, der sich der Stimme enthielt, war der Chefredakteur. Bei anderen Blättern – auch sehr konservativen wie dem „Münchener Merkur“ – gab es in den Redaktionen ebenfalls keine oder nur vereinzelte Stimmen gegen jeweils anders formulierte, mehr oder weniger weitgehende, aber immer in die gleiche Richtung zielende Statutsentwürfe.

Der Bundesverband der deutschen Zeitungsverleger (BDZV) reagierte auf die Forderungen der Journalisten – insbesondere auf einen Entwurf der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier für einen zwischen den Tarifparteien abzuschließenden, allgemein gültigen Kompetenzabgrenzungsvertrag – mit schrillum Geschrei. In bemerkenswerter Offenheit wandte sich auf einer Jahres-

hauptversammlung des bayerischen Zeitungsverlegerverbandes Bayerns Justizminister *Philipp Heid* (CSU) gegen Demokratisierungsbestrebungen in den Redaktionen und stellte die nach seiner Ansicht nur zu vernehmende Frage: „Glaubt ernstlich jemand, daß eine Mehrheit von Verantwortlichen bessere Einsichten und Kenntnisse besitzt als der mit seinem Privatigentum beteiligte Verleger?“ Im Blickwinkel eines Mannes wie *Heid*, der selber Verleger einer Tageszeitung ist, erscheint Eigentum an Produktionskapital mit gleich großem Eigentum an Einsichten und Kenntnissen gekoppelt. Das laut Verfassung jedermann zustehende Grundrecht der Pressefreiheit erscheint in diesem Blickwinkel als Privileg der Zeitungsverleger, als eine exzessive Sonderform der Gewerbefreiheit, die ihrerseits im Zuge der Monopolisierung zum Privileg einer winzigen Minderheit geworden ist, als Legitimation einer in anderen Branchen längst überwundenen Unternehmerwillkür. (Die Pressefreiheit muß beispielsweise als Grund für den unseligen Tendenzparagrafen des Betriebsverfassungsgesetzes herhalten, der die Beschäftigten der Presseunternehmen von wichtigen Mitbestimmungsrechten ausschließt. Daß die Journalisten unter besonders ungünstigen Bedingungen arbeiten, läßt sich auch daraus ersehen, daß es für sie bis heute keine Arbeitszeitregelung, keine Überstundenbezahlung, keine Nacht-, Sonntags- und Feiertagszuschläge gibt; den sogenannten freien Mitarbeitern wird von den Verlegern überhaupt jeder tarifvertragliche Schutz verweigert.)

Bundeskanzler *Willy Brandt* hat in seiner Regierungserklärung ein Bundespresserechtsrahmengesetz angekündigt. Der Arbeitskreis Recht der SPD-Bundestagsfraktion hat dafür schon vor mehr als Jahresfrist einen Entwurf erarbeitet, der bei den Journalisten viel Zustimmung gefunden hat. Mit diesem Entwurf ist allerdings bisher nichts weiter geschehen, als daß *Martin Hirsch* ihn kürzlich in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ veröffentlicht hat. Es ist zu wünschen, daß sich der Fraktionsvorstand auf dem bevorstehenden Parteitag verpflichtet, den Entwurf schnellstmöglich im Parlament einzubringen und kraftvoll dafür einzutreten, daß er unverwässert Gesetz wird.

Das vom Arbeitskreis vorgeschlagene Gesetz wäre kein Allheilmittel. Es würde die Konzentration nicht stoppen. (Warum eigentlich nicht? Warum werden in Bonn die Empfehlungen der

Günther-Kommission seit Jahren beharrlich ignoriert?) Es würde dem Passauer Regionalmonopolisten *Johann Evangelist Kaptinger* und dem Super-Hugenberg *Axel Springer* nichts von ihrem Eigentum nehmen. (Warum eigentlich nicht? Durch welchen Beschluß ist *Springer* ein mehrhundertmillionenfaches D-Mark-Vermögen übertragen worden? Wer hat den Verlegern der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Recht gegeben, Gelder aus dem Zeitungsunternehmen dazu zu verwenden, Besitzer von Handelsschiffen und diversen anderen Unternehmen zu werden?) Es würde die Vermögensbildung der Verleger auch für die Zukunft nicht bremsen. Dem Gesetz wäre also schwerlich eine radikalsozialistische Tendenz vorzuwerfen. Aber es würde dem akuten Mißstand in unserer Verfassungswirklichkeit entgegenwirken, daß Zeitungsverleger heute den Anspruch erheben dürfen, selbstherrlich (bzw. im Sinne noch selbstherrlicherer Inserenten) darüber zu entscheiden, was der Bundesbürger erfahren darf und was nicht. Dem Entwurf des Bundesinnenministeriums dagegen, soweit er bisher bekannt geworden ist, läßt sich das kaum nachsagen.

Wer will, daß die gesamte Presse immer weiter auf „Bild“-Niveau sinkt, der muß es bei der bisherigen Rechtlosigkeit, also Korruptierbarkeit der Journalisten belassen, muß ein fortschrittliches Presserechtsrahmengesetz des Bundes bzw. entsprechende Presserechtsnovellen der Länder verhindern, die Forderungen der Journalisten diffamieren, sich der Abschaffung des Tendenzparagrafen widersetzen. Wer aber dieser Entwicklung entgegenwirken will, der sollte schnell handeln. Denn die Pressekonzentration ist bereits über Zeitungen und Zeitschriften hinausgewuchert. Auch die Produktion und Distribution von Büchern, Schallplatten, Filmen, ferner das Kassettenfernsehen und die Auftragsproduktion fürs öffentlich-rechtliche Fernsehen, kurz: alle wichtigen Bereiche der Bewußtseinsindustrie sind unter die Kontrolle weniger Großverleger geraten. Seit langem ist z. B. die Buchfabrik Ullstein Teil des Springer-Imperiums, und der konservative Zeitungs- und Zeitschriftenverleger *Georg von Holtzbrinck*, Herr über etliche Buchverlage (*S. Fischer* etc.) und Buchgemeinschaften, stieg unlängst bei dem früher links profilierten Rowohlt Verlag ein. Die rechte Gleichmacherei marschliert.

## Gute Politik schlecht verkauft

Lieber Leo Bauer,

Ihre Überlegungen „Kein Grund zur Resignation!“ (NG 6/71) habe ich mit Interesse und einem Anflug von Resignation gelesen. Sicher stimmt Ihre Diagnose; aber ich vermisse die zur Heilung der Krankheitssymptome nötige Therapie, die entsprechenden Konsequenzen in unserer Partei.

Sie haben recht mit Ihrer Feststellung, daß Bundesregierung und SPD es nicht verstehen, ihre Erfolge „dem Wähler deutlich zu machen“. Sie verkaufen eine gute Ware schlecht.

Auch Ihre Andeutung, daß in der SPD die innerparteiliche Diskussion in Selbsterzählung und – wie ich meine – z. T. in systematische Unterwanderung auszuarten droht, trifft den Kern. Sicherlich sind wir nicht ganz unschuldig an dieser Situation: Wir haben ja die Apo aufgefordert, in die Parteien zu gehen, um dort ihre – z. T. sogar berechtigten – Forderungen anzumelden. Dabei sahen wir nicht voraus, daß sie mit konspirativen Tricks und der Masche der aktiven Kader Minderheiten zu Mehrheiten umfunktionieren würde.

Die innerparteiliche Diskussion ist notwendig, aber sie erfordert klare Fronten, sie verlangt Konsequenzen, wenn durch die Forderung nach „systemüberwindenden Strukturreformen“ das System der freiheitlichen Demokratie in Frage gestellt wird, wenn man sich auf *Rosa Luxemburg* beruft, aber ihre Feststellung ignoriert, daß Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist. Ich meine, daß unsere Partei in ihren Reihen das offene Bekenntnis zu totalitären Maximen und Systemen nicht dulden kann, wenn sie in der Öffentlichkeit glaubwürdig bleiben will. Und diese Grenzziehung muß immer wieder klar herausgestellt werden.

Wir sollten auch das Godesberger Programm nicht nur gegen Angriffe verteidigen, sondern es in der politischen Auseinandersetzung offensiv benutzen. Es ist gut und durchaus für den Wähler ansprechend. Aber es sollte immer wieder erwähnt, immer wieder in seinen Grundideen dargelegt werden.

Das gleiche gilt auch für das Programm der Bundesregierung und die Leistungen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode. Es entspricht zwar nicht im vollen Umfang dem SPD-Wahlprogramm, weil eine Koalition nun einmal Kompromisse erfordert. Dabei sollten wir nicht verschweigen, daß die Verwirklichung des Regierungsprogramms langsamer vorangeht als vorgesehen, weil sich Faktoren in den Weg stellen, die außerhalb unseres Einflußbereichs liegen oder nicht vorausberechenbar waren, gleichgültig, ob es sich um Innen-, Außen- oder Sozialpolitik handelt. Eine stärkere Information des Wählers kann durchaus in werbewirksamer Form erfolgen. Allerdings müßte das Presse- und Informationsamt mehr Initiative entfalten.

Wie gesagt, Regierung und SPD verkaufen ihre Poli-

tik schlecht. Sie schweigen zu viel und zu lang. In der Politik muß man aber ständig reden, wenn auch vielleicht nur, um zu sagen, daß man im Augenblick in der Öffentlichkeit nicht alles sagen kann, weil sonst der Erfolg der Politik in Frage gestellt wird.

Andererseits – und jetzt komme ich mir fast vor wie Tevje, der Milchmann – müssen wir klar und unzweideutig unsere Auffassungen zu Recht, Freiheit und Selbstbestimmung herausstellen. Und zwar immer wieder. Mit dem Osten ein erträgliches Verhältnis anstreben, kann nicht heißen, das dort herrschende System billigen. Das so umstrittene *Wiesland-Deutsch-Papier* halte ich für gar nicht so schlecht. Es bringt manche Klarheiten. Nur vermisse ich darin ein Wort über Gesamt-Berlin bzw. den Status von Ost-Berlin. Warum überlassen wir das eigentlich Herrn *Springer*?

Die neue Ostpolitik, die Anerkennung der normalen Kraft des Faktischen, darf nicht dazu führen, daß wir alle historischen Fälschungen widerspruchlos hinnehmen. Eine neue Politik verlangt Nüchternheit. Auch von der anderen Seite ...

Der CDU/CSU sollten wir stärker als bisher Ihre Versäumnisse in den vergangenen 20 Jahren um die Ohren schlagen. Ihre demagogischen Tricks sollten wir in der Öffentlichkeit anprangern. Man muß in der Politik die Kollision nicht suchen, aber man darf sie auch nicht um jeden Preis vermeiden wollen, wenn man das Profil behalten will ...

Unsere verantwortlichen Politiker sollten es vermeiden, in der Öffentlichkeit verschiedene Ansichten zu gleichen Sachproblemen zu vertreten. Was wiederum nicht heißen soll, daß man darauf verzichtet, die Problematik und Ambivalenz mancher Sachentscheidungen aufzuzeigen, und zwar in einer klaren, für jeden verständlichen Sprache. So wurde m. E. die Freigabe der Wechselkurse, ihre Notwendigkeit und ihre Folgen viel zu wenig in der breiten Öffentlichkeit behandelt. Viel zu selten wird auch darauf hingewiesen, daß die erste DM-Aufwertung durch die Schuld der CDU/CSU zu spät und zu zaghaft erfolgte und daß die DM heute trotz der noch zu hohen Entwertungsraten im internationalen Stabilitätsvergleich eine Spitzenstellung einnimmt ...

Doch ich verzettele mich in Einzelheiten: Ich glaube, daß Sozialdemokraten eine gute Politik schlecht verkaufen, weil uns die Fähigkeit zur Selbstdarstellung abhanden gekommen ist. Wären wir ein Wirtschaftsunternehmen, so wäre es höchste Zeit, die Werbefirma zu wechseln und die Verkaufspolitik zu ändern. Die Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierung und SPD muß intensiviert werden, sie muß offensiv und informativ sein und eine breite Bevölkerungsschicht ansprechen. Es könnte, es müßte viel geschehen, ehe man mit gutem Gewissen sagen kann: „Kein Grund zur Resignation!“. Hoffentlich ist es dafür nicht schon zu spät.

Rolf Pabst

## „Keine Unwahrheit, sondern Tatsache“

Ich will mich nicht mit den Meinungen auseinandersetzen, die H. A. über mein Buch (siehe NG Nr. 8/71, S. 599 f., Rezension „Vom Frieden redet keiner“) äußert, so sehr sie auch seine Voreingenommenheit versteinern („Bewußt spielt [P.] das infant terribile...“). Ach nee.

Zwei Behauptungen sind jedoch zu sehr der Wahrheit zuwider, als daß sie als bloße Meinungsäußerung passieren dürfen, zumal sie geeignet sind, mich als Autor als dumm oder bewußten Lügner hinzustellen.

1. „Selbst für den sowjetischen Einfluß im Nahen Osten sei ausschließlich Israel verantwortlich.“ Nun, ich schreibe ausdrücklich, daß dem nicht so sei, und das Buch ist eigentlich zu kurz, als daß H. A. es überlesen haben könnte (z. B. S. 80–88).

2. „Die Flucht der arabischen Bevölkerung ... wird, geschichtlich unwahr, allein den Israelis zur Last gelegt.“ Aber ganz abgesehen von der Einschränkung, die ich selbst (S. 75) zitiere, ist es längst einwandfrei geklärt, daß die bewußte und systematische Vertreibung der Palästinenser durch die Israelis keine Unwahrheit, sondern eine Tatsache ist, gegen die der automatische Widerspruch mehr oder minder professioneller Israel-Apologeten nichts nützt, und die auch durch das gebetamühenhafte Nachplappern der offiziellen israelischen Propaganda nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden kann. Eine vorzügliche und mit reichlichem Material versehene Darstellung dieses Komplexes findet sich u. a. (aber H. A. sicherlich unbekannt oder zuwider) in „The Transformation of Palestine“ Northwestern University Press, Evanston 1971, pp. 185–202).

Herzlichst ihr  
Gert v. Paczensky

Paul Brecher

## DAS GEHEIMNIS DER MENSCHWERDUNG

Das nun wirklich aufregendste Buch  
unserer Zeit!

Ganz anders als Jacques Monod, der da behauptete, daß der Mensch ein Zufallsprodukt der Natur sei, zeigt Brecher mit wissenschaftlicher und doch spielerisch leicht zu lesender Akribie, daß es, so wie es den Menschen nicht ohne die Natur, die Natur nicht ohne den Menschen gibt.

Das Geheimnis der Menschwerdung ist auch das Geheimnis der Naturwerdung.

Nur, der Mensch ist nicht nur biologisch ein Mensch, nicht nur soziologisch, sondern auch kulturell. Und dazu hat der Verfasser etwas besonderes zu sagen. Schopenhauer schrieb einmal: „Ich kann mir kein schlimmeres Schicksal vorstellen, als das eines begabten Philosophen, der arm ist.“ Der Verfasser kann das bestätigen. Aber nicht nur er, viele, allzu viele Kulturschaffende leiden bittere Not. Institutionen, Organisationen und auch der Staat haben für sie kein Geld.

Um diese Kulturunwürdigkeit zu beseitigen, schlägt der Verfasser die sofortige Abschaffung der KIRCHENSTEUER vor und plädiert für die Einführung einer KULTUR-STEUER in gleicher Höhe, der sich niemand entziehen darf.

Von dieser Kultursteuer können und sollen auch die Kirchen – warum nicht – finanziert werden. Aber nicht mehr ausschließlich. Alle kulturellen Organisationen, große und kleine, aber auch kulturschaffende Einzelpersonen müssen daraus Hilfe und Förderung erfahren.

So gesehen, kann dieses Brecher-Buch; „Das Geheimnis der Menschwerdung“ nicht nur wissenschaftlich, sondern auch kulturell eine absolute Wende bedeuten.

Das Buch, bibliophil ausgestattet, Großformat, Kunstdruckpapier, flexibel gebunden, kostet 22,- DM. Zu beziehen durch: Verlag der IVE, 53 Bonn, Reuterstraße 14, Postscheckkonto Köln 2508 81, (Nachnahme oder Vorkasse) und alle Buchhandlungen.

# Zum Zeitgeschehen

## Dollar in der Krise

Präsident Nixons spektakuläre wirtschaftspolitische Aktion hat mit einem Schlage das Dilemma deutlich gemacht, in dem sich die stärkste Wirtschaftsmacht der Welt seit vielen Jahren befindet: Die enormen Kosten des Vietnam-Krieges, außenpolitische Verpflichtungen und eine lang anhaltende inflationäre Entwicklung im Inland haben die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft katastrophal verschlechtert. Das Zahlungsbilanzdefizit wuchs und wuchs, und in diesem Jahr werden die USA voraussichtlich zum ersten Mal seit 1893 auch in ihrer Handelsbilanz mit einem Defizit abschließen. Dies bedeutet u. a., daß die reichste Nation der Welt zu einem Kapitalimportland geworden ist.

Das Nixon'sche Programm ist in den USA teilweise mit geradezu euphorischer Begeisterung aufgenommen worden. Dies erscheint dem außenstehenden Betrachter schwer verständlich. Der binnenwirtschaftliche Teil des Programms enthält eine Fülle teilweise widersprüchlicher Maßnahmen, von denen ein großer Teil von Nixon selbst noch vor kurzem kategorisch abgelehnt wurde. Durch Steuersenkungen und andere Anreize sollen der private Konsum, insbesondere die Autokonjunktur und die privaten Investitionen angereizt werden. Gleichzeitig aber ist beabsichtigt, die öffentlichen Ausgaben drastisch zu kürzen. Wie sich dies mit den sozialen Notwendigkeiten in den USA verträgt, bleibt ein Geheimnis. Die Diskrepanz zwischen öffentlicher Armut und privatem Wohlstand wird durch das Programm jedenfalls eher noch größer werden. Und der 90tägige Lohn-Preis-Stopp stellt sicher keine befriedigende Antwort auf das Problem der schleichenden Inflation dar. Darüber besteht nach den Erfahrungen mit dieser Art von Einkommenspolitik in anderen Ländern heute kaum eine Meinungsverschiedenheit.

Für den „Rest der Welt“ sind vor allem die monetären und außenwirtschaftlichen Maßnahmen von Bedeutung. Die Aufhebung der Konvertierbarkeit des Dollars in Gold hat die seit vielen Jahren schwelende Weltwährungskrise offen zum Ausbruch gebracht. Tatsächlich konnten die USA schon lange nicht mehr ihr Versprechen von Bretton Woods einhalten, Dollars jederzeit in Gold umzutauschen. Allein die deutschen Dollarreserven, wären sie präsentiert worden, hätten Fort Knox geleert. Doch die Fiktion vom Gold als einer Art Maßinheit für feste Wechselkursparitäten wurde bisher aufrechterhalten. Jetzt ist dieser Maßstab verloren gegangen. Der Dollar ist praktisch flexibel geworden. Was dies für das Weltwährungssystem, das immerhin 25 Jahre lang, wenn auch mit einigen Erschütterungen, funktioniert hat, bedeutet, läßt sich heute noch nicht endgültig absehen. Zunächst einmal sind fast alle Währungsrelationen in Bewegung geraten. Am Ende wird, so ist zu hoffen, ein neues, vielleicht sogar besseres Weltwährungssystem stehen. Notwendig ist sicherlich eine

Neufestsetzung der Währungsparitäten, eine weltweite Anpassung. Der Dollar wird sicherlich einiges von seiner Bedeutung als Leit- und Reservewährung verlieren, ohne daß er jedoch durch eine andere Währung ersetzt werden könnte. In einer fernen Zukunft wäre wohl auch daran zu denken, eine Art künstliche Weltwährung zu schaffen, wobei der Internationale Währungsfonds die Rolle einer Weltnotenbank übernehmen müßte.

Die europäischen Länder werden in der Weltwährungsordnung der Zukunft eine wichtige Funktion zu erfüllen haben. Um so bedauerlicher ist es, daß sie sich der „amerikanischen Herausforderung“ nicht gewachsen gezeigt haben und keine gemeinsame Haltung finden konnten. Die Dollarkrise hätte die große Stunde einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sein können; doch wurde diese Gelegenheit, vorerst jedenfalls, nicht genutzt. Es besteht jedoch kein Grund, die Situation zu dramatisieren. Der Zwang zu einer gemeinsamen Währungspolitik nach außen und damit auch zu einer engeren Koordinierung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik innerhalb der EWG zu kommen, ist durch die amerikanische Aktion noch größer geworden. Aber es braucht wohl einfach seine Zeit, bis daraus die Konsequenzen gezogen werden.

Karl Schillers Politik der flexiblen Wechselkurse, im Mai noch von den europäischen Partnern allenfalls toleriert, hat inzwischen eine glänzende Bestätigung als richtige Reaktion auf die Dollarkrise gefunden. Inzwischen haben sich fast alle Industrieländer dieser Politik mehr oder weniger angeschlossen, übrigens partiell auch Frankreich durch Spaltung seines Devisenmarktes. Ohne die Freigabe des DM-Wechselkurses im Mai hätte die Bundesrepublik in den letzten Wochen wahrscheinlich einen Spekulationssturm erlebt, der alle Bemühungen um Stabilität zunichte gemacht hätte. Das jetzt in fast allen Ländern praktizierte System flexibler Kurse mit verdeckten Interventionspunkten enthält zwar einige Unsicherheiten, gleichzeitig aber auch die Chance, daß sich in absehbarer Zeit auf den Märkten realistische Wechselkurse bilden. Dies wäre ein erster wichtiger Schritt für eine Reform des Weltwährungssystems.

Für die Wirtschaft der Bundesrepublik ist die amerikanische Importsteuer eine für einige Branchen und Firmen recht drastische zusätzliche Belastung zu der Freigabe des Wechselkurses. Auf der anderen Seite verringert sich per saldo der Aufwertungseffekt der DM durch die Aufwertung anderer Währungen gegenüber dem Dollar. Insgesamt dürfte die Erschwerung des deutschen USA-Exports jedoch mit dazu beitragen, daß sich der Prozeß der konjunkturellen Beruhigung, der bereits seit längerem im Gange ist, beschleunigt. Der Zeitpunkt für einen konjunkturpolitischen Kurswechsel könnte dadurch näher rücken. Der Entschluß dazu würde wesentlich erleichtert, wenn sich in den bevorstehenden Tarifverhandlungen in bundesdeutschen Ländern. Das einst so

gen zeigen würde, daß auch die Sozialpartner bereit sind, Konsequenzen aus der veränderten Situation zu ziehen. KOP

## „Die Welt“ des Axel Cäsar Springer und die historische Wahrheit

*Herbert Kremp*, seines Zeichens Chefredakteur der deutschnationalen Tageszeitung „Die Welt“, will vornehmer scheinen als sein Springer-Kollege *Peter Boenisch*, der „Bayern-Kurier“ und die NS-Zeitung „Nationalzeitung“.

Er bemüht sich darum, sein Temperament zu kontrollieren. Manchmal, in die Ecke getrieben, gelingt es ihm nicht, und dann wird deutlich, wies Geistes Kind *Herbert Kremp* ist. Das geschah vor Jahresfrist, als er in einem Gespräch im 3. Fernsehprogramm des NDR zornig erklärte, diese Regierung müsse im Amt bleiben, bis sie restlos den Beweis ihres Versagens offenbart habe. Die Antwort auf diesen Ausbruch, ihm gehe es also weniger um das Schicksal Deutschlands als vielmehr um die Niederlage dieser Bundesregierung, brachte ihn kaum in Verlegenheit.

Die Darstellung der Ereignisse um den 13. August 1961, die Bundeskanzler *Willy Brandt* im „Stern“ schilderte, hat Herr *Kremp* wieder auf die Barrikaden gebracht – diesmal von seinem Standpunkt aus zu recht. Er hat erkannt, wie gefährlich es für die Deutschnationalen in diesem Land und für die CDU/CSU werden kann, wenn an Hand von Dokumenten dargelegt wird, welche Schuld diese Kreise in der Berlin-Frage auf sich geladen haben und wie wenig es ihnen zusteht, die Bundesregierung heute zu schmähen, weil sie sich bemüht, einen Weg aus der Sackgasse zu finden, in die die CDU/CSU-Regierungen West-Berlin und seine Bewohner manövriert haben. *Herbert Kremp* wirft dem Bundeskanzler vor, er habe in seiner Darstellung nur einseitig kritisiert und kein Wort über die Sowjetunion und die DDR verloren. Dabei weiß er genau, daß es in der Auseinandersetzung um den Bau der Mauer nicht die geringsten Differenzen über das schändliche Verhalten der SED gegeben hat und geben kann. Im Zusammenhang mit den Beschlüssen der vier Siegermächte für eine vertretbare Berlin-Regelung geht es hier und heute um die Frage, welche Schlußfolgerungen sich 10 Jahre nach dem Mauerbau ergeben. Mit anderen Worten: War die Adenauersche Berlin-Politik des Nichtstuns angetan, den Menschen in West-Berlin und im geteilten Deutschland zu helfen? Oder gibt es nur den Weg, den die jetzige Bundesregierung beschritten hat?

Es wurde gesagt, daß *Herbert Kremp* sich trotz aller „Vornehmheit“ kaum von der Argumentation eines *Peter Boenisch*, des „Bayern-Kurier“ und der NS-Zeitung des Herrn *Frey* unterscheidet. Das wird deutlich, wenn er in seinem Artikel *Brandt* beschul-

digt, er würde sich zum Sozialismus (damit meint *Kremp* natürlich Kommunismus) und zur Sowjet-union hinwenden. Vorsichtig wie er ist, fügt er zwar hinzu: „*Brandt* sagt das nicht, er meint es wahrscheinlich auch nicht so, aber man könnte nach der „Stern“-Lektüre meinen, daß er so denkt.“ Hier kann man nur sagen: Niedriger hängen! Hier handelt es sich um die schmutzigste Form des Journalismus, denn wider besseres Wissen behauptet *Kremp* etwas, von dem er selbst zugeben muß, daß es nicht den Tatsachen entspricht.

In der gleichen Nummer der deutschnationalen Zeitung „Die Welt“ (12. 8. 1971) wird der Sohn des Oberst *Graf Stauffenberg* bemüht, um gegen Staatssekretär *Frank* vom Auswärtigen Amt zu polemisieren. Staatssekretär *Frank* hatte im Zusammenhang mit der Veröffentlichung zweier diplomatischer Telegramme zur Berlin-Frage seine Besorgnis über den Geheimnisverrat zum Ausdruck gebracht und in diesem Zusammenhang das Problem der Geheimplatzhalter angesprochen. Der stellvertretende Vorsitzende der Jungen Union und Schwiegersohn des *Freiherrn von und zu Gutenberg* hat schon bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich gemacht, wie konservativ reaktionär seine Grundeinstellung ist. Es ist ein Hohn, wenn im Vorspann zu seinem Artikel in der „Welt“ darauf hingewiesen wird, daß er der Sohn von „Oberst *Graf Stauffenberg*, der Zentralfigur der Verschwörer gegen *Hitler*“ sei. Sein Vater würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er die Ausführungen seines Sohnes lesen müßte. Denn im Unterschied zu den Männern des 20. Juli haben die Dunkelmänner, die Geheimmaterial an die Zeitungen weitergeben, nicht den Mut, sich offen zu ihrer Politik zu bekennen. Die Rechte und Vorrechte eines Beamten für sich in Anspruch zu nehmen, gleichzeitig aber gegen die gewählte Bundesregierung zu intrigieren, ohne offen zu bekennen, daß man mit der Politik der Bundesregierung nicht einverstanden ist, das hält anscheinend *Franz Ludwig Graf Stauffenberg* für richtig.

Wie gefährlich ein solches Verhalten von Beamten eines demokratischen Staates ist, interessiert den Grafen – im Gegensatz zu einigen führenden CDU-Politikern – wenig. Ihm geht es wie Herr *Kremp* darum, dieser Regierung mit allen Mitteln zu schaden. Er ist gegen Opposition und für Obstruktion, denn für ihn können nur seinesgleichen in der Bundesrepublik regieren. Aber auch der Graf wird sich daran gewöhnen müssen, daß diese Bundesrepublik nicht in Erbpacht von den Deutschnationalen genommen werden kann. L. B.

## Die „Welt“ der „National-Zeitung“

Morgenröte am fernöstlichen Horizont und einen Drachen als Bundesgenossen sichteten jüngst einige politische Glücksritter und ihre schreibenden Hel-

verabscheute rotchinesische Ungetier war Ihnen mit einem Mal direkt sympathisch geworden, denn sie witterten die einmalige Chance, den Drachen für ihre Interessen feuern und schwefeln zu lassen. Wider den russischen Bären und für einen im gleichen Atemzuge erstarkenden Michel.

Der angekündigte Besuch des amerikanischen Präsidenten in Peking beflügelte die „fabelhafte“ Fantasie des bayerischen Papierlöwen **Franz Josef Strauß** – und im Schlepptau seinen CSU- und „Bayernkurier“-Anhang – so sehr, daß sich Bundeskanzler **Willy Brandt** nur über die Wendigkeit von **Strauß**, der über Peking das Berlin-Problem lösen wollte, wundern konnte. Und die „Welt“ des Erz-Antikommunisten und Blaue-Amisen-Felndes **Axel Springer** orakelte bedeutungsvoll: „Es wäre die einzige diplomatische Verbindung zu einem kommunistischen Staat, von der wir, statt teuer zu bezahlen, noch einen Gewinn erwarten könnten.“

Doch so originell und neuartig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, sind diese Gedanken nun auch wieder nicht. Aus tiefbrauner Ecke erscholl bereits vor Jahren und unermüdlich der Ruf nach einem Arrangement mit dem Mao-Reich. Die „Deutsche National-Zeitung“ eines **Gerhard Frey** propagierte immer wieder ein „Zusammenspiel“ mit Rotchina, um die verhaßte Sowjetunion in die Knie zu zwingen und dem großdeutschen Willen der notorischen Ostlandreiter gefügig zu machen. In diesem Fall verhalten die Appelle und Tiraden lange Zeit ungehört, bis sie nunmehr aufgegriffen wurden. In anderen Fällen zeigte sich die „Welt“ schon früher aufgeschlossener, was die DNZ 1968 genauvoll registrierte: „Man findet jetzt in der ‚Welt‘ Auffassungen, die vor fünf oder acht Jahren Gedankengut der ‚National-Zeitung‘ waren.“

Die „Welt“ formuliert ihren Standpunkt zwar verklausullierter als die DNZ, denn markigere Worte könnten eventuell auch dem letzten Leser die Augen über die unheilvolle Verwandtschaft öffnen. Wer aufmerksam liest, wird aber den rechten Braten riechen. Das gilt auch für die **Strauß'schen** Spekulationen. Nicht umsonst feierte die DNZ den bayerischen Kraftprotz als „Mann des Jahres“.

Das Kartell der nationalistischen Traumtänzer steckt tief in der Tradition überkommenen aggressiven Großmachtdenkens und einer unrealistischen Politik der Stärke. Ihr Denken bewegt sich verteuftelt in den Bahnen imperialer Mächte des 19. Jahrhunderts. Sie verdrängen, daß sich das Gewicht der Kräfte seit Jahrzehnten ständig verschoben hat. Als habe es keine Weltkriege gegeben! Als sei Deutschland, vertreten durch die Bundesrepublik, eine Großmacht wie eh und je! Als könne man gemäß historischem Vorbild andere Nationen nach der deutschen Pfeife tanzen lassen!

Das Kalte-Kriegs-Antlitz, während der Entspannungphase bislang nur notdürftig verschleiert, blickt wieder hervor: Druck und Einkreisung der Sowjetunion

durch eine Achse Bonn–Peking (früher war es Japan), möglichst noch verstärkt durch die USA. Denn China und die Bundesrepublik haben „einen gemeinsamen Gegner, vor dessen Ambitionen sie sich gleichermaßen fürchten müssen“ („Welt“). Nur so kann laut „Welt“ dem „beständigen Zurückweichen vor unangemessenen sowjetischen Forderungen in Europa ein Ende gesetzt werden“. Auf diesen Pfaden wandelt auch **Strauß**, der sich wieder mal als gelehriger Schüler der geschalteten Kalten Krieger **Adenauer** und **Dulles** entpuppt, wenn er das Washington-Pekinger Gespräch für die Ostpolitik so interpretiert: „In dieser Lage Verhandlungen mit der Sowjetunion zu suchen, hätte einen Sinn gehabt, weil die Position, von der die Bundesrepublik hätte ausgehen können, günstiger gewesen wäre als die vom Frühjahr 1970.“

Es kommt noch dicker: Empfindlicheren Ohren muß es wie Säbelgerassel in den Ohren klingen bei militaristischen „Welt“-Anklängen wie: „China bindet sowjetische Truppen in Sibirien – im Augenblick rund 42 Divisionen“, oder: die Bonner Ostpolitik entlaste den Kreml an seiner Westflanke. Wer noch mehr Pulverdampf riechen möchte, schlage in der „National-Zeitung“ nach.

Der CSU-Chef meint angesichts des chinesisch-amerikanischen Dialogs zu erkennen, wie „verhängnisvoll kurzsichtig“ die Brandt-Scheel-Politik nach Osten sei. Kurzsichtig dürfte aber vielmehr sein, den Kontaktdraht von Moskau auf Peking umzupolen. Was dabei herausspringt, kann man sich leicht ausrechnen: Die durch Einkreisung und militärische Machtdemonstration zweifellos beabsichtigte Erpressung der Sowjetunion dürfte ebenso scheitern wie die seinerzeit von **Adenauer** gewellsagte Wiedervereinigung durch den NATO-Betritt. Der von der „Welt“ vorausgesagte Gewinn wird in einen schwer wieder gut zu machenden Schaden umschlagen: Die Glaubwürdigkeit Bonns wäre dahin, nicht nur in Moskau, Warschau etc., sondern auch im Westen. Ein erneuter Verhandlungsanlauf wäre dann auf Jahre, um nicht zu eagen auf Jahrzehnte, verbaut und die Ausgangsposition für befriedigende Lösungen mit dem östlichen Nachbarn entscheidend verschlechtert.

Wenn die rechten Auguren – **Nixons** Neuorientierung im Auge – fordern, Hals über Kopf nach Peking zu pilgern, kann man dem nur entgegenhalten: Was für die USA erfolgversprechend sein mag, muß für die Bundesrepublik noch lange nicht vorteilhaft sein. Im Gegenteil. **Nixon** hat einen zwingenden Grund, mit der Volksrepublik China ins Gespräch zu kommen, denn beide haben tangierende Probleme (Vietnam, Taiwan) – Bonn mit Peking aber nicht. Dagegen hat die Bundesregierung einen zwingenden Grund, sich mit den osteuropäischen Staaten zu verständigen – aufgrund der beide Seiten berührenden Probleme.

Durch den Peking-Rummel des Kanzleraspiranten **Strauß** und seiner Hamburger Hofprediger dürfte die Glaubwürdigkeit der CDU/CSU ins Wanken geraten.

# Für Zinsjäger

Das **Kapital-Sparbuch** mit den steigenden Zinsen. Von 5% auf 8,5% in 5 Jahren. Und Sie können Ihr Geld immer abheben. Mit den Zinsen. Ein sicherer Wertzuwachs.



**Bank für Gemeinwirtschaft**

Sicherlich ist dabei den Tschiang-Kai-schek-Freunden in der Union nicht wohl, denn bei Verwirklichung der Rotchina-Offensive müßte die so hochgelobte Verbindung zum Formosa-Regime unter den Tisch fallen. Die „Welt“ winkt bereits mit einem „eleganten“ Ausweg: Es seien doch „so viele elegante Formeln zwischen Stockholm und Wien produziert worden, mit denen das Formosa-Problem umgangen werden kann“. Im Klartext: Was kümmern uns treue Freunde, wenn es um unseren Vorteil geht. Rechte Moral!

Vielleicht könnte es dem lautstarken CSU-Vorsitzenden und seinem rechtsgerichteten Anhang nicht schaden, einen Blick ins Rote Buch des „Großen Vorsitzenden“, den sie so blind und ohne Einverständnis in ihr machtpolitisches Poker einplanen, zu werfen. Den rechten Peking-Fans deshalb mit Mao ins Stammbuch geschrieben: „Unruhe stiften, Niederlagen einstecken, wieder Unruhe stiften und noch einmal Niederlagen einstecken bis zum Untergang – das ist die Logik des Imperialismus und aller Reaktionen der Welt... Wir dürfen auf keinen Fall gegenüber den wahnwitzigen Revanchekomploten der Imperialisten und aller ihrer Kettenhunde mit der Wachsamkeit nachlassen.“

K. L. H.

### Tokio bekommt Konkurrenz

Das engmaschige Bündnisssystem zwischen Japan und den USA ist über Nacht in Frage gestellt worden. Nixons Ankündigung, er werde bis spätestens Mai nächsten Jahres nach Peking reisen, hat die Japaner schockartig aus ihrem Dornröschenschlaf fast bedingungsloser Amerika-Hörigkeit wachgerüttelt. Seitdem hat man so viele Politiker von Rang so hilfloses Zeug stammeln hören wie in Tokio nach der Übermittlung von Nixons Fernsehansprache.

Einer der ersten, der sich wieder gefangen hatte, war Ministerpräsident Sato. Derselbe Sato übrigens, den übereifrige Verfechter einer bedingungslosen Annäherung an Peking schon stürzen sahen, weil Nixons Annäherung an die Chinesen seiner Politik den Boden entzogen habe. Nun überraschte er seine Anhänger und Gegner mit der – in ein Interview mit einem amerikanischen Korrespondenten verpackten – Erklärung, es sei seine Hoffnung, daß der Tenno den Vereinigten Staaten einen Besuch abstatte. Der geschickte Schachzug des Premiers ist in mehrfacher Hinsicht bedeutsam.

Einmal ist er geeignet, einer aufkommenden Los-von-Amerika-Bewegung im eigenen Lande den Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn wo der Kaiser hinfährt, da muß es ja auch Freunde Japans geben. Die zukünftigen Gastgeber des Symbols der Einheit der japanischen Nation (so umschreibt die von den

Amerikanern inspirierte Nachkriegsverfassung die Rolle des Tenno) kann man zudem nicht ungehemmt beschimpfen, jedenfalls nicht solange, bis der Besuch abgewickelt ist. Zum anderen zwingt Satos Geste die Amerikaner, den angebotenen Monarchenbesuch fast unbesehen willkommen zu heißen (und damit das amerikanisch-japanische Bündnis vor aller Welt, auch vor Peking, nachdrücklich zu bekräftigen).

Sie hatten bereits im Frühjahr, als die kaiserlichen Reisepläne nach Europa bekanntgegeben wurden (Amerika war nur als notwendiger Stop-over zum Tanken in Alaska geplant), nicht ohne Verärgerung ihr Interesse bekundet. Doch damals war Tokio nicht interessiert. Auch jetzt, nach Nixons Tiefschlag mit der Vereinbarung seines Peking-Besuchs hinter dem Rücken der Japaner, kann Washington es sich kaum leisten, Tokio seinen Wunsch abzuschlagen. Und schließlich liefert ein Tenno-Besuch in Amerika auch den willkommenen Vorwand, um Nixon oder den nächsten Präsidenten der USA seinerseits nach Japan einzuladen. Das gäbe Tokio Gelegenheit, wenigstens einigermaßen mit Peking gleichzuziehen und sein in den Augen vieler Asiaten angeschlagenes Prestige wieder aufzubessern. Auch wäre es eine günstige Gelegenheit, eine alte Scharte auszuwetzen: die japanische Absage (übrigens durch Satos älteren Bruder, Nobusuke Kishi, den damaligen Regierungschef in Tokio) an den bereits aus Washington abgereisten US-Präsidenten Eisenhower, der im Sommer 1960 nach Inkrafttreten des neuen japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags nach Tokio kommen wollte.

Doch kann Satos Kaiserdiplomatie – die von vielen Japanern übrigens als geschmacklos empfunden wird – nur vorübergehend und in jedem Fall nur oberflächlich davon ablenken, daß das Bündnis zwischen Japan und Amerika grundätzlich Schaden genommen hat. Denn die Kontaktaufnahme der Amerikaner zu den chinesischen Kommunisten hat die Machtkonstellationen im Fernen Osten verändert. Tokio hat, viel früher als erwartet, Konkurrenz bekommen. Und zwar sowohl in seinem Verhältnis zu Washington als auch in seiner Führungsrolle in Asien.

Seit der Entsendung chinesischer „Freiwilliger“ nach Korea zur Bekämpfung der bis dicht an die chinesische Grenze vorgedrungenen UN-Truppen und seit der Verurteilung Pekings als „Aggressor“ durch den Weltfriedensrat (in Abwesenheit des sowjetischen Delegierten) war es üblich geworden, die Volksrepublik China bzw. die 700, 750 oder 800 Millionen Chinesen auf dem Festland als militärische Bedrohung für Asien oder zumindest als potentielle Führungsmacht in Fernost zu apostrophieren. Tatsächlich aber waren es die Japaner, die sich, von den Amerikanern ermuntert und ohne nennenswerte Konkurrenz, fast in allen asiatischen Ländern außerhalb des kommunistischen Herrschaftsbereichs etablierten und wirtschaftliche Machtpositionen aufbauen konnten,

die ihnen nach dem Abzug der Amerikaner eine beherrschende Stellung sicherten bzw. sichern. Dabei zweifelte niemand daran, daß der zunächst rein wirtschaftlichen Machtstellung später politische Einflüsse und eines Tages wohl auch eine militärische Vorrangstellung folgen würde. Der philippinische Staatspräsident Marcos hat das bereits vor Jahren offen ausgesprochen.

Der Erfolg der Kissinger-Mission nach Peking hat diese Situation dramatisch verändert. Zwar besteht wenig Gefahr, daß Japans asiatische Märkte in nächster Zeit mit Erzeugnissen aus der Volksrepublik China überschwemmt werden. Auch wird eine mögliche militärische Bedrohung durch Peking wohl noch auf lange Zeit nur latent bleiben, da jede Bewegung der zahlenmäßig riesigen Volksbefreiungsarmee eben auch einen riesigen logistischen Aufwand erfordert (ganz abgesehen von den Erfordernissen einer modernen Bewaffnung); zu solchen Opfern aber dürfte China nur im Falle eines Existenzkampfes bereit sein.

Die Änderung liegt vielmehr darin, daß sich Chinas nahe und ferne Nachbarn in Asien darauf einstellen, daß es von nun an neben Tokio eine weitere Größe gibt, die es zu berücksichtigen gilt, um so mehr, als Amerikas Entschluß, sich hinter dem Feigenblatt der sogenannten „Nixon-Doktrin“ aus Asien militärisch und damit auch politisch zurückzuziehen, durch die Kontaktaufnahme zu Peking einen weiteren Impuls erhalten hat.

Damit hat die Rivalität zwischen Tokio und Peking um die Führungsrolle in Asien, welche bisher nur Spekulationswert hatte, ihre reale Komponente bekommen. Das wirkt sich selbst in Japan aus, wo nach dem Gros der Massenmedien nun auch wichtige Teile der Wirtschaft auf Peking-Kurs eingeschwenkt sind und sich – entgegen der Regierungspolitik – von Taiwan, aber auch von Südkorea abwenden. Dadurch wird auch die Regierung unter Druck gesetzt, neben oder sogar an Stelle ihrer bisherigen Bindungen den neuen Machtfaktor Peking anzuerkennen. Wann diese Entwicklung auch zu einer formellen Anerkennung der Regierung der Volksrepublik China durch die Japaner führen wird, ist eine andere, durch die Existenz des Friedensvertrages zwischen Tokio und Taipeh von 1952 komplizierte Frage. Von der Regierung Sato jedenfalls dürfte ein solcher Schritt kaum zu erwarten sein.

Von viel unmittelbarer Bedeutung aber ist die Veränderung der japanischen Beziehungen zu Washington. Denn da der militärische Teil des japanisch-amerikanischen Bündnisses bisher vor allem – wenn auch kaum direkt ausgesprochen – gegen eine mögliche Bedrohung aus Peking gerichtet war, läuft Washingtons Versuch, mit den chinesischen Kommunisten ins Gespräch zu kommen, auf einen „Fortfall der bisherigen Geschäftsgrundlage“ hinaus, jedenfalls im Verhältnis Amerikas zu Japan. Das hat auch sehr direkte militärische Auswirkungen. Denn eine wirkliche Verständigung zwischen China und den

Vereinigten Staaten dürfte langfristig gesehen nur möglich sein, wenn die USA ihre Truppen aus Taiwan und Umgebung abziehen. Damit entfällt aber für Japan die amerikanische Garantie seiner wichtigsten Schifffahrtswege, die von einem eines Tages vom Festland aus kontrollierten Taiwan unschwer bedroht werden können. Auch wenn dies politisch nicht sehr wahrscheinlich sein mag, muß sich Japans zukünftige Sicherheitspolitik auf diese Möglichkeit einstellen, zumal Amerikas Initialverhandlung mit Peking ohne Hinzuziehung Tokios den Japanern gezeigt hat, daß sie sich im entscheidenden Augenblick auf Washington nicht verlassen können. Dieser Vertrauensbruch ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen.

Wenn Japan also bisher noch gezögert haben sollte, eine autonome Verteidigungsmacht aufzubauen, so wird dieses Ziel in Zukunft für alle Anhänger traditioneller Selbstverteidigungskonzepte zu einer unabwendbaren Notwendigkeit werden. Amerika, das nach 1945 angetreten war, militaristische Ambitionen Japans mit Stumpf und Stül auszurotten, hat damit selber die Ursachen für eine erneute militärische Eigenständigkeit der Japaner gelegt. Es bedarf keiner großen Phantasie, um vorauszusagen, daß diese Entwicklung eines Tages auch zu einer eigenen Nuklearwaffe führen kann. Der schon bisher in Japan keineswegs populäre Sperrvertrag hat durch den amerikanischen China-Flirt jedenfalls fast alle Chancen verloren, von der Tokioter Nationalversammlung ratifiziert zu werden.

Die Konsequenzen der Peking-Reise Kissingers haben noch eine weitere Position der Japaner so gut wie aussichtslos gemacht, nämlich ihre Hoffnung auf einen permanenten Sitz im Welt Sicherheitsrat. Einen solchen Anspruch hatte Tokio bei der letzten Vollversammlung der UNO angemeldet, als es aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums der Weltorganisation eine allgemeine Charta-Revision vorschlug. Sollte Peking den bisher von Taiwan besetzten chinesischen Sitz im Sicherheitsrat einnehmen, womit sich die Amerikaner abgefunden zu haben scheinen, dann ist, wenn sich die bisherige Haltung der chinesischen Kommunisten gegenüber Japan nicht grundlegend ändert, mit ihrer Zustimmung zu einer solchen Änderung der UNO-Satzung sicherlich nicht zu rechnen. Diese Aussicht dürfte auch auf den bislang gezeigten UNO-Enthusiasmus der Japaner nicht ohne nachteilige Folgen bleiben – und ihre Tendenz verstärken, sich statt dessen lieber auf die eigene Rüstung zu verlassen.

Darüber hinaus wird Tokio in seiner Absicht bestärkt werden, sich schon aus Sicherheitsgründen so fest wie möglich in Südkorea und Taiwan einzurichten und diese beiden Gebiete als vorgeschobene Bastionen gegen mögliche oder eingebildete Gefährdungen seiner Sicherheit zu behaupten. In Taipeh wie in Seoul scheint man diese Entwicklung nicht ungern zu sehen. Die Nationalchinesen sehen sowieso nach dem „Nixon-Verrat“ in Japan nun ihren einzigen verlässlichen und potenten Verbündeten (dessen mög-

liche Nuklearaufrüstung sie nicht schreckt), und auch Südkorea wird durch die neue amerikanische China-politik – verbunden mit dem im vergangenen Jahr eingeleiteten und spätestens bis 1975 abgeschlossenen Rückzug der dort im Namen der UNO stationierten US-Truppen – gezwungen, sich mehr und mehr, und sicherlich mehr als Seoul ursprünglich im Sinn gehabt hatte, auf Japan einzustellen. Das Echo südkoreanischer Regierungskreise auf *Nixons* chinesische Reisepläne – das verdient Beachtung – war übrigens keineswegs so negativ, wie man hätte erwarten können. Man begrüßte bei aller Vorsicht die in einer amerikanisch-chinesischen Annäherung liegende Chance für eine Entspannung auch auf der koreanischen Halbinsel. Den Schock des Vertrauensbruchs, den Taiwan und Japan zum ersten Mal und in aller Wucht verspürten, hatte Seoul bereits ein Jahr zuvor durchmachen müssen, als die Amerikaner sie ohne Rücksicht auf die innenpolitische Lage in Südkorea mit der Entscheidung konfrontierten, einen Großteil ihrer Truppen abzuziehen. Jetzt sind Tokio und Taipeh an der Reihe, sich an die so plötzlich und brutal veränderte Welt anzupassen.

G. H.

# Willy Brandt

# Friedrich Engels und die soziale Demokratie

Aus dem Inhalt:

**Friedrich Engels**

und die soziale Demokratie

Rede zum 150. Geburtstag von

Friedrich Engels in Wuppertal

Rede zum 50. Todestag von

August Bebel in Zürich

Rede zum 150. Geburtstag von Karl Marx

in Trier

56 Seiten, Snolln-Broschur, 4,- DM

**Verlag  
Neue Gesellschaft GmbH**

53 Bonn-Bad Godesberg

## Geschlechterte Aufklärung?

Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland von Horst Holzer  
Piper Sozialwissenschaft, Texte und Studien zur Soziologie  
R. Piper & Co Verlag  
München 1971, kart., 268 S., DM 19,80

Eine bevorzugte Stellung nehmen aufgrund einer Art institutioneller Garantie (Art. 5 GG) die Massenmedien in der Bundesrepublik ein. Horst Holzer wirft nun die zentrale Frage nach dem Verhältnis von Massenkommunikation und Demokratie in einer kapitalistisch organisierten Industriegesellschaft auf. Als entscheidende Elemente der demokratischen Form politischer Herrschaft sind im bundesdeutschen Grundgesetz niedergelegt: Die Balance zwischen Konsensus und Konflikt, das Vorhandensein eines Werte- und Gruppenpluralismus sowie die eigenverantwortlich handelnde demokratische Persönlichkeit. Holzer untersucht, inwieweit diese Verfassungspostulate verwirklicht sind, und kommt dabei aus seiner Sicht als Kommunist zu einem vernichtenden Urteil. Auch der als Wohlfahrtsstaat auftretende Kapitalismus sei eine Zweiklassengesellschaft. Im Rahmen einer unantastbaren ökonomischen Organisation reduziere sich der wirtschafts- und sozialpolitische Spielraum des Staates auf die „Erhaltung ökonomischer Stabilität“ und „angemessenes Wirtschaftswachstum.“ Das System wird der Kritik entzogen. Nach Holzer („nach der Konzeption des traditionellen Parlamentarismus“) bedeutet aber demokratische Willensbildung die „konsequente Auseinandersetzung gesellschaftlicher Klassen über Sinn und Zweck gegebener institutioneller Bedingungen sowie deren Weiterentwicklung.“

Die traditionelle Aufgabe politischer Opposition, über das System hinausgehende Alternativlösungen zu diskutieren, wird zwangsläufig liquidiert. Am Beispiel der SPD versucht Holzer das zu beweisen. Mit der Annahme des Godesberger Programms habe die Partei ihr gesellschaftliches Prinzip verloren, eine genau definierte Gesellschaftsorganisation werde nicht mehr empfohlen. Holzer sollte das Programm genauer studieren, dann erübrigte sich seine Feststellung, die SPD propagiere einen „demokratischen humanen Kapitalismus“. Zweifellos sind die gesellschaftspolitischen Ziele der SPD nicht so „genau“ definiert wie die einer anderen „demokratisch-sozialistischen Organisation“, wie die der DKP (Holzer 111). Oder besser gesagt nicht so starr und den veränderten Bedingungen angepaßt.

Kein Wunder, daß der Autor zu dem Schluß kommt: Die „privatwirtschaftlich betriebenen Unternehmen der Massenkommunikation wie die Rundfunk- und Fernsehanstalten . . . haben kaum die Chance, mit ihren Informations- und Unterhaltungsangeboten die

Grundlagen des oligopolkapitalistischen Systems und seiner neuralgischen Punkte in Frage zu stellen, da sie hart in dieses System eingepaßt sind.“ Aufklärung, die politische Relevanz hätte, und umfassende Information, wie sie in GG-Art. 5 gewährleistet ist, finde nicht statt.

Geschickte Konfliktvermeidungsstrategien durch „monopolistisch organisierte Machtzentren“ in Politik und Wirtschaft führe – so Holzer – die Balance von Konflikt und Konsensus ad absurdum. Irreführend sei zudem, daß alle Interessengruppen, ihre Meinungen und Ideologien, annähernd gleiche Macht und gleichen Einfluß besäßen, daß sie gleichberechtigte Teilnehmer am pluralistischen Interessenkampf seien. Seine Thesen hat Holzer mit umfassenden empirischem Material (bisher unveröffentlichte Quellen großer Meinungsforschungsinstitute) untermauert. Nicht zuletzt deshalb ist das vorliegende Buch für Kommunikationsforscher und andere Spezialisten (Laien dürften über das strapaziöse Vokabular stolpern) lesenswert – auch wenn es überzeugender gewesen wäre, wenn Holzer die „Freiheit“ der Presse in der DDR gleichfalls darstellen würde.

## Presse, Staat und Geld

von Jean Schwoebel  
Verlag Klepenheuer & Witsch  
Köln 1971, 272 S., Brosch., DM 25,-

Für die jetzt auch in der Bundesrepublik Deutschland forcierte Diskussion um größere Unabhängigkeit der Journalisten könnte das vorliegende Buch ein Kompendium von Argumenten sein. Schwoebel, als Präsident der Gesellschaft der Redakteure von „Le Monde“ seit 20 Jahren mit einschlägigen Fragen befaßt, legt nicht nur einen Erfahrungsbericht vor, der die Erfolge und Ziele der französischen Kollegen umreißt, er liefert darüber hinaus eine ungeachtet aller nationalen Besonderheiten auch z. B. in die BRD „konvertierbare“ Sammlung stichhaltiger Begründungen für seine Forderungen.

Die Forderungen sind – auf möglichst simple Formeln gebracht:

1. Die Organisation aller Journalisten in sogenannte Gesellschaften der Redakteure, die als Dachverband eine „Fédération“ bilden.
2. Ein Mitigentum am Kapital der Unternehmen, das wenigstens so groß sein müßte, daß die Journalisten „im Fall sogenannter, „außerordentlicher Entscheidungen . . . ein Vetorecht . . . haben.“ „Eventuelle“ Forderungen der bisherigen Kapitalgeber sollen sich durch eine Kreditierung der bisher den Presseunternehmen vom Staat gemachten Subventionen aufrechnen lassen.
3. Eine Umwandlung der Unternehmen in „bürgerlich-rechtliche oder kommerzielle“ Gesellschaften mit beschränkter Rentabilität, die die Presse vom rein merkantilen Gewinnstreben befreit.

4. Staatliche Hilfe für all diejenigen Informationsorgane, die den unter 2. und 3. gestellten Forderungen Genüge tun. Eine solche Hilfe könnte in „einer nationalen Stiftung der Information“ gipfeln, deren zu schaffenden „Setzerel- und Druckeranlagen“ an „Journalisten-Teams“ vermietet würden. Allerdings dürfte die Stiftung durch den Staat weder geleitet noch kontrolliert werden.

Die Einsicht in die Berechtigung all dieser Forderungen setzt jedoch voraus, daß die journalistische Tätigkeit mehr als bisher als ein „öffentlicher Dienst“ anerkannt wird. So grundlegend diese Voraussetzung ist – und hier kann der Rezensent mit seiner Verärgerung nicht hinter dem Berg halten –, so wenig wäre es nötig gewesen, sie zimal bei jeder auch nur in etwa möglichen Assoziation wiedererkäufend von sich zu geben. So etwas verleidet. Genauso wie das Bemühen von Autoritäten – vornehmlich des Papstes und dem deutschen Leser unbekannter Franzosen – zur Stützung der eigenen Thesen.

Nicht zuletzt wäre kritisch anzumerken, daß die Begründung der Legitimation der Redakteursgesellschaften und ihrer Forderungen einer elitären berufsständischen Voreingenommenheit zu entspringen scheint – jedenfalls kann man sich nicht immer dieses Eindrucks erwehren –, obwohl Schwobbel gerade diesen Verdacht immer wieder zu entkräften versucht.

Doch trotz möglicher Einwände bleibt die Lektüre von Schwobbels Buch zumindest für jene angeraten, die sich von Berufs wegen – als Politiker oder Journalisten – mit medienpolitischen Problemen zu befassen haben. L. O.

## Die Tabus der bundesdeutschen Presse

Herausgegeben von Eckart Spoo  
Reihe Hanser 66  
Carl Hanser Verlag  
München 1971, Paperback, 198 S., DM 7,80

Die bundesdeutsche Presse schwieg sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, über den Tabu-Kongreß aus, der gemeinsam von der Deutschen Journalisten-Union, der Humanistischen Union und dem Verband deutscher Schriftsteller veranstaltet wurde. Was den Herausgeber der vorliegenden Schrift zu der Feststellung veranlaßte, die bundesdeutsche Presse sei so sehr von Tabus ausgezehrt, „daß sie sich selbst zum Tabu geworden ist.“ Einer begrenzteren Öffentlichkeit werden nunmehr zehn Diskussionsbeiträge (u. a. von Hans Dieter Müller, Günter Wallraff, Ulrich Sonnemann, Ansgar Skriver, Eckart Spoo und Klaus Peter Kisker) vorgelegt.

Die Aufsätze lassen sich nur bedingt unter ein einheitliches Dach bringen: Die Autoren analysieren unterschiedliche Erfahrungsbereiche, kritisieren aus

liberaler oder sozialistischer Sicht, kommen dementsprechend zu reformerischen oder „radikaleren“ Schlußfolgerungen – von Redaktionsstatuten, gewerkschaftlichem Engagement der lohnabhängigen Journalisten, öffentlich-rechtlicher Pressestruktur bis hin zu angedeuteten weitergehenden Möglichkeiten als Lösungen, die Misere der mangelnden Pressefreiheit zu beheben. Einig sind sie sich in der Forderung nach Demokratisierung im Pressebereich. Sie wollen außerdem dem Anspruch der Presse-Unternehmer entgegenwirken, diese seien diejenigen, „die letztlich darüber zu entscheiden hätten, was das Volk erfahren darf und was nicht.“

Mit einem wahren Trommelfeuer versuchen die Verleger glauben zu machen, daß nur die privatwirtschaftlich organisierte Presse Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Nachrichten und Kommentare und damit eine zuverlässige und breite Information der Öffentlichkeit garantiere (ohne diese Informationen ist demokratische Willensbildung und damit Demokratie schlechthin undenkbar). „Nur“ – zwischen warenproduzierenden Unternehmern und Verlegern besteht eine „grundsätzliche Interessensidentität“: Sie „müssen ein System bejahen und zu stabilisieren versuchen, von dem ihre Existenz als Eigentümer abhängt“ (Kisker). Da die Zeitung zudem in erster Linie vom Anzeigengeschäft als Haupteinnahmequelle abhängt, werden die Verleger nur in seltenen Fällen Kritik an diesem Wirtschaftssystem zulassen. Daraus resultieren zwangsläufig Tabus, die die Zeitungsunternehmer aufgrund ihrer Machtvollkommenheit auch durchsetzen können.

So kommt es, daß der Wirtschaftsteil weitgehend zur PR-Abteilung der Unternehmer degradiert wird, was Kisker zu der provokativen Frage „Wirtschaftsteil nur für Börsianer?“ reizt. Die Analyse einiger führender Blätter weist nach, daß „Argumente der Arbeitgeber als objektive Einsichten“ dargestellt werden, die Gewerkschaften sich mit der Rolle der sozialen Störenfriede zufrieden geben müssen, Konsumenten zu willigen Abnehmern der angebotenen Produkte erzogen werden, die kapitalistisch organisierte Wirtschaft grundsätzlich nicht in Frage gestellt wird.

Ebenso ist der Lokalteil tabuisiert: Das Beispiel einer ansonsten progressiven Kölner Zeitung zeigt, daß bei Lokalberichten Konflikte mit Behörden, Institutionen und einflussreichen Honoratioren tunlichst vermieden werden, wenn sie über den Einzelfall hinausgehen.

Frapperierende Beispiele und Analysen, die nicht nur für „Leute vom Fach“ überlegenswert sind. Aber das Buch hat auch seine Schwächen. Ein paar seien kurz angerissen. Zum Beispiel sollte sich Amrichter Ostermeyer überlegen, weshalb bei Angeklagten überwiegend „nur“ der Vorname genannt wird. Außerdem muß die Beschreibung eines Angeklagten – „kräftig gebauter junger Mann im weißen Sportpullover“ – nicht notwendigerweise eine Beschimpfung sein. Leider sind die meisten Autoren Springer-

# ...auf dem Weg in eine bessere Zukunft

grafik helmer g. breiner

1950		1970
1200 000	IGM-Mitgliederstand	2223 000
100	Brutto-Reallohn (gewerbliche Arbeitnehmer)	240
48 Stunden	Arbeitszeit je Woche	40 Stunden
3 Wochen	Urlaub (für 30-jährige)	über 4 Wochen
nein	zusätzliches Urlaubsgeld	Durchschnitts. 300 DM
nein	Lohnfortzahlung bei Krankheit	für 6 Wochen voller Lohn
nein	Freizeit-Unfallversicherung	ja
Unterstützungseinstellungen der IG Metall an Ihre Mitglieder seit 1950 über 580,9 Mill. DM		

## IG Metall

fixiert. Damit soll die Gefahr nicht verniedlicht werden, aber existiert nur der Hamburger Pressezar? Er ist doch ein – wenn auch symptomatischer – Einzelfall.

Und zu guter Letzt: Analysen und Erfahrungen sind gut herausgearbeitet, die Lösungsvorschläge aber sind in vielen Fällen zu kurz gekommen, in einigen Fällen realitätsfern – um nicht zu sagen „systemfremd“ – und somit vorläufig unbrauchbar! A. 1.

### Die soziale Gruppe im Prozeß der Massenkommunikation

von Peter Müller

Ferdinand Enke Verlag

Stuttgart 1970, 281 S., kart., DM 34,–

Die zentrale Frage, die in der vorliegenden Arbeit behandelt wird, ist die nach den Wirkungen der Massenkommunikation. Müller untersucht den Einfluß der sozialen Gruppen auf die Verbreitung von Massenkommunikationen. Er hat zu diesem Komplex keine eigenen empirischen Untersuchungen durchgeführt, sondern mit großem Fleiß die Ergebnisse vor allem der amerikanischen empirischen Kommunikationsforschung seit ihren Anfängen Mitte der zwanziger Jahre zusammengetragen.

Um 1945 wurde in Amerika nach vielen empirischen Untersuchungen die Hypothese des „two step flow of communication“ (Zwei-Stufen-Fluß) als Beschreibung des Ablaufes gesellschaftlicher Kommunikation formuliert. Diese Hypothese besagt, daß der Einfluß der Massenmedien auf die Rezipienten nicht als ein unmittelbarer, direkter aufgefaßt werden kann, sondern daß die Verbreitung massenkommunizierter Inhalte in sozialen Gruppen vor allem auf dem Wege des persönlichen Einflusses vor sich geht. Die Struktur sozialer Gruppen ist vorzustellen als aufgeteilt in „opinion leaders“ und Gefolgschaft. Diese Meinungsführer haben den stärksten persönlichen Einfluß innerhalb der jeweiligen sozialen Gruppe, der z. B. auch dadurch zustande kommt, daß diese sich in starkem Maße Massenkommunikationen aussetzen.

Diese für die Einschätzung der Bedeutung von Massenkommunikation zentrale Hypothese ist im Laufe der letzten zwanzig Jahre durch vielfältige Untersuchungen immer wieder modifiziert worden. Als gesichert kann die Erkenntnis gelten, daß sie nicht für alle Arten von durch Massenkommunikation verbreiteten Inhalten im gleichen Maße zutrifft. Beweise für diese These brachte vor allem die Diffusionsforschung. Müller kritisiert nun am Ansatz der Diffusionsforschung den relativ diffusen Charakter der zentralen Kategorie „Nachrichtenwert“ als nicht in ausreichendem Maße anknüpfend an die Kommunikationsstrukturen in den sozialen Primärgruppen.

Ausgehend von dieser Kritik arbeitet er eine eigene Einteilung der Inhalte sozialer Massenkommunikation heraus. Er unterteilt die Massenkommunikationen in drei Gruppen: 1.) „Technisch instrumentelle Massenkommunikation“, gemeint ist damit all das, was unter dem Begriff allgemeine Lebenshilfe zusammengefaßt werden kann. 2.) „Allgemein kognitive Massenkommunikation“, inhaltlich bezeichnet dieser Begriff die Teile der Massenkommunikation, die belehrende und unterhaltende Inhalte haben. 3.) „Normative Massenkommunikation“, die als „spezielle“ Lebenshilfe zu charakterisieren ist: Massenkommunikation also, deren Zweck vor allem die Ermöglichung richtigen sozialen Verhaltens für den einzelnen Rezipienten ist.

Müller kommt aus seiner Analyse heraus zwingend zu der Annahme, daß – auch auf Grund der von den „opinion leaders“ vorgenommenen Selektion – die Chancen von sozialen Veränderungen durch Massenkommunikation äußerst schlecht sind. In der Massenkommunikation und vor allem in der normativen Massenkommunikation werden insbesondere die Normen und Werte reflektiert, die die gesellschaftlich dominierenden sind. Gerade für die normativen Massenkommunikationen trifft nämlich seiner Ansicht nach die Hypothese vom „Zwei-Stufen-Fluß“ der Kommunikation in vollem Umfang zu.

Auf der anderen Seite ist sich Müller über den „provisorischen“ Charakter seiner Ausführungen völlig im klaren. Er formuliert die Notwendigkeit, zu einer Darstellung des Massenkommunikationsprozesses als eines interaktiven Vorganges zu kommen, „um die Massenkommunikation als Ganzes einer Systemanalyse zugänglich zu machen, die ... Grundlage einer Theorie der Massenkommunikation sein müßte.“ Diese Analyse würde jedoch voraussetzen, daß die Massenkommunikationsforschung ihre einseitige Ausrichtung auf die Publikums- und Wirkungsanalyse, also nur auf den einen Partner der Massenkommunikation, die Rezipienten, aufgeben würde. Möglich ist das nur, wenn sich die Massenkommunikationsforschung in immer stärkerem Maße als interdisziplinäre Wissenschaft, in der Psychologie, Soziologie und spezifisch kommunikationswissenschaftliche Ansätze zu integrieren wären, begreift. db

### Die andere Zukunft

Zur utopischen Kommunikation

von Ilse Modelmog

Bertelsmann Universitätsverlag

Düsseldorf 1970, 206 S., geb., DM 28,–

Es fällt schwer, den Inhalt des vorliegenden Buches in einer der Rezension gemäßen komprimierten Form zu umreißen und dabei nicht – zumindest ähnliche – Formeln der Beschreibung und Bewertung zu ge-

brauchen, wie sie Prof. Henk Prakke im Geleitwort und die Autorin selbst im Vorwort gefunden haben. Es sei dennoch versucht.

Die Lektüre des Bandes erweist sich in dreifacher Hinsicht als nützlich:

1. Der Leser kommt in den Genuß einer gewissenhaften Analyse über die Arten und die Funktion der Kommunikationsmodelle in Utopien. *1. Modelmog* weist nach, daß alle „utopischen“ Kommunikationssituationen geplant sind. Ebenso seien es die Reaktionen seitens des Publikums. „*Allen Abweichungen vom staatlichen Kommunikationsprogramm wird ein bis ins kleinste durchdachter Zwangsapparat entgegengesetzt.*“ Bei gleichbleibender Funktion wandeln sich lediglich die publizistischen Erscheinungsformen, weil sie vom jeweiligen zivilisatorischen Entwicklungsstand abhängen.

2. Als Voraussetzung des unter 1. Genannten ist eine eingehende Beschreibung der einzelnen Sozialutopien, insbesondere ihrer gesellschaftlichen Entwürfe geliefert. Obwohl die Autorin ihre Untersuchung „historisch“ anfaßt, da sich so eindeutige Kategorien herausbilden lassen, kommt sie dennoch zu einem systematischen Schema, das sich auf alle Utopien gleichermaßen anwenden läßt: Die Utopisten gelangen von einer negativen Wertung ihrer Jetztzeit zu einem planmäßig konstruierten neuen Weltbild, das von der Antike (Plato) bis zum 19. Jahrhundert (sozialistische Utopisten, z. B. *Etienne Cabet, Edward Bellamy* und *Theodor Hertzka*) optimistisch ausfällt, spätestens jedoch seit Beginn dieses Jahrhunderts nur mehr abschreckend die Visionen von Terrorstaaten darstellt. Die früheren Utopien zielen also mehr auf die Erkenntnis der schrecklichen Zustände heute, die modernen Utopien dagegen auf die Warnung vor möglichen schrecklichen Zuständen morgen ab.

3. Schließlich erweist sich der Einblick in die Analysen und Interpretationen dieser Utopien durch ihre Kritiker, auf deren Arbeitsergebnisse *1. Modelmog* häufig zurückgreift, für den Leser als äußerst ergiebig. Mit ihnen werden sozialphilosophische und geistesgeschichtliche Einsichten quasi „so nebenher“ geboten.

Am Ende weiß nicht „keiner nix“. Obwohl das Buch, wie Prof. Prakke es formuliert, „keine Wissenschaft mit Gebrauchswert“ bietet, weiß es dennoch Vorbehalte zu mobilisieren, Vorbehalte gegenüber der „gegenwärtigen technokratischen Zukunftsforschung, die ebenfalls (wie die Utopien der Vergangenheit) immer stärker die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten gesellschaftlichen Gesamtpfahrungen opfert“ (*Modelmog*). Und obwohl es ein solches Buch ist und obwohl es mit einem ausgedehnten, zum Glück aber „nach hinten“ verlagerten wissenschaftlichen Apparat beladen ist, bedeutet sein Konsum keine intellektuelle Qual, vielmehr Befriedigung elementarer Neugier.

E. V.

Schriftenreihe  
des Forschungsinstituts  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Klaus Günther

Der Kanzlerwechsel in der  
Bundesrepublik  
Adenauer – Erhard –  
Kiesinger

Eine Analyse zum Problem der Intraparteilichen De-Nominierung des Kanzlers und der Nominierung eines Kanzlerkandidaten am Beispiel des Streits um Adenauers und Erhards Nachfolge.

203 Seiten, broschiert 24,80 DM.

Zwanzig Jahre lang – von 1949 bis 1969 – stellte die CDU/CSU die Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Autor untersucht in seiner Studie die Auseinandersetzungen um die Kanzlernachfolge innerhalb der CDU/CSU seit Mitte der 50er Jahre. In vergleichender Perspektive zeigt er, welche Kräfte den Wechsel (Adenauer – Erhard, Erhard – Kiesinger) vorbereiteten und vollzogen, von welchen Maßstäben der Kanzlereignung eben diese Kräfte geleitet wurden und welchen zeitlichen Verlauf beide Nachfolgekämpfe nahmen. Die vorliegende Arbeit bietet mit dieser Analyse der intraparteilichen Kanzlerwechsel in der CDU/CSU einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und zum Verständnis der deutschen Verfassungswirklichkeit seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

## Bei der Redaktion eingegangene Bücher

**Ralf Dahrendorf:**

*Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx*  
Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-  
Ebert-Stiftung

Verlag für Literatur und Zeitgeschichte

Hannover 1971, 188 S., brosch., DM 19,80

Dieses Buch ist die unveränderte 2. Auflage eines  
Werkes, das 1953 unter dem Titel „Marx in Perspek-  
tive – Die Idee des Gerechten im Denken von Karl  
Marx“ im Verlag J. H. W. Dietz Nachf. erschienen ist.  
Es ist ein Auszug aus Dahrendorfs Dissertation, die  
den Titel „Der Begriff des Gerechten im Denken von  
Karl Marx“ trug.

**Gerd J. Weisensee:**

*Die Kreditkarte – ein amerikanisches Phänomen*  
Mit einer Darlegung der deutschen, schweizerischen  
und österreichischen Verhältnisse

Verlag Paul Haupt

Bern 1970, 277 S., kart., DM 38,-

An Hand zahlreicher Beispiele aus der Praxis wer-  
den die Kreditkartensysteme von kleineren Einzel-  
händlern bis zu den Warenhauskonzernen, Mineral-  
ölgesellschaften und den weltweit tätigen Unterneh-  
men von der Art der American Express Co. und des  
Diners Club dargestellt. Am Beispiel der Banken  
wird eingehend die Problematik der Einführung  
eines eigenen Kreditkartenprogramms erörtert.

*Perspektiven für die Zukunft unserer Städte  
und Dörfer*

Beiträge zur Raumordnung und Kommunalreform

Schriftenreihe der Akademie für Politik und Zeit-  
geschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Günter Oizog Verlag

München – Wien 1971, 130 S., kart., DM 8,80

Um „Perspektiven für die Zukunft unserer Städte und  
Dörfer“ ging es bei zwei kommunalpolitischen Stu-  
dententagungen 1970 in München und Ansbach. Die  
vorliegende Schrift enthält die kurzgefaßten Referate  
beider Studententagungen, auf denen Politiker und  
Wissenschaftler ihre Vorstellungen zur Landesplan-  
nung und Kommunalneugliederung, zum Verstär-  
kungsprozeß, zur Stadtanerkennung, Schulentwicklung  
und allgemeinen Daseinsvorsorge entwickelten.

**Kurt Sonthelmer:**

*Grundzüge des politischen Systems der  
Bundesrepublik Deutschland*

R. Piper & Co. Verlag

München 1971, 237 S., kart., DM 16,80

Sonthelmer behandelt einleitend die Entstehung der  
BRD und der DDR. Er untersucht neben mehr „tradi-  
tionellen“ Themen – politische Parteien, Parlament,  
Regierung etc. – auch Wirtschaft, Gesellschaft und  
politische Kultur der Bundesrepublik. Abschließend  
versucht der Verfasser eine Ortsbestimmung der  
Stellung Westdeutschlands im internationalen  
System.

## Mitarbeiter dieses Heftes

**Walter Scheel**

Bundesaußenminister; Vorsitzender der Freien  
Demokratischen Partei

**Klaus Schütz**

Reglierender Bürgermeister von Berlin

**Herbert Wehner**

Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestags-  
fraktion; Stellv. Vorsitzender der SPD

**Willi Krafterling**

Leiter des Kulturamtes und der Volkshochschule  
Leverkusen

**Luciano Lama**

Generalsekretär der CGIL

**Bruno Storti**

Präsident des IBFG; Generalsekretär der CISL

**Raffaello Vanni**

Generalsekretär der UIL

**Ferdinand Schubert**

Freier Schriftsteller

**Kurt R. Grossmann**

Ehemaliger Generalsekretär der Deutschen Liga für  
Menschenrechte; Schriftsteller und US-Korrespon-  
dent des „Vorwärts“

**Joachim Raffert, MdB**

Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Kulturpolitik“ der  
SPD-Bundestagsfraktion; Landesverbandsvorsitzen-  
der der Volkshochschulen Niedersachsens

**Heinz Ruhнау**

Innensenator von Hamburg

**Dr. Jens Litten**

Publizist, freier Mitarbeiter beim NDR

**Günter Struve**

Leiter des persönlichen Büros beim Regierenden  
Bürgermeister von Berlin

**Gerhard Vogt**

Freier Journalist

**Dr. Deitmar Cramer**

Bonner Korrespondent der „Frankfurter Allge-  
meinen Zeitung“

**Manfred Jenke**

Leiter der Hauptabteilung Information beim Nord-  
deutschen Rundfunk

**Eckart Spoo**

Bundesvorsitzender der Deutschen Journalisten-  
Union; Redakteur der „Frankfurter Rundschau“